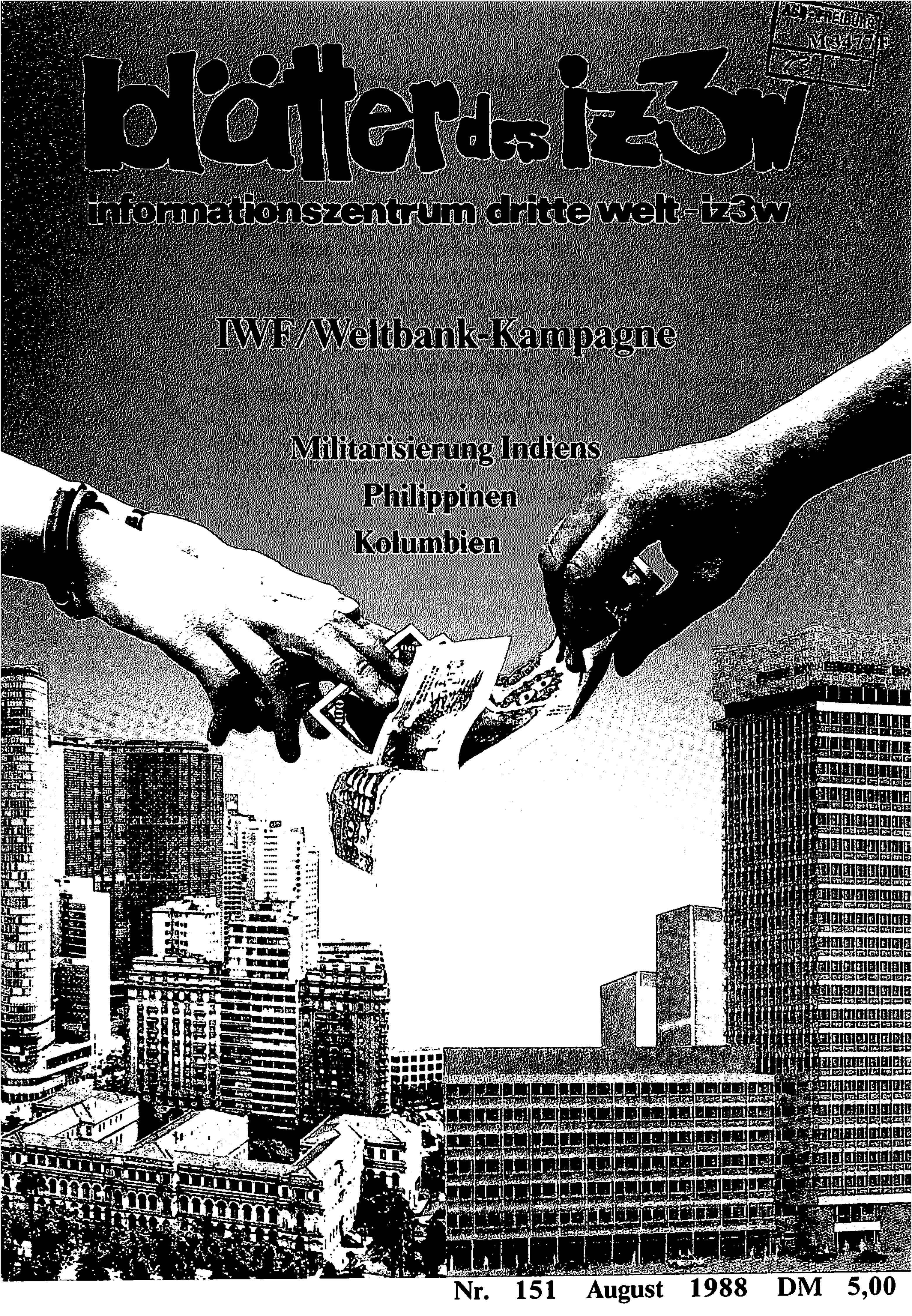

blätter des iz3w
informationszentrum dritte welt - iz3w
IWF/Weltbank-Kampagne
Militarisierung Indiens
Philippinen
Kolumbien
M 3477 F
Nr. 151 August 1988 DM 5,00

Inhaltsverzeichnis

impressum
blätter des iz3w

Hrsg.: Aktion Dritte Welt e. V. — Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, Kronenstr. 16 (Hinterhaus). D-7800 Freiburg i. Brsg., Tel.: 0761/74003, Bürozeiten: Mo., Di., Do.-Fr. 10-13 u. 15-18 Uhr, mittwochs geschlossen

Zusammengestellt von: Isabel Armbrust, Jutta Aselmann, Alf Baier, Frank Ballot, Andreas Beil, Andrea Borchers, Gerhard Braun, Horst Breit, Konrad Fisch, Wolf-Matthias Gall, , Uwe Hartwig, Claudia Heid, Inge Kamolz, Christa Kernbichl, Michael Knüfer, Barbara Kupfer, Tilman Lamperter, Mechtild Maurer, Christel Opeker, Mariele Pelster, Roland Platz, Gunhild Rauch, Angelika Rees, Gerd Rieger, Bernd Riegraf, Alexander Spermann,Norbert Stamm, Bernhard Thill, Susanne Vollmer, Jürgen Wengler, Annette Will, Udo Wolter

Titelbild:

Bei Einsendung von Artikeln beachten Sie bitte folgende Angaben:
Manuskripte sollten mit der Schreibmaschine geschrieben sein, mit 2-zeiligem Abstand: 40 Anschläge und 30 Zeilen. Artikellänge: höchstens 15 Manuskript-Seiten.
Druck und Satz:
SOAK Hannover, Tel.: (0511) 326187

Vertrieb für Buchhandel:
prolit buchvertrieb gmbh, Siemensstraße 18a, Postfach 111008, 6300 Gießen 11, Telefon: (0641)77053

Jahresabonnement (8 Ausgaben) im Inland: DM 40,- (für Rentner, Arbeitslose, Schüler, Studenten, Wehr- und Zivildienstleistende 30,- DM).
ermäßigtes ABO nicht über den Buchhandel erhältlich
Schweiz: SFR 40,- (bzw. 30,-)
Österreich: ÖS 300,- (bzw. 230,-)
übriges europäisches Ausland:
DM 45,- (bzw. 35,-)
Luftpostabonnements:
Afrika, Nord- und Mittelamerika, Nahost und Südasien: 61,60 (bzw. 51,60)
Südamerika, Südostasien, Fernost: 68,80 (bzw. 58,80)
Australien, Südpazifik: 76,- (bzw. 66,-)

Einzelpreis: DM 5,-/SFR 5,-/ÖS 37,-

Konten (Aktion Dritte Welt e. V.):
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 1482 39-755
Postscheckkonto Basel Nr. 40-35899.

Redaktionsschluß für Nr. 152:
16. August 1988

Anzeigenschluß für Nr. 152:
23. August 1988

Eigentumsvorbehalt:
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, so ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Editorial

Die Tagung von IWF und Weltbank in Berlin rückt immer näher. Mittlerweile steht fest, daß es keine einheitliche Kampagne geben wird, wie es noch vor einem Jahr geplant war.
Zerpflückt sich die Bewegung oder blühen hundert Blumen?
Im Laufe der Vorbereitung dieser Kampagne wurde deutlich, daß eine Auseinandersetzung mit IWF und Weltbank immer auch eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit dem herrschenden System bedeutet. Folglich bestehen inhaltliche und damit aktionsbezogene Differenzen vor allen Dingen in einem Punkt:
Reform oder Revolution?
Das drückt sich aus in unterschiedlichen Interpretationen zur Entstehungsgeschichte von IWF und Weltbank und ihrer heutigen Funktion.
Soll und kann man den IWF reformieren? Geht es um Schuldenerlaß oder Schuldenboykott? Oder stabilisieren diese Möglichkeiten wiederum nur das bestehende Weltwirtschaftssystem? Wer soll agieren — die Banken und Regierungen der Metropolen, die Regierungen der Dritten Welt oder die Unterdrückten aller Länder?
In den Gegenaktivitäten zum Kongreß spiegelt sich die Vielfalt wieder. Die vorgeschlagenen Aktionen reichen von der Mahnwache bis zur Verhinderung.
Der Versuch, diese Aktionsformen zu integrieren, scheiterte nicht nur an diesen inhaltlichen Differenzen; Intrigen und Grabenkämpfe trugen ihren Teil dazu bei. Wir sind überzeugt, daß trotz aller Unterschiedlichkeit gemeinsame Aktionen auf lokaler Ebene möglich sind, und wir hoffen, daß wir IWF und Weltbank in Berlin einen gebührenden Empfang bereiten werden.
In diesem Heft geben wir VertreterInnen der Hauptströmungen der Auseinandersetzung die Gelegenheit, ihre Position darzustellen. Neben den beiden Stellungnahmen von AL und Autonomen äußern sich kritische Stimmen zum Stand der Kampagne.
Im weiteren Zusammenhang mit dem Schwerpunkt IWF/Weltbank stehen der Artikel zur Verschuldung der mittelamerikanischen Länder, ein Interview zur wirtschaftlichen Situation Kolumbiens, eine Medienliste Verschuldung, ein Bericht über den BUKO 12 „Gegen die Macht des Geldes“ und eine kritische Betrachtung der Europaratskampagne.

„Entwicklungshilfe“ für's Militär

des Kölner Pastors Klaus Schmidt Die Hintergründer der Verhaftung

Am 8. Juni 1988 stoppen Soldaten des 42. Infanteriebataillons der philippinischen Armee ein Sammeltaxi auf der Halbinsel Bondoc in der Provinz Quezon, knapp 200 Kilometer südlich der Hauptstadt Manila. Die Militärs verhaften drei Passagiere dieses Jeepneys: den Kölner Pastor Klaus Schmidt (früherer Studentenpfarrer der Kölner ESG), den Philippino Antonio Bosch und den Schweden Stellan Hermansson. Sie werden in das Militärlager „Camp Nakar“ in der Stadt Lucena im Süden der philippinischen Hauptinsel Luzon gebracht. Dort erklären vom Militär offensichtlich präparierte „Augenzeugen“, der Kölner Klaus Schmidt und seine Begleiter hätten am 3. Februar 1988 an einem Überfall der Neuen Volksarmee (NPA), der philippinischen Guerilla, auf das Rathaus des Örtchens San Fransisco auf Bondoc teilgenommen. Tatsächlich aber hielten sich Schmidt und Bosch im Februar nachweislich im rund 200 Kilometer entfernten Manila auf. Hermansson kam erst im Mai auf die Philippinen. Selbst die Bundesregierung sieht sich deshalb gezwungen, in Manila ihren Botschafter bei philippinischen Regierungs- und Militärstellen vorsprechen zu lassen und in Bonn den philippinischen Botschafter in's Außenministerium zu zitieren. Maßnahmen, die ihr in diesem Falle besonders unangenehm sein dürften. Denn das, was mit diesen Verhaftungen bezweckt wird, liegt eigentlich in ihrem Interesse. Aber der Reihe nach:

Schon seit Monaten läuft eine systematische Kampagne der philippinischen Regierung gegen einige ausländische Hilfsorganisationen, Kirchenleute und Journalisten. Sie alle werden beschuldigt, Kontakte zur philippinischen Untergrundbewegung zu haben. Dabei wurde auch die Arbeit bundesdeutscher Nicht-Regierungs-Organisationen wie Terres des Hommes und Medico International und von Solidaritätsgruppen wie AGPHI (Aktionsgruppe Philippinen) angegriffen. Kurze Zeit danach veröffentlichte die philippinische Regierung Listen mit ausländischen Besuchern und Journalisten – darunter auch wieder viele bundesdeutsche, denen Kontakte zum philippinischen Untergrund unterstellt werden. Ein BBC-Team soll nach Angaben des philippinischen Militärs sogar einen Überfall der NPA finanziert haben.

Vorwürfe, die ebenso konstruiert erscheinen wie die jetzige Behauptung der Militärs, der Kölner Pastor Klaus Schmidt habe „als Ausbilder der NPA auf der Halbinsel Bondoc“ fungiert oder „an Überfällen der Guerilla teilgenommen“. Offensichtliches Ziel dieser absurden Verdächtigungen ist, Kritiker der philippinischen Regierungspolitik und vor allem der Militärs einzuschüchtern und zu kriminalisieren.

Schmidt unterrichtet im Auftrag der Entwicklungshilfeorganisation „Dienste in Übersee“ als Mitarbeiter des nationalen Kirchenrates der Philippinen an einem theologischen Seminar in Manila. Da der Kölner Pastor seine theologischen Aufgaben – wie seine Kölner FreundInnen wissen – schon immer auch politisch sah, gehörte es folgerichtig zu seiner Arbeit, sich auf den Philippinen auch vor Ort über die – in den Seminaren oft diskutierten – Lebensbedingungen der verarmten philippinischen Landbevölkerung zu informieren.

Ein Besuch auf dem Land ist in der philippinischen Provinz aber heute kaum noch möglich, ohne auf NPA-Sympathisanten zu stoßen. Viele Gebiete sind von der NPA kontrolliert – so auch auf der schwer zugänglichen Halbinsel Bondoc.

Auf dem Land sieht jeder Besucher auch die Ursachen, die zum ständigen Anwachsen der philippinischen Guerilla führen: das Elend der Bauern und der Terror des philippinischen Militärs gegen die Landbevölkerung.

Berichte hierüber jedoch sind der Regierung in Manila äußerst unangenehm. Denn sie zerstören das lange verbreitete Bild der „friedlichen Revolution“ auf den Philippinen unter der „freundlich lächelnden“ Präsidentin Cory Aquino, die alles zum Besten gewendet habe. Das Gegenteil stimmt: sowohl die Lage der Industriearbeiter und Slumbewohner in den Städten als auch die Armut auf dem Land haben sich in den letzten zwei Jahren drastisch verschlimmert. Und in vielen Provinzen werden unter Aquino mehr Oppositionelle (Gewerkschafter, Kirchenleute, Journalisten und Bauernvertreter) ermordet als unter Diktatur Ferdinand Marcos.

Straßen für die Militärs

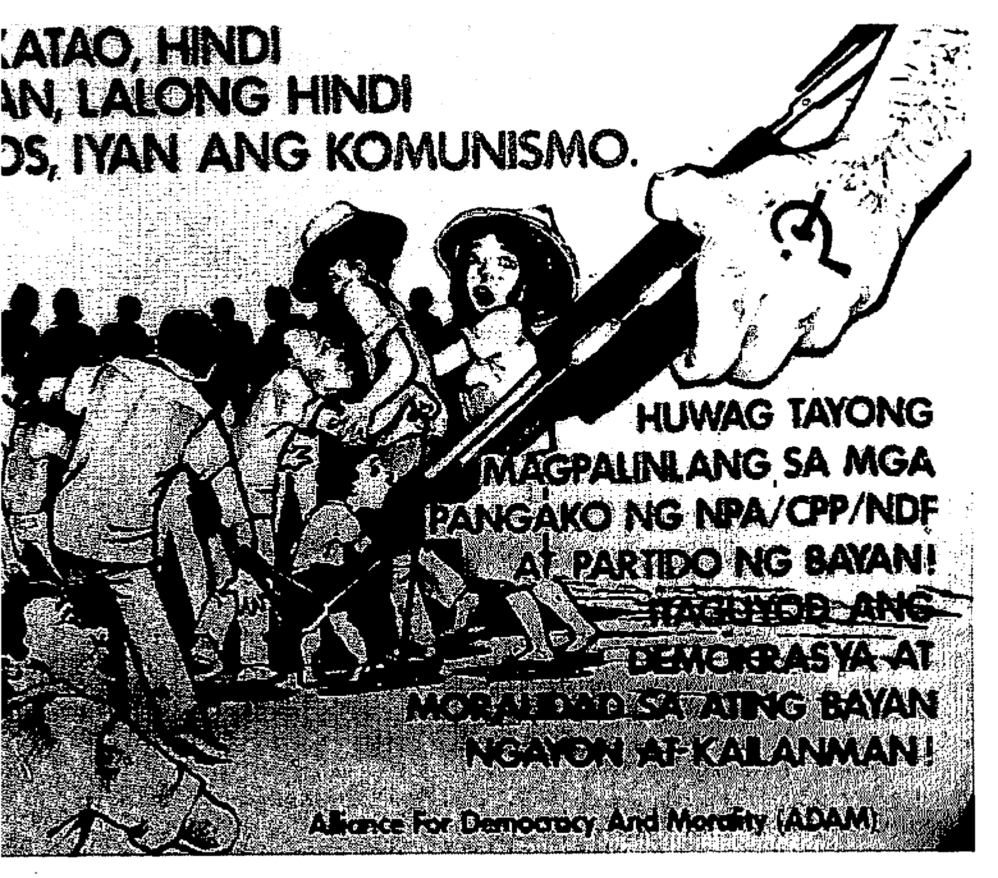
Daß jedoch gerade jetzt im Frühsommer 1988 und ausgerechnet auf der Halbinsel Bondoc mit Klaus Schmidt erstmals ein bundesdeutscher Kritiker der Aquino-Regierung verhaftet und vom Militär festgehalten wurde, hat noch einen besonderen Hintergrund: Denn im Spätsommer 1988 soll auf der Halbinsel, die Schmidt jetzt besuchte, ein groß angelegtes Entwicklungsprojekt in Angriff genommen werden, das von der deutschen Bundesregierung gefördert, von Klaus Schmidt und anderen jedoch heftig kritisiert wird. Denn unter dem Vorwand der „Entwicklung rückständiger Landregionen“ versucht die philippinische Regierung zur Zeit, den NPA-Aufstand in den Provinzen zu brechen, ohne auf die Hauptforderungen der Bauern einzugehen, die eine umfassende Bodenreform und Mindestlöhne für ein Leben ohne Hunger verlangen. Das größte und teuerste von den insgesamt etwa zwölf Regierungprojekten heißt BIRD – Bondoc Integrated Rural Development Project. BIRD soll mit Geldern der bundesdeutschen Regierung durchgesetzt werden. Kernstück dieses Projektes: ein Straßennetz auf Bondoc, das dem Militär endlich den Zugang zu den von der Guerilla kontrollierten Gebieten erleichtern würde. Auf der verarmten Halbinsel mit etwa 300.000 Bewohnern



Ausschnitt aus einem Anti-Kommunisplakat einer Vigilantengruppe

haben sich die Bauern seit 1982 gegen die Großgrundbesitzer und die Übergriffe des Militärs organisiert, und viele unterstützen den bewaffneten Kampf der NPA. Die Guerilla hat auf Bondoc begonnen, die Landreform umzusetzen, von der die Aquino-Regierung seit Jahren nur redet. Allein im Kreis Mulanay an der Westküste der Halbinsel Bondoc beschlagnahmte die NPA 1000 Hektar Privat-Land, das heute 300 Landarbeiterfamilien auf kooperativer Basis bearbeiten. Die Ländereien gehörten Dinding Cojuanco, einem Günstling des früheren Diktators Marcos und Neffen der heutigen Präsidentin Aquino. Cojunanco hatte sich mit Hilfe von Marcos das meiste Land auf Bondoc angeeignet und ließ dort große Waldgebiete abholzen.

Heute gilt etwa ein Drittel der Bondoc-Halbinsel als „konsolidiertes Gebiet“ der NPA. Dorthin kann das philippinische Militär kaum noch vorstoßen. Dies könnte sich allerdings schlagartig ändern, wenn das BIRD-Projekt verwirklicht würde und Militärfahrzeuge über die Straßen rollen, die die deutsche Bundesregierung finanzieren will.



Nach Verhandlungen mit der Aquino-Regierung stellte das Bonner BMZ im November 1987 knapp 30 Millionen DM für die ersten drei Projekt-Jahre zur Verfügung. Weitere Finanzhilfen sind zu erwarten, da das Projekt auf mindestens zehn Jahre hin angelegt ist. Neben dem Straßennetz sollen auch Brücken, Bewässerungsanlagen, Schulen und Gesundheitsstationen gebaut werden. Nicht-Regierungsorganisationen sollen mit einbezogen werden, um das Ganze als „Modell zur Armutsbekämpfung durch Selbsthilfe“ deklarieren zu können.

Propagiert wird das Projekt auf Bondoc jedoch vor allem von Benvenido Marquez, einem der mächtigsten Großgrundbesitzer der Halbinsel, der seit Mai 1987 als „gewählter“ Abgeordneter (mit gekauften Stimmen) im philippinischen Kongreß sitzt und von Eduardo Rodriguez, dem Provinzgouverneur, der bei den Kommunalwahlen im Januar 1988 an die Macht gekommen ist (mit Unterstützung des Militärs).

In den Wahlkämpfen der beiden spielten die versprochenen bundesdeutschen Projekt-Mittel eine große Rolle. Ed Rodriguez hat sich noch eine Woche vor den Wahlen von der deutschen Botschaft schriftlich geben lassen, daß die Bundesregierung „zu ihrem Wort“ stehe und das Projekt finanzieren werden. Die bundesdeutsche Botschaft in Manila hat sich so sehr mit dem Projekt identifiziert, daß der stellvertretende Botschafter Dr. Edmund Duckwitz es als „sein Kind“ pries. Duckwitz ist Leutnant der Reserve und gleichzeitig entwicklungspolitischer wie Militärattaché der bundesdeutschen Vertretung in Manila. „Sein Kind“ entspricht exakt seiner Doppelfunktion: das BIRD-Projekt gilt offiziell als Entwicklungshilfe, nutzt aber letztlich vor allem den philippinischen Militärs bei der Aufstandsbekämpfung. Deshalb wird auch versucht, es mit militärischen Mitteln durchzusetzen: Die bundesdeutschen Studien- und Planungsgruppen der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) und der Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ) betreten das Gebiet schon heute nur noch unter dem militärischen Schutz des Southern Luzon Commands (SOLCOM) der philippinischen Armee unter Brigadegeneral Alejandro Galido. Hauptquartier des SOLCOMs ist das Camp Nakar in der Stadt Luzena, das Militärlager in dem die Militärs auch Klaus Schmidt nach der Festnahme inhaftierten. In Catanauan, mitten im bundesdeutschen Projektgebiet auf Bondoc, ist auf einem 2,5 Hektar großen Grundstück ein Guerilla-sicherer Wohntrakt für die bundesdeutschen Experten geplant.

Heißes Aufstandsgebiet

Seit General Fidel Ramos als Verteidigungsminister die Bekämpfung des NPA-Aufstandes übernommen hat, werden auf den Philippinen militärische Strategien eng mit zivilen Entwicklungsprogrammen verknüpft. Dabei sollen auch ausländische Geldgeber helfen, die „Infrastruktur der Guerilla“ zu zerschlagen und ein Befriedungsprogramm durchzusetzen.

Denn selbst mit 2000 Soldaten war es General Galido bislang nicht möglich, den Aufstand auf der Halbinsel Bondoc unter Kontrolle zu bringen. Der Abgeordnete und Großgrundbesitzer Ben Marquez hat deshalb alle 12 Bürgermeister des Projektgebietes gleich nach ihrer Wahl Anfang 1988 beauftragt, mit der Organisation sogenannter „Vigilantes“ zu beginnen. Dies sind antikommunistische Bürgerwehr-Trupps, die – ähnlich den zentralamerikanischen Todesschwadronen – brutal gegen jede Form der Opposition auf dem Land vorgehen. Sie sollen die Massenbasis der Guerilla im Interesse von Großgrundbesitzern und Militärs „umkrempeln“ und ein System von Informationen (Vigilantes) gegen die NPA aufbauen. Augenblicklich werden dafür etwa 1000 Agenten ausgebildet – auch dies im Camp Nakar, wo der Kritiker dieser Entwicklung, Klaus Schmidt, inhaftiert wurde. Die meisten dieser Vigilantes sind kriminelle Existenzen aus den ärmsten Dörfern der Gegend und Angehörige der Privatarmee von Ben Marquez. Die Folgen sind schon spürbar und von Menschenrechtsorganisationen auf den Philippinen dokumentiert: Menschenrechtsverletzungen, blutige Auseinandersetzungen in den Dörfern und die Vertreibung vieler Bauernfamilien haben auf Bondoc massiv zugenommen. Militärs und Vigilantes sollen so auch die Voraussetzungen zur Durchführung des bundesdeutschen Straßenbau-Projektes schaffen, das von der Landbevölkerung auf Bondoc eindeutig abgelehnt wird.

Mario, ein 48-jähriger Landarbeiter, bebaut auf Bondoc neun Hektar Land. Davon gehören nur drei Hektar ihm, sechs Hektar



Die drei Festgenommenen (von links): Klaus Stellan, Hermansson und Anton

jedoch einem reichen Großgrundbesitzer. Entsprechend werden die Erträge seiner Arbeit verteilt: „Meine Familie hat nicht einmal das Nötigste zum Leben. Wir brauchen mehr Wasserbüffel für unsere Arbeit, Rinder oder auch andere Tiere. Straßen brauchen wir nicht. Wir haben doch gar keine Jeeps und auch keine anderen Fahrzeuge. Wir könnten ja nicht einmal das Benzin bezahlen. Wir bringen unsere Sachen mit Wasserbüffeln zum nächsten Markt."

Auch die Bauernverbände der Region lehnen das deutsche Projekt ab. Der Vorsitzende von KARIT, des größten Verbandes von armen Bauern und Landarbeitern auf Bondoc, „KA Rec", sagte im März 1988 zu den BMZ-Plänen:

„Die Bauern haben nichts von diesem Straßenbau. Sie nutzen Carabaos (Wasserbüffel) und Pferde zum Transport und können dabei oft noch kleine Nebenverdienste einnehmen. Auch die würden wegfallen, wenn die Straßen gebaut werden. Davon profitieren werden die Händler und großen Geschäftsleute. Die kommen dann leichter in unsere Dörfer und werden noch geringere Preise für unsere Produkte zahlen. Vor allem aber dienen die Straßen den Operationen des Militärs. Die Zivilbevölkerung wird darunter leiden. Denn die Soldaten treffen nie auf die Guerilla, deshalb mißhandeln sie die Landbevölkerung."

Aus all diesen Gründen hat New People's Army (NPA), die mit 400 bis 500 bewaffneten KämpferInnen auf Bondoc operiert, angekündigt, alle Projekte dieser Art zu stoppen.

Es wäre nicht das erste Mal, daß ein bundesdeutsches „Entwicklungshilfeprojekt" von der philippinischen Guerilla gestoppt würde: schon unter Marcos verhinderte die NPA das „Imelda Settlement Projekt" in Süd-Seyte, weil es zur Vertreibung von hunderten Landfamilien aus dem Guerillagebiet geführt hätte. „Entwicklungshilfe" in Höhe von zwei Millionen DM wurde damals verschleudert.

Nicht zuletzt aufgrund dieser Erfahrung hatten die japanische und die australische Regierung die Finanzierung des BIRD-Projektes auf Bondoc abgelehnt – doch die Bundesregierung sprang ein. Die Verhaftungen von Klaus Schmidt und seinen Begleitern sollen vor allem auch Kritiker des Bonner BMZ-Projektes in der Bundesrepublik einschüchtern und ausländische Beobachter auf den Philippinen davon abhalten, das Projektgebiet zu besuchen und die Meinung der betroffenen Landbevölkerung auf Bondoc kennenzulernen. So sollen – im Zweifel auch mit Ausweisungen – in Zukunft Stellungnahmen verhindert werden, wie die erste Erklärung von Klaus Schmidt nach seiner Inhaftierung im Militärcamp Nakar: „Ich bin bestürzt über den Plan der Bundesregierung, auf der Bondoc-Halbinsel ein Multi-Millionen-Entwicklungsprojekt durchzuführen, obwohl dieses Gebiet allgemein und zu recht als 'hot bed of insurgency' (heißes Aufstandsgebiet) bezeichnet wird. Die Zahl der jetzt schon zu beklagenden Toten würde sich auf Seiten der Bevölkerung der Rebellen und des Militärs zwangsläufig steigern, falls dieses Projekt auch nur begonnen würde."

Roland Springer



„Die Voraussetzungen für den Generalstreik sind vorhanden"

Im Rahmen der IWF-Kampagne war Francisco Castillo aus Kolumbien in der BRD unterweges, um Kolumbien, das als Musterland des IWF gilt und das mit der BRD beste wirtschaftliche Beziehungen unterhält, mit seiner blutigen Realität in die bundesdeutsche Öffentlichkeit zu bringen. Francisco ist Repräsentant der politischen Organisation „A luchar" (Übers. „Auf zum Kampf"), einem 1984 gegründeten Bündnis von sieben kleinen Parteien, deren Aufgabengebiet hauptsächlich im ländlichen Bereich liegt. Neben der KP-nahen „Unión Patriótica" ist „A luchar" mittlerweile zur zweitstärksten politischen Organisation der kolumbianischen Linken geworden. „A luchar" hat einen wesentlichen Anteil an der gegenwärtigen Massenmobilisierung kolumbianischer Bauern. Wir hatten Gelegenheit, mit Francisco während seines Besuches in Freiburg im Juni 1988 zu sprechen.

Interview mit Francisco Castillo

Ende Mai 1988 haben sich Tausende von Bauern in Sternmärschen auf die Provinzhauptstädte des Nordens begeben, um ihren Forderungen nach Verstaatlichung aller, von multinationalen Konzernen ausgebeuteten Bodenschätze, nach Landreform, nach Verbesserung der Infrastruktur und nach Entmilitarisierung der ländlichen Gebiete Nachdruck zu verleihen. Wie kam es dazu?

Seit einigen Jahren hat die Bauern- und Arbeiterbewegung in Kolumbien Fortschritte gemacht, was sich in Kampfformen wie zivilen Streiks und Bauernmärschen ausdrückt. Sogar in den entferntesten und rückständigsten Gebieten hat die Bevölkerung ihre Unzufriedenheit mit diesen Streiks gezeigt.

Im letzten Jahr gab es zivile Streiks in den bisher ruhigsten Gebieten des Landes wie im Chocó an der Pazifikküste, in Nariño im Süden des Landes, in Boyacá, das im zentrum Kolumbiens liegt, und gleichzeitig im Nordosten Kolumbiens, der unter dem Einfluß von multinationalen Erdölkonzernen steht.

Im Juni 1987 wurde ein gemeinsamer Streik dieser Regionen organisiert, mit dem Ziel, eine Verbesserung der öffentlichen Dienstleistungen, z.B. des Straßenbaus, zu erreichen. Es wurde eine Vereinbarung mit der Regierung getroffen, wobei sich diese verpflichtet hat, innerhalb einer bestimmten Zeit die genannten Forderungen zu erfüllen. Sie hat bis heute ihr Wort nicht eingelöst.

Im Mai hat die Bevölkerung dieser Regionen zusammen mit der Bevölkerung der Küstengebiete Streiks organisiert, um endlich die Einlösung der Vereinbarungen durchzusetzen. Gleichzeitig wurden neue

Forderungen artikuliert, so besonders das Recht auf Leben, das aufgrund der Tatsache, daß viele Volksführer umgebracht wurden und immer wieder Morde geschehen, zu einer Hauptforderung geworden ist. Eine weitere Forderung bezieht sich auf die Nationalisierung der Bodenschätze, insbesondere die Nationalisierung von Caño de Limón, der größten Ölquelle Lateinamerikas, die drei Mal so groß ist wie die in Barrancabermeja. Diese wird seit 1928 angezapft und produziert immer noch Öl. Die Forderung nach Nationalisierung soll eine Mahnung an die Multis sein, die 500 Mio. Dollar täglich in Form von Öl ins Ausland bringen. Die Multis verursachen große Umweltzerstörungen, investieren aber weder in Umweltschutz noch in Dienstleistungen, sondern plündern nur die Region.

Darüber hinaus wurde der Anspruch auf eine Verbesserung der Wohnungsversorgung sowie des Erziehungs- und Gesundheitswesens erhoben.

Waren die Märsche nur auf den Norden beschränkt?

Diesmal fand der Streik in elf Departamentos des Landes statt (insgesamt gibt es 23 Departamentos in Kolumbien). Aber auch die Bevölkerung im Norden Antioquias hat sich beteiligt. Ebenso gab es von den Bewohnern der Elendsviertel im süden Bobotás solidarische Aktionen; sie haben z.B. die Botschaft von Mexiko besetzt, um die Forderungen der Bauern zu unterstützen; zusätzlich forderten sie Wasser, das ihnen seit zwei Monaten gesperrt worden war. Es ist absurd, daß ein Land, das so reich ist an Wasser, den Slumbewohnern keines zur Verfügung stellt.

All diese Aktionen sind auch Vorbereitungen auf den Generalstreik. CUT und CGT haben eine Liste der Forderungen an die Regierung aufgestellt, und falls diese Forderungen nicht erfüllt werden, soll noch in diesem Jahr zu einem Generalstreik aufgerufen werden. Das Datum steht allerdings noch nicht fest. Wir glauben, daß die Voraussetzungen für einen Generalstreik vorhanden sind. Angesichts der vielen unaufgeklärten Ermordungen, der Mißachtung der Rechte der Arbeiter und Bauern sowie der Auslandsverschuldung, ist es zu einer Notwendigkeit geworden, die Regierung unter Druck zu setzen.

Bei dem Nationalstreik werden die gleichen Forderungen erhoben werden, für die die Bauern und Arbeiter aus dem Norden bereits im Mai demonstriert haben.

Obwohl der Organisationsgrad der Arbeiter in Kolumbien sehr gering ist, gehen jetzt sehr viele auf die Straße. Wie erklärst Du diesen Widerspruch?

Gewerkschaftlich sind zwar nur 15% der Arbeiter organisiert, aber es gibt andere Organisationsformen, an denen Arbeiter sich beteiligen, wie z.B. in den zivilen Bewegungen, die Forderungen nach Verbesserung der Lebensbedingungen stellen (z.B. nach Wohnungen, nach Gesundheitsversorgung).

Der geringe Organisationsgrad in den Gewerkschaften liegt daran, daß die Regierung und die Unternehmer Druck ausüben; z.B. sind viele Arbeiter entlassen worden, weil sie sich für die Forderungen der Arbeiterbewegung engagiert haben und weil sie die gewerkschaftliche Organisierung für notwendig erachten. An den Manifestationen jetzt im Mai haben etwa 150.000 Menschen teilgenommen. Die ANUC (Bauernorganisation) ist in diesen nördlichen Regionen sehr stark vertreten, ebenso die zivilen Komitees.

Gehört nicht sehr viel Mut dazu, heute in Kolumbien politische Forderungen zu stellen angesichts der Bedrohung durch Todesschwadrone und Militärs?

Seit vorigem Jahr finden Arbeitsgruppen statt mit dem Ziel, die Angst bewältigen zu lernen. In Städten wie Cali, Medellin und Bogotá war es sehr gefährlich, an Demonstrationen teilzunehmen; z.B. wurde Luis Felipe Velez, der Vorsitzende der Lehrergewerkschaft von Antioquia ermordet und auf seiner Beerdigung wurden weitere Menschen umgebracht, Hector Gómez, ein liberaler Menschenrechtler, war darunter. Die Leute haben Angst, aber sie wissen auch, daß der gemeinsame Kampf die einzige Möglichkeit ist, sich gegen die Repression zu wehren.



Wir erklärst Du Dir die enorme Gewalt in Kolumbien?

Kolumbien ist ein Land mit vielen Widersprüchen. Es besitzt große Reichtümer an Bodenschätzen wie z.B. Erdöl, Kohle, Nikkel. Kürzlich hat man in Vaupés Gold entdeckt.

Aufgrund der Konzentration des Eigentums an Grund und Boden auf wenige Großgrundbesitzer gibt es eine große Fläche von ungenutztem fruchtbaren Boden. Diese große Konzentration des Kapitals in den Händen weniger ist der Herd für viele Konflikte ökonomischer und politischer Natur. So sind es im wesentlichen fünf Familien, die das Land und seine Geschicke lenken. Sie bezahlen auch die Politiker.

Die politische Beteiligung des Volkes soll sich darauf beschränken, an den Wahlen teilzunehmen. Die Mehrheit der Bevölkerung nimmt allerdings nicht an diesen Wahlen teil. So wurde z.B. der jetzige Präsident Virgilio Barco von nur 15% der kolumbianischen Bevölkerung gewählt. Diese Widersprüche haben sich verschärft und die Antwort der Regierung darauf ist es, ihre Interessen mit offener Repression durchzusetzen, wobei diese Repression in den letzten Jahren einige Änderungen erfahren hat. Unter der Regierung Turbay Ayalas waren die Gefängnisse voll mit politischen Häftlingen. Dann kam Betancur mit seiner Politik der Amnestie und dem Dialog mit der Guerilla. Es wechselte die Taktik der Bourgeoisie: jetzt gibt es mehr Verschwundene und Ermordete. Die Mehrheit der Verschwundenen und Ermordeten sind Menschen, die sich im Kampfe mit dem bestehenden System befanden. So will die Bourgeoisie ihre Macht auf der Grundlage der Gewalt aufrechterhalten. Der Imperialismus unterstützt sie mit seinem Konzept des „low intensity conflict"; es gibt zwar keine Kriegserklärung, trotzdem findet ein Krieg statt.

Das ist doch in anderen Ländern Lateinamerikas genauso. Aber paramilitärische Gruppen sind doch etwas ganz spezielles in Kolumbien?

In Kolumbien war bisher keine Militärdiktatur notwendig wie in anderen Ländern Lateinamerikas. Hier wird eine andere Taktik angewandt. Das Militär mischt sich nicht offen in die politischen Angelegenheiten ein, sondern versteckt. Die einzige Möglichkeit, die die Bourgeoisie hat, ist die Repression, und hier sind die paramilitärischen Gruppen diejenigen, die diese

Rolle übernehmen zusammen mit den Militärs. Diese Repression wird durch das Anti-Terror-Dekret (von dem später noch gesprochen wird) auch durch den Gesetzgeber sanktioniert. Es handelt sich somit um eine institutionalisierte und eine nichtinstitutionalisierte Repression, die sich gegenseitig ergänzen.

Wie ist die Zusammenarbeit von Drogenhändlern, Militärs und Bourgeoisie?

Bourgeoisie, Militär und Drogenhändler haben Differenzen, aber sie tun sich zusammen, wenn sie sich durch eine Massenmobilisation bedroht fühlen, z.B. wurden die Massaker in Urabá von Drogenhändlern finanziert und von den Militärs durchgeführt. Für ein weiteres Beispiel steht Jorge Luis Gacha, der einer der wichtigsten Drogenhändler und gleichzeitig Hauptaktionär der staatlichen „Banco ganadero" ist. Diese Bank hat großen Einfluß auf die Landwirtschaft. Hier sind also die Beziehungen zwischen Drogenmafia und Bourgeoisie ganz klar.

In Kolumbien ist kein Militärputsch notwendig, weil ein Dekret erlassen worden ist, das einem für eine Region zuständigen Militärchef erlaubt, Funktionen der Gewaltenteilung auf sich zu vereinigen. De facto existiert also eine Militärdiktatur in Regionen, von denen die Regierenden meinen, daß die öffentliche Ordnung gestört sei. Auf diese Weise kommt zwar eine zivile Person an die Regierungsspitze wie z.B. Barco, aber in bestimmten Regionen herrschen die Militärs.

Es gibt keine wesentlichen Unterschiede in der Bougeoisie; die Drogenmafia beutet auch Arbeiter aus. Viele Unternehmen werden von der Mafia finanziert. Unter der Regierung López Michelsen wurden die Drogendollars offiziell akzeptiert. Sie konnten ohne Probleme umgetauscht werden.

Noch unter der Regierung Betancur wurden Reformen versprochen. Was war für den Agrarsektor vorgesehen und welche Reformen hat man bis heute realisiert?

Reformen hat man nicht durchgeführt. Sie sollten im Parlament verabschiedet werden, aber dort sitzen die Großgrundbesitzer des Landes, die natürlich nicht gegen ihre eigenen Interessen handeln. Im Gegenteil, sie sind gerade dort, um ihre Interessen zu verteidigen. Sie haben zwar eine Agrarreform vorgeschlagen, aber nach dem Muster, wie sie schon unter Lleras Restrepo durchgeführt wurde: die Regierung kauft den Großgrundbesitzern unfruchtbare Ländereien zu einem hohen Preis ab und verkauft sie weiter an Bauern. Damit wurde ein großes Geschäft gemacht.

Mit den herrschenden Strukturen im Lande ist es unmöglich, vernünftige Reformen durchzuführen, die der Bevölkerung zugute kommen. Der Staat vertritt nur die Interessen der Oligarchie.

Unter dem Stichwort „Demokratisierung des politischen Systems" sind im März '88 zum ersten Mal direkte Bürgermeisterwahlen durchgeführt worden. Und im Oktober soll über eine weitere Verfassungsänderung abgestimmt werden. Wo wird das Volk diese Demokratisierung spüren?

Am 13.3.1988 fanden die Bürgermeisterwahlen statt, die viele politische Hoffnungen hervorriefen. Es gab zwar eine größere Wahlbeteiligung als sonst üblich, aber immer noch haben sich 65 % der Bevölkerung nicht beteiligt, d.h. daß die Bevölkerung von dieser Demokratisierung nicht überzeugt ist. Das Plebiszit, das im Oktober stattfinden soll, gehört auch zu einer Strategie der Regierung, die Krise zu überwinden. Es werden Fragen vorgelegt, auf die das Volk mit „Ja" oder „Nein" antworten kann, aber es hat gar keine Möglichkeit, Änderungen vorzuschlagen. Wichtige Fragen wie z.B. nach der Agrarreform, werden gar nicht erst gestellt. Das Plebiszit ist eine Farce und ich glaube, die Leute werden sich nicht beteiligen.

Aber die Bourgeoisie ist doch kein einheitlicher Block. Gibt es da nicht auch eine Richtung, die sich für Reformen ausspricht?

Widersprüche innerhalb der Bourgeoisie gibt es nur im Hinblick auf die Überwindung der Krise. Das Plebiszit muß man in diesem Rahmen betrachten. Mit dem Plebiszit will die Regierung die Unterstützung seitens des Volkes erreichen, um das demokratische Gesicht weiter wahren zu können. Andere Gruppen meinen, die Durchführung des Plebiszits bedeute eine Ent-

Gewerkschaften

Die **CUT** *(Central Unitaria de Trabajadores/Zentrale Einheitsgewerkschaft der Arbeiter)* besteht seit 1986. Die CUT setzt sich aus Leuten aller Gewerkschaften in Kolumbien zusammen.

Die CUT stellt Forderungen, die über rein gewerkschaftliche hinausgehen, wie z.B. die Forderung nach Einigkeit aller Länder Lateinamerikas, um dem Problem der Auslandsschulden, welche sich durch die Politik des IWF als unbezahlbar herausgestellt haben, gemeinsam die Stirn zu bieten.

Die **CGT** *(Central General de Trabajadores)* ist eine christdemokratische Gewerkschaftsorganisation, der 1983 255 Gewerkschaften mit insgesamt etwa 49.000 Mitgliedern angehörten.

Der weitaus größte Teil der Gewerkschaftsmitglieder ist in unabhängigen Gewerkschaften organisiert. 1983 gab es 756 unabhängige Gewerkschaften mit ca. 445.000 Mitgliedern. Das sind über die Hälfte der gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer Kolumbiens. Die FECODE (Lehrergewerkschaft) und die USO (Erdölarbeitergewerkschaft) sind unabhängige Gewerkschaften.



Die wichtigsten Guerillaorganisationen in Kolumbien

Die **FARC** *(Fuerzas Armadas Revolucionarias de Columbia/Revolutionäre Streitkräfte Kolumbiens)* ist mit insgesamt 10.000 Kämpfern die größte Guerillaorganisation. Die FARC ist moskauorientiert und hat während des unter Betancur eingeleiteten „Friedensprozesses" ein Waffenstillstandsabkommen mit der Regierung unterzeichnet, das sie – zumindest offiziell – bis heute noch einhält. Zur weiteren Durchführung ihrer politischen Arbeit hat sie eine Partei gegründet, die Unión Patriótica (UP), die auch für die Bürgermeisterwahlen kandidiert hat.

Die **ELN** *(Ejército de Liberación Nacional/Nationales Befreiungsheer)* ist nach der kubanischen Revolution entstanden und wurde von dem Priester Camilo Torres angeführt. Die ELN beruft sich auf die Fokus-Theorie Che Guevaras. Das Waffenstillstandsabkommen hat sie nicht unterzeichnet.

Die **EPL** *(Ejército Popular de Liberación/Volksbefreiungsarmee)* war ursprünglich eine maoistische Organisation, lehnt sich heute in organisatorischer und politischer Hinsicht an Albanien an. Die EPL kündigte das Waffenstillstandsabkommen im November 1985 nach Ermordung ihres Führers.

Die **M 19** *(Movimiento 19 de abril/Bewegung 19. April)* entstand in den 70er Jahren und bildet eine Vereinigung verschiedener Sektoren der Linken. Sie ist linksnationalistisch einzustufen und wird von vielen Linken als sozialdemokratisch beschimpft. Die M 19 hat zwar 1984 den Friedensvertrag unterzeichnet, ihn aber bereits 9 Monate später wieder aufgekündigt, da viele ihrer Führer von Militärs ermordet worden sind. Hierzulande bekannt geworden ist die M 19 durch den Sturm auf den Justizpalast im November 1985.

Das **Comando Quitín Lamé** *(Indianerguerilla)* tritt für die Grundrechte der indianischen Gemeinschaften ein.

EPL, M 19, ELN und Quintín Lamé haben sich schon 1985 zu einer Nationalen Guerillaorganisation zusammengeschlossen.

Seit Ende September 1987 gibt es eine neue „Coordinadora Guerillera Simón Bolivar", der auch die FARC beigetreten ist.

machtung des Parlaments, das eigentlich für solche Fragen zuständig ist.

In Kolumbien gibt es keine progressive Bourgeoisie und nicht einmal eine nationale Bourgeoisie. Es ist unglaublich, wie unsere Naturressourcen dem Imperialismus ausgeliefert werden, was z.B. in den Assoziationsverträgen geregelt ist. Die jüngsten Kredite, die Kolumbien bekommen hat, waren für die Ausbeutung von Naturressourcen bestimmt, vor allem von Erdöl und Kohle. Diese sind allerdings in den Händen von Multis, und diese wiederum stehen in Verbindung mit den Banken, die die Kredite vergeben. Der kolumbianische Staat muß 50% der Ausbeutungskosten decken, die anderen 50% übernehmen die Multis. Das Geld, das der Staat aufwendet, stammt aus den Krediten. Wenn neue Quellen entdeckt werden, bekommen 40% der Gewinne die Multis, 40% Ecopetrol (der kolumbian. Erdölkonzern) und 20% die Regierung als eine Art Pacht dafür, daß sie den Boden zur Verfügung stellt. Dieses Zahlenverhältnis bezieht sich auf den Rohpreis, d.h. bei Ausbeutungskosten von einem Dollar bleibt etwa die Hälfte davon in Kolumbien. Das Erdöl wird ausgeführt und Kolumbien muß 18 Dollar pro Barrel bezahlen, wenn es das Öl wiederhaben will. Wir kaufen unser Öl also teuer wieder ein. Die behandeln unsere Naturressourcen, als ob sie ihnen gehörten.

Anfang des Jahres wurde in Kolumbien ein Anti-Terror-Gesetz nach europäischem Muster verabschiedet. Hat sich dadurch die Lage der Linken verschärft?

Das Gesetz wurde nach dem Muster von einem ähnlichen in Portugal, Italien und der BRD gemacht; doch die Bedingungen sind gänzlich verschieden. Es ist „zur Verteidigung der Demokratie" vorgesehen, aber aus unserem Verständnis heraus ist es ein terroristisches Dekret, das die politischen Freiheiten in Kolumbien einschränkt. Wir sind seit 40 Jahren im Ausnahmezustand und dieses Dekret beschränkt die politischen Recht noch mehr. Ein Polizist kann jemanden ohne Haftbefehl festnehmen und 20 Tage ohne Kontakt zur Außenwelt einsperren; es ist durchaus möglich, daß ein Verschwundener auf diese Weise festgenommen und das Gericht nie davon informiert wurde. Durch das Gesetz wird die Rolle der Polzei aufgewertet und die Bedeutung des Richters abgewertet.

Die Organisationen, die zu den Demonstrationen aufgerufen haben, wurden auch mit diesem Dekret bedroht. Auf die Festgenommenen wendet man dieses Dekret sicherlich an. Demonstrationen sind im Ausnahmezustand eh untersagt. Das Versammlungsrecht ist eingeschränkt, z.B. dürfen sich nicht mehr als sieben Personen versammeln. Die Leute haben sich daran gewöhnt und führen trotzdem Demonstrationen durch, weil es eine Notwendigkeit ist. Die Situation der Linken hat sich verschärft, aber die Notwendigkeit des politischen Kampfes ist da und so wird weiter mobilisiert. Durch die Gewalt darf man sich nicht einschüchtern lassen. Das Volk weiß dies und kämpft weiter. Das große Problem ist, daß solche Konfrontationen für das Volk sehr unglücklich verlaufen. Das Militär ist bewaffnet und gut ausgerüstet, während das Volk unbewaffnet ist. So gab es in La Fortuna/Santander eine Bombardierung der Demonstration von seiten des Militärs. Die Märsche sind auf dem Wege in die Provinzhauptstädte Bucamaranga und Barranquilla von Militärs gestoppt und angegriffen worden. Die Forderungen der marschierenden Bauern wurden gar nicht gehört, man stellte lediglich LKWs zur Verfügung, die die Leute zurück in ihre Heimatorte bringen sollten. Über 30 Personen kamen um, darunter Frauen und Kinder. Während der Märsche gab es eine Auseinandersetzung zwischen der FARC und dem Militär. Das war wohl der Auslöser für die Repression gegen die marschierenden Bauern.

Wie organisiert sich die Linke in Kolumbien?

Es gibt bewaffnete Gruppen und Massenorganisationen. Im Moment ist in Kolumbien ein Einigungsprozeß der Guerilla im Gange, der sehr wichtig ist. Seit dem letzten Jahr haben sie sich in einer „Coordinación Nacional guerillera", der „Coordinación guerillera Simón Bolivar" zuammengeschlossen. Sie haben auch angefangen, in den Massenbewegungen, auf die sie Einfluß haben, einen weiteren Einigungsprozeß voranzutreiben.

Gibt es eine Aufteilung nach Regionen oder stehen sie in Konkurrenz zueinander?

Es gibt Gruppen, die in bestimmten Regionen mehr vertreten sind und mehr Einfluß haben, aber im Grunde genommen sind sie alle überall vertreten, nicht nur regional, sondern auch sektoral in den Organisationen der Bauern, Studenten und Schüler. Das war die Voraussetzung für die neue Koordination, dem „Encuentro Nacional de Convergencia", an der alle Massenorganisationen beteiligt waren. Sie haben sich auf Minimalforderungen geeinigt, um den politischen Kampf vorantreiben zu können. Ein wichtiger Beschluß ist der Generalstreik.

Und wie ist dabei „A luchar" einzuordnen, die Organisation, der Du angehörst?

„A luchar" ist ein Zusammenschluß von Gruppen, die sich nicht auf den unter Betancur propagierten nationalen Dialog einlassen wollten, weil sie in ihm eine „Falle" für die Massenbewegungen und die Guerilla gesehen haben. Sie besteht seit 1984. Im Laufe der Zeit entwickelten sich mehr Gemeinsamkeiten und „A luchar" bekam zunehmenden Einfluß auf die Bauern, Studenten und Volksorganisationen. „A luchar" trägt wesentlich zum Vereinigungsprozeß der Massenorganisationen bei, ist Mitglied der CUT und in deren Vorstand vertreten. Desweiteren sind wir in der Nationalen Koordination der zivilen Bewegungen und in der ANUC vertreten. Wir haben uns an dem Einigungsprozeß der Bauernbewegung beteiligt, ebenso an der Indianer- und der Studentenbewegung.

Wir sind überall in den Massenbewegungen präsent. Auch jetzt bei den Märschen der Bauern gehören wir zum Verhandlungskomitee. An den Wahlen haben wir uns nicht beteiligt. Die Mehrheit des Volkes wählt nicht. Warum sollten wir sie davon überzeugen, daß sie wählen sollten? Das Volk ist von den Institutionen der Regierung nicht überzeugt, und wir wollen diese Meinung unterstützen weil diese Institutionen nicht die Institutionen des Volkes sind. Es müssen neue Institutionen gegründet werden, die eine breite politische Beteiligung des Volkes ermöglichen. Deswegen sind wir für kommunale Räte, in denen Leute unabhängig von Religion, sozialer Schicht und Partei, also Arbeiter, Studenten und Bauern, zusammenkommen, um Entscheidungen zu treffen, die für alle dringend und wichtig sind, z.B. bezüglich des Brückenbaus oder der Ressourcen, die die Region braucht. Das ist eine tatsächliche politische Beteiligung und nicht wie ab und zu einen Kandidaten wählen zu sollen oder zu müssen, der dafür noch Geld angeboten hat (es werden zwischen 10.000 und 20.000 Peso für eine Stimme geboten). In Barranquilla z.B. wurden für 20 Stimmen eine Wohnzimmereinrichtung angeboten, eine Schlafzimmereinrichtung für 30 Stimmen, und viele Leute machen das mit, weil sie ein Bett zum Schlafen brauchen. Es wurden auch Ziegeldächer versprochen, die sich sonst kaum einer leisten kann.

Das Volk sollte sich aber aus politischer Überzeugung beteiligen und nicht aus einer Not heraus. Es soll eine Machtalternative bilden und nicht mehr nur als Opposition dastehen. Bisher partizipiert es nicht an der politischen Macht, und das soll jetzt durch die Selbstorganisierung erreicht werden. Deshalb soll eine nationale Volksversammlung entstehen, die „Asamblea Nacional Popular", an der alle armen Sektoren des Landes teilnehmen. Das haben wir der UP, der Frente Popular und den regionalen politischen Komitees vorgeschlagen. Diese Asamblea Nacional Popular soll die bereits genannten Forderungen als politisches Programm ausarbeiten. Es soll ein breites politisches Spektrum erreichen, wobei die Bourgeoisie ausgeschlossen werden soll, weil sie wie gesagt keine nationalen Interessen vertritt; das Programm soll antiimperialistisch sein.

Warum muß „A luchar" halblegal arbeiten? Steht sie in Verbindung zur Guerilla?

„A luchar" arbeitet in dem Sinne halblegal, daß sie bisher gesetzlich nicht anerkannt ist, anerkannt aber ist sie von Seiten der Bevölkerung. Das ist uns das Wichtigste.

Um die Repression gegen uns zu rechtfertigen, hat uns die Bourgeoisie unterstellt, mit der Guerilla zusammenzuarbeiten. Die Guerilla wird von Bourgeoisie und Regierung als terroristisch eingestuft, und da die Massenorganisationen in ihren Augen von der Guerilla dirigiert werden, werden auch wir als Terrororganisation betrachtet. Wir sind aber nicht von der Guerilla abhängig.

G.R.



Mittelamerikas Schuldenlast wächst

1987 wuchsen Mittelamerikas Schulden um fast 1.000 Millionen US$ auf 18.115 Millionen (Tabelle 1). Der Schuldendienst war für Costa Rica und Honduras besonders schmerzhaft; beide Länder sind mit ihren Zins- und Tilgungszahlen an ausländische Gläubiger in Verzug geraten. Und dieses Jahr konnte Guatemala dieser Gruppe beitreten. Die Situation in Mittelamerika ist ein Abbild der ganzen sich entwickelnden Welt – in allen Entwicklungsländern zusammen sind die Auslandsschulden um 2,5% auf 1.190.000 Millionen US$ gestiegen.

Im Vergleich zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) bleiben die Schulden von Nicaragua, Costa Rica und Honduras die höchsten in der Region. Nicaraguas noch ausstehende Schulden – die höchsten in Mittelamerika – erreichten 1987 6.200 Millionen US$. Trotzdem weigerte sich Nicaragua, mehr als 13% seiner Exporteinnahmen an ausländische Banken zu zahlen, während Costa Rica, El Salvador und Honduras alle über 48% ihrer Exporteinnahmen für Schuldenzahlungen verwendeten; Guatemala zahlte 33% (Tabelle 2).

In der Gesamtregion wuchsen die Kosten für Schuldenrückzahlungen von 39% der Exporteinnahmen (1984) auf 42% (1986).

Das Wachstum der Schulden verlangsamte sich 1987, nachdem diese 1986 bereits um 2.000 Millionen US$ angestiegen waren. Ein Zeichen dafür, daß Kreditgeber vorsichtiger geworden sind, an bereits tiefverschuldete Länder weitere Kredite zu vergeben.

Eine relativ schwache Weltwirtschaft, zunehmende protektionistische Schranken der Industrieländer, unbeständige Wechselkurse und ungünstige Bedingungen, die die Länder Mittelamerikas wegen der noch ausstehenden Schuldenzahlungen akzeptieren mußten, waren unter anderem die Ursachen dafür, daß es zunehmend schwieriger wurde, diese Schulden zurückzuzahlen.

Die Erfahrung kleinerer Schuldnerländer zeigt, daß internationale Handelsbanken weniger flexibel mit diesen Ländern umgehen als mit größeren Schuldnern, vermutlich deshalb, weil diese keine solche Bedrohung der Stabilität der Weltfinanz darstellen können.

Mit Ausnahme Nicaraguas, welches einseitig seine Schuldenrückzahlungen begrenzt und von seinen ökonomischen Fähigkeiten abhängig gemacht hat, „mußten" die anderen Länder Mittelamerikas extrem harte Bedingungen bei der Rückzahlung ihrer Schulden akzeptieren; zur Zeit liegen ihre Zinssätze um mehr als 2% über dem London-Inter-Bank-Offer Rate (LIBOR, siehe Kasten).

Besonders kritisch ist die Situation in Costa Rica, bei dem das Verhältnis Schulden/BIP mit am höchsten von ganz Lateinamerika ist (übertroffen nur noch von Jamaica und Chile). Kräftige Finanzspritzen

Tabelle 1:
Mittelamerika: Gesamte Auslandsschulden 1970, 1980 - 87 in Millionen US$

	Mittelamerika	Costa Rica	El Salvador	Guatemala	Honduras	Nicaragua
1970	648	134	117	152	90	155
1980	7651	2209	1176	1053	1388	1825
1981	9843	2687	1608	1385	1588	2566
1982	11962	3188	1808	1841	1986	3139
1983	13655	3532	2023	2149	2162	3789
1984	15106	3752	2095	2505	2392	4362
1985	16267	3742	2162	2624	2803	4936
1986	17177	3739	2093	2641	2931	5783
1987	18115	3800	2250	2720	3145	6200

Quelle: Central America Report, basierend auf Zahlen der UN Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik (ECLAC).

Tabelle 2:
Mittelamerika: Auslandsschulden-Indikatoren (in Prozent)

	Gesamtschuld/ Export pro Jahr	Schuldendienst/ Export pro Jahr
Mittelamerika	359,8	42,3
Costa Rica	271,9	48,6
El Salvador	235,2	48
Guatemala	216,7	33,1
Honduras	264,6	48,2
Nicaragua	1977,1	13

Quelle: Central America Report, basierend auf Zahlen der UN Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik (ECLAC).

Tabelle 3:
Mittelamerika: Änderungen der Rückzahlungsbedingungen

	Wert über LIBOR (%)	Rückzahlperiode (Jahre)	tilgungsfreie Zeit (Jahre)
Rückzahlungen			
Erste Runde			
Peru (1980)	1,28	5	2
Nicaragua (1980)	1,5 *a)*	12	5
Zweite Runde			
Mexiko (1982/83)	1,88	8	4
Peru (1982/83)	2,25	8	3
Costa Rica	2,25	8	4
Honduras (1982/83)	2,38	7	3
Nicaragua (1982/83)	*a)*	12	5
Panama (1982/83)	2,29	6	1,5
Dritte Runde			
Mexiko	1,13	14	*b)*
Brasilien (1984/85)	1,13	12	5
Costa Rica (1984/85)	1,63	10	3
Panama (1984/85)	1,38	12	3,5
Vierte Runde			
Argentinien (1986/87)	0,81	19	7
Honduras (1987)	1,13	6	4

a) In Übereinkunft mit Nicaragua wurden Zinskosten, die 7% übersteigen, aufgeschoben und auf die Gesamtschuld aufaddiert. Die Rückzahlungsbedingungen 1982/83 waren im Prinzip Fortführungen der Abmachungen von 1980.

b) Anfänglich niedere Tilgungsraten, die periodisch steigen.

Quelle: Central America Report, basierend auf Zahlen der UN Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik (ECLAC).

aus den USA an El Salvador und Honduras verkleinerte die Schuldenlast dieser beiden Länder. Ein Beobachter meinte: „Sie zogen es vor, ihre Politik an US-Forderungen anzupassen, statt die ökonomischen Reformen durchzuführen, die von multilateralen Organisationen gefordert werden."

1987 erhielt Costa Rica massive Hilfe aus den USA und vom Internationalen Währungsfonds, obwohl es seit dem Vorjahr nicht alle anstehenden Zinsen seiner Handelsschulden zahlen konnte. Auch Honduras hat Ende 1987 aufgehört, alle seine Schulden zurückzuzahlen, und Guatemala, welches in diesem und im nächsten Jahr mit enormen Schuldenforderungen konfrontiert ist, hat sich entschieden, die Kapital-Zahlungen an seine Gläubiger zu verschieben.

(Aus: Third World Network Features/Central America Report, Guatemala)

LIBOR: London-Inter-Bank-Offer Rate. Diese Rate bezeichnet einen variablen Zinssatz für kurzfristige Kredite mit einer Laufzeit von bis zu 6 Monaten. In den 70er Jahren und verstärkt ab 1980 haben Entwicklungsländer einen wachsenden Anteil ihrer Verschuldung zu LIBOR Konditionen auf dem freien Kreditmarkt aufgenommen. Dieser Zinssatz betrug:

1970: 8,59%
1980: 14,03%
1981: 16,63%
1982: 13,48%
1984: 9,82%
1985: 11,54%



Kolumbien im Neuverschuldungsstrudel

Interview mit Francisco Castillo*

* zur Person des Interviewten siehe S. 7

Wie hat sich die Außenverschuldung Kolumbiens entwickelt?
Die Struktur der Außenverschuldung ist folgende: es gibt Anleihen bei der Weltbank, der Interamerikanischen Entwicklungsbank, dann Kredite bei internationalen Privatbanken und Schulden bei einigen Ländern die z.B. Maschinen geliefert haben. Außerdem gibt es öffentliche Kredite von einigen Regierungen, vor allem aus Europa.

Die Kredite in den 70er Jahren waren in der Mehrzahl langfristige, mit einer Laufzeit von 15–20 Jahren und mit relativ niedrigen Zinsen. Sie kamen von der Weltbank und der Interamerikanischen Entwicklungsbank.

Mit dem Ende der 70er Jahre wuchsen jedoch die Anleihen bei internationalen Privatbanken. Die Kredite dieser Banken wurden immer kurzfristiger und die Zinsen wurden auf den Märkten in New York oder London festgelegt. Das Anwachsen dieser Kredite verschlechterte die Zusammensetzung der Schuldentitel und die Position des kolumbianischen Staates.

Was gab den Ausschlag für die Schuldenkrise in Kolumbien?
Anfang der 80er Jahre zeichnete sich eine Finanz- und Wirtschaftskrise ab. Die Krise führte 1982 zum Zusammenbruch kolumbianischer Privatbanken. Darunter waren die größte kolumbianische Bank, die Banco de Colombia.

Mit der Übernahme finanzieller Garantien und der Gründung eines Fonds, um mit öffentlichen Mitteln die Privatwirtschaft zu stützen, wurde die staatliche Verschuldung in die Höhe getrieben. Dieser staatliche Fonds wurde von internationalen Banken mit Kapital versorgt.

Und anstatt die Produktion für den nationalen Markt in Industrie und Landwirtschaft zu fördern, wurden mit staatlichen Geldern die großen Privatbanken und Exportindustrien modernisiert und abgesichert und später dann reprivatisiert. So erreicht die Verschuldung Kolumbiens 1983 knapp elf Mrd. $, davon waren 60% staatliche und 40% private Anleihen.

Wie hoch ist die Außenverschuldung heute?
Die Außenverschuldung ist nach 1984 um 60% angewachsen. Und nach Einschätzungen der Presse wird in den folgenden Monaten eine Neuverschuldung von 1,8 Mrd. $ erwartet. Es scheint die Absicht der jetzigen Regierung zu sein, eine Außenschuld von 20 Mrd. $ zu erreichen. Mit der Übernahme der privaten Schulden waren insgesamt ca. 6,6 Mrd. $ Neuverschuldung notwendig. Dadurch setzte ein Neuverschuldungsstrudel ein, der jetzt vom Volk durch wachsende Repression und staatliche Einsparungen getragen werden muß.

Wie teilt sich die Verschuldung auf?
Zur Zeit macht die öffentliche Verschuldung 80% und die private 20% der Gesamtschuld aus.

Der größte Teil der Kredite ging in den Energiesektor. Dabei liegt die Förderung von Kohle und Erdöl an der Spitze. Einige Investitionen gingen auch in den Bau von Wasserkraftwerken. Die Projektkosten lagen hier immer doppelt so hoch wie anfangs veranschlagt.

Am Beispiel eines Neuverschuldungsvertrages läßt sich ziemlich deutlich zeigen, wie sich die Gelder verteilen. Der Neuverschuldungsvertrag „Jumbo" lag bei einer Mrd. $, aber was davon nach Kolumbien fließt, ist nur ein kleiner Teil.

So werden zur Zeit 35% für Zins und Tilgung von Neu- und Altschulden ausgegeben. Die restlichen 65% gehen zu einem Fünftel in das Haushaltsdefizit und zu vier Fünfteln in den Energiesektor. Daß der größte Teil der Anleihen in den Energie-Sektor geht, liegt an den Interessen der Transnationalen Konzerne. Für den Ausbau anderer Infrastrukturmaßnahmen steht schon lange kein Geld mehr zur Verfügung, da z.B. die Förderung des Wohnungsbaus unter den derzeitigen Bedingungen keinerlei Gewinne verspricht.

Bis jetzt war Kolumbien immer wieder in der Lage, mit neuen Anleihen seine Schulden zu bezahlen, weil es sich den Bedingungen des IWF unterworfen hat.

Welchen Einfluß hat der IWF?
Das Charakteristikum der kolumbianischen Verschuldung ist, daß der Staat bisher kaum auf den Fonds zurückgreifen mußte. Die Anleihen kamen von internationalen Privatbanken. Die Vergabekriterien der Banken entsprachen allerdings den IWF-Vorstellungen und Bedingungen.



Arbeitslosigkeit und Verarmung: Papiersammler in Bogota

Das Auftreten der kolumbianischen Regierung gegenüber den Vorstellungen der mexikanischen oder peruanischen Regierung, zeigt, wie sehr sie die IWF-Interessen unterstützt...
Richtig, Kolumbien ist nach Vorstellungen internationaler Großbanken Vorbild für Schuldentilgung in Lateinamerika. Und so macht die kolumbianische Regierung bei jeder Gelegenheit deutlich, daß sie keinerlei Probleme bei der Schuldentilgung hat. Sie ist auch gegen ein Schuldenmoratorium; denn jedes Land sollte so gut wie möglich seine eigenen Schuldenprobleme lösen.

Welchen Einfluß hat der Fonds auf die Entwicklung der kolumbianischen Wirtschaft?
Die Auflagen des IWF spielten erst mit dem Beginn der 80er Jahre eine Rolle; denn aufgrund von Gewinnen durch Kaffee-Export und Drogenhandel stieg die Verschuldung bis dahin nicht an.

Zur Zeit besteht ein Abkommen zwischen der Regierung und dem IWF, mit dem Resultat, daß alle drei Monate eine Kommission des Fonds nach Kolumbien kommt. Bei diesen Besuchen teilt der Fonds seine Ansichten über die Funktion der Wirtschaft und über Erfolge und Verbesserungen der wirtschaftspolitischen Maßnahmen mit.

Und obgleich die Regierung den Finanzspielraum beim Fonds nicht ausnutzt, muß sie ihre Wirtschaftsvorstellungen und ökonomischen Interessen in Einklang mit dem IWF bringen, weil nur unter diesen Bedingungen die Privatbanken ihre Gelder zur Verfügung stellen: Innerhalb der kolumbianischen Bourgeoisie wurde dieses Problem auch diskutiert. Doch die Position, die Finanzmittel des Fonds vollständig auszuschöpfen und weniger bei Privatbanken zu leihen, konnte sich nicht durchsetzen. Dem stehen nämlich die Interessen derjenigen entgegen, die bei eben diesen Banken ihre eigenen Pfründe sichern und ihre Dollars (z.B. aus dem Drogenhandel) waschen. Daß die Bedingungen der Geldknappheit akzeptiert werden, ist ein weiteres Beispiel dafür, wie die Regierung das Land imperialistischen Interessen ausliefert.

Welchen Anteil schätzt Du, haben die „Fluchtgelder" an der Verschuldung?
Es gibt darüber keinerlei Kontrolle und Statistik, wie sie die verstaatlichten mexikanischen Banken haben.

Immer wieder verlassen Leute mit großen Kapitalmengen das Land. Auch wird ein Teil der Anleihen von Privatpersonen gleich wieder bei internationalen Banken in den USA oder Panama investiert bzw. deponiert.

In der Finanzkrise Kolumbiens 83/84 haben viele Leute ihr über Jahre angespartes Geld verloren. López, Bankdirektor und Besitzer vieler Firmen, hat z.B. das

Land mit unterschlagenen Geldern verlassen. Alle Welt weiß, daß er in Panama ist, trotzdem gibt es keine Möglichkeit, ihn festzusetzen.

Ein weiteres Charakteristikum der kolumbianischen Außenverschuldung ist die Existenz nicht registrierter Anleihen. Diese Gelder stehen den Militärs ohne Kontrolle zur Verfügung. Bekannt wurde dies durch den Raub von 13,5 Mio. $ aus einer Anleihe von 200 Mio. $ bei internationalen Privatbanken, wie z.B. der Chase Manhattan Bank. Bis 1985 wurde die Höhe dieser Gelder auf 2 Mrd. $ geschätzt. Heute wird es einiges mehr sein.

Hatten alle kolumbianischen Regierungen eigene Pläne zur wirtschaftlichen Entwicklung?

Jede kolumbianische Regierung präsentiert mit ihrem Antritt einen wirtschaftspolitischen Plan, auch wenn diese Vorstellungen nicht allzu konkret sind.

Bestandteil dieses wirtschaftspolitischen Plans sind seit den 60er Jahren US-amerikanische Wirtschaftsvorstellungen und Empfehlungen. Zentrales Element ist darin immer wieder die Bauwirtschaft. So wurden zwischen '70 und '74 der Wohnungsbau zur Arbeitsplatzbeschaffung für ehemalige Landarbeiter geschaffen. Gleichzeitig wurden Banken gefördert, um das Sparen für den Wohnungsbau zu fördern. Mit zusätzlichen Staatsgeldern und mit Bausparzinsen, die über dem normalen Kommerz-Zinz lagen, wurde das Finanzvolumen zusätzlich aufgeblasen, zumal diese Bausparzinsen weit über der Inflationsrate lagen.

Diese Wirtschaftspolitische Strategie ist wegen der Kostensteigerung gescheitert.

In den 70er Jahren bestimmte der Bausektor den Binnenmarkt. Grundlage dafür waren die Arbeitsmöglichkeiten für viele Ungelernte, die vom Lande vertrieben worden waren. Heute hat der Bausektor nicht mehr diese Bedeutung. Er ist praktisch zum Erliegen gekommen, weil die Leute das Geld nicht mehr aufbringen können. Die kurzzeitige Stabilisierung der Wirtschaft Mitte der 70er Jahre durch den Kaffee-Export war nicht Produkt einer Wirtschaftsstrategie, sondern eher Resultat der Schwierigkeiten von Kaffee-Exporteuren wie Angola und Brasilien.



Regierungsprojekt: Kanalisation, die seit Jahren nicht fertig gestellt wurde.

Geschaffen wurden neue Exportprodukte wie Bananen und Blumen, die heute neben Kaffee, Erdöl und Kohle zu den Hauptexportprodukten gehören.

Zur Zeit hat die Regierung keinerlei Strategien zur Wirtschaftsentwicklung. So wächst das Heer der Arbeitslosen und gleichzeitig der informelle Sektor. Die Wachstumsraten sind gefallen. Durch die hohe Arbeitslosigkeit finden nationale Produkte keine Käufer. So bleibt als Alternative für die Wirtschaft nur der Export von Kaffee und Bananen.

Wenn schon keine angemessenen sozialwirtschaftlichen Strukturen von der kolumbianischen Regierung geschaffen werden, wie versucht sie dann, die Kapitalverwertungsstrukturen aufrechtzuerhalten?

Zur Zeit versucht sie wieder mit neuen Plänen, die Bauwirtschaft zu fördern. Aber diese einfachen Häuser kosten sechs Mio. Peso, die bar bezahlt werden müssen, und das bei einem Mindestlohn von 25.000 Peso. Dann wird der Energiesektor in Bezug auf den Export weiterhin gefördert. Es gibt viele ländliche Regionen ohne Strom. Doch dieses Problem bereitet der Regierung keine schlaflosen Nächte, eher die Durchsetzung von Elektrizitätsexporten nach Venezuela, Ecuador und sogar nach Panama. Ferner soll das staatliche Papierunternehmen PAPELCOL nach Regierungsplänen privatisiert werden, weil es unwirtschaftlich ist.

Es gibt auch eine Tendenz zur Privatisierung von ECOPETROL. Dagegen gab es vor kurzem eine Demonstration mit dem Aufruf der CUT, die eine Privatisierung von ECOPETROL ablehnt; denn für sie ist ECOPETROL ein Produkt der kolumbianischen Arbeiter, und eine Privatisierung würde das Unternehmen in die Hände des Imperialismus geben.

Eine Industrie, die den Binnenmarkt antreiben könnte, ist weit und breit nicht zu sehen. Außerdem kommen über den Kaffee-Export auch kaum Gewinne ins Land; denn der Kaffeepreis wurde nach internationalen Übereinkünften, die von den Hauptabnehmern maßgeblich beeinflußt werden, auf 1,5 $ pro Libras festgelegt.

Mit hohen Auslandsschulden geht in lateinamerikanischen Staaten eine wachsende Inflation einher. Wie hoch ist sie in Kolumbien?

Die Kalkulation liegt in diesem Jahr bei 30%. Im allgemeinen ist Kolumbien diesbezüglich unbeschadet, so war bislang eine Inflation von 20% normal. Die Inflationsrate ist über die letzten Jahre allmählich gewachsen.

In Kolumbien wird der Peso tröpfchenweise abgewertet, während in anderen Ländern das Wechselverhältnis zum Dollar mit großen Einbrüchen reguliert wird.

Die Regierung sieht eine Kontrolle von Verkaufspreisen der Unternehmen nicht vor. Ohne diese Preislimitierung könnte der Milchpreis von heute auf morgen um 50% steigen. Notwendig wären Preisgrenzen und die Möglichkeit, Preistreiber zu bestrafen. Es gibt auch bei Grundnahrungsmitteln keine Preisgrenzen.

Allerdings werden Brote beispielsweise nicht teurer, sondern immer kleiner.



Regierungsprojekt: unbezahlbarer Wohnungsbau „für das Volk" in der Stadt Cali.

Welche wirtschaftspolitischen Vorstellungen und Alternativen hat die Opposition?

Die Vorschläge der Volksorganisationen bieten auf allen Gebieten der Wirtschaft Alternativen, zum Beispiel eine Agrarreform. In Kolumbien ist die Konzentration von Landbesitz sehr hoch. So sind 87% des landwirtschaftlich nutzbaren Bodens im Besitz von 13% der Bevölkerung. Für die Mehrzahl der Bevölkerung bleiben nur winzige Parzellen übrig, die kaum mehr eine Existenzgrundlage bieten. Deshalb ist die Landflucht sehr hoch.

Die Agrarreform ist eine Notwendigkeit, um den Bedarf an Nahrungsmitteln zu gewährleisten. Es ist unglaublich, aber bis vor einigen Jahren gab es riesige Weizenfelder, doch heute muß Weizen importiert werden. Das gleiche gilt für Mais.

Eine Agrarreform mit wirtschaftspolitischer Planung, sowie weitere Reformen für Kleinstbauern würden die jetzige Wirtschaftskrise überwinden. Damit könnten auch städtische Probleme, wie Hunger und Qualität der Nahrungsmittel aufgefangen werden. Im industriellen Sektor müssen die Löhne für die Entwicklung der Kaufkraft erhöht werden, um den Konsum nationaler Produkte zu fördern.

Die Verstaatlichung der nationalen Ressourcen ist eine weitere wichtige Forderung, so z.B. der Kohle-Tagebau, der in Kolumbien eine hohe Wirtschaftlichkeit hat. Das verstaatlichte Produkt könnte zu einem guten Preis auf dem Weltmarkt verkauft werden und dem kolumbianischen Volk zugute kommen. Z. Zt. befindet sich diese Produktion in den Händen der USA und die zahlen nur einen geringen Prozentsatz an Steuern an den kolumbianischen Staat, so daß der Gewinn in die USA fließt.

Die bisher erreichten Reformen mußten mit der Kraft des Volkes erkämpft werden; denn die Abgeordneten der nationalen Bourgeoisie und Oligarchie, die Unternehmer, Viehzüchter, Bankiers und Makler, verändern nichts. Der Bourgeoisie sind zwar diese wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten bewußt, doch die Reformpläne widerstreben ihren Interessen und Vorstellungen. Deswegen ändert sich nichts.

Auf der Konferenz in Lima, im Januar '88 wurde von den lateinamerikanischen Gewerkschaften und politischen Organisationen sowie den anwesenden NGO's aus Europa und Lateinamerika die Feststellung getroffen, „die Schulden sind bereits beglichen". Wie steht Ihr zur Resolution?

Das Problem der Ausbeutung der Ressourcen durch den Imperialismus wird durch den Schuldendienst verdeckt. Ein wirtschaftspolitischer Ausweg wäre, die Schulden nicht zu bezahlen. Daß die Schulden schon bezahlt sind, das könnte ein Argument sein, weil die Schulden ein Attentat gegen die Wirtschaftssouveränität unserer Länder sind. Die Konditionen bedeuteten, daß wir produzieren, exportieren und die Wirtschaft führen müssen, wie es die Regierung und die imperialistischen Staaten wollen.

Ich denke, daß in Lima gute Sachen gesagt wurden. Wie z.B. von Susan George, die gemeint hat, daß die Auslandsschulden eine Kriegserklärung des Imperialismus gegen den Willen der sogenannten Dritten Welt und den abhängigen Ländern sind. Wir denken, daß dies ein richtiger Beitrag ist, und daß er noch weiter entwickelt werden muß, um seine Richtigkeit aufzuzeigen. Argumente dafür wären: Einmal die toten Kinder durch Unternährung, dann die Morde der Regierungen und Todesschwadrone mit vielen Tausenden von Toten, oder die vielen Krankheitsfälle, die heilbar wären, aber nicht mehr versorgt werden. Es ist ein unerklärter Krieg, der die Ausplünderung durch die Außenverschuldung aufrecht erhält.

In Lima wurde der Boykott der Schuldenzahlung nicht unterstützt. Welche unterschiedlichen politischen Positionen gab es bei den NGO's?

Bei der Konferenz in Lima standen auf der einen Seite die Intellektuellen mit abstraktem Denken und auf der anderen Seite die Vertreter der Massen, die unter dem Druck und dem Elend der Ausbeutung stehen. Und trotzdem zeigte sich, daß unterschiedliche Vorstellungen und Inhalte vordiskutiert werden können, bevor die NGOs und die Massenorganisationen gespalten werden. Nicht einverstanden sind wir mit den Sozialdemokraten; denn für sie steht vor dem Problem der Außenverschuldung der Aspekt, den USA die Märkte zu nehmen. In diesem Sinn tendieren ihre Vorschläge, die Schulden zu teilen, in die Richtung, unsere Produkte nicht nur an die USA, sondern vor allem an Europa zu verkaufen.

Die Überlegungen einiger NGOs, die in der Mehrzahl ihre Gelder aus Europa erhalten, über den Kauf von Schuldentiteln, die wirtschaftlichen Bedingungen Lateinamerikas zu entlasten, schafft ebenfalls neue Abhängigkeiten. Diese Absurdität würde nicht das Problem lösen, sondern die Plünderung durch den Imperialismus modifizieren.

Was erwartest Du von der Anti-IWF/WB Kampagne zum September in Berlin?

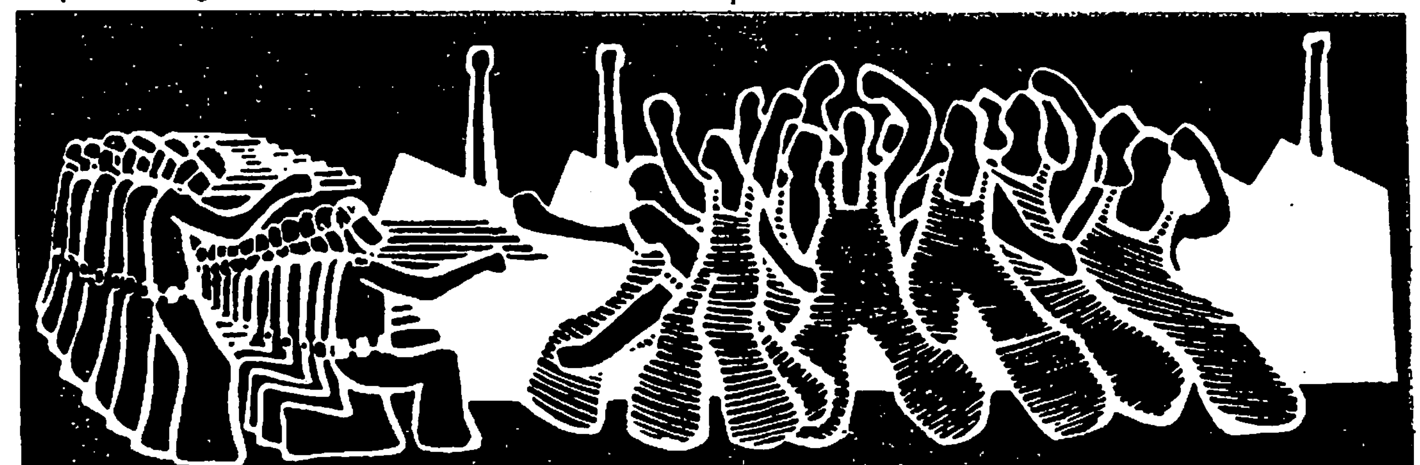
Die Völker der industrialisierten Länder werden nur langsam von dem Problem, wie es in der Dritten Welt besteht, erreicht. Die wachsende Arbeitslosigkeit und die Schließung von Betrieben in der BRD ist dafür ein konkreter Ausdruck. Deswegen kann diese IWF/WB-Politik zur Schaffung größerer Solidartät führen.

So muß verstanden werden, daß die herrschende Brutalität der Bourgeoisie in Kolumbien nicht existiert, weil wir von Natur aus gewalttätig sind, sondern weil sie ein Produkt der wirtschaftlichen und politischen Gewalt in Kolumbien ist. So muß verstanden werden, daß die Kämpfe gegen die Außenverschuldung nicht nur für eine Neuordnung des wirtschaftlichen Systems sind. Diese Kämpfe stehen gleichzeitig für nationale Befreiung und nationale Souveränität und sind gegen die nationale Bourgeoisie gerichtet. All dies erzeugte die sozialen und revolutionären Bewegungen in Lateinamerika.

Diese Grundlagen müssen über die Kampagne gegen IWF/WB und gegen die etablierte wirtschaftliche Ordnung vermittelt werden. Ansonsten greift das Verständnis der Zusammenhänge von Gewalt und Imperialismus nicht umfassend.

Auf jeden Fall nützt die IWF/WB-Kampagne zur Mobilisierung und Verstärkung der Einheit zwischen Ausgebeuteten hier in Europa, in Lateinamerika und der ganzen „Dritten Welt". Das wird nützlich sein, um für die Zukunft neue und besser organisierte internationale Kampagnen zu verwirklichen. Notwendig ist eine Koordinierung des Widerstandes in Lateinamerika und der BRD, gegen die Ausbeutung durch die bestehende internationale Weltwirtschaftsordnung, mit dem grundlegenden Unterschied, daß in Lateinamerika die Völker die Ausbeutung direkter spüren.

gerd



Neue Nachrichten vom Schuldenmarkt



Bonn schließt den Erlaß von Handelsschulden aus

Einen Erlaß kommerzieller Forderungen hat die Bundesregierung abgelehnt. Als Begründung dafür mußte herhalten, daß ein Erlaß von Handelsschulden die Kreditfähigkeit der betreffenden Länder nachhaltiger beeinträchtigen würde als das bei Umschuldungen der Fall sei. Ein Verzicht auf Forderungen an souveräne Staaten würde außerdem zu einer Subvention an die Exportwirtschaft führen (als würde der Export nicht schon massiv subventioniert). Der Bund deckt über die Hermes-Bürgschaften derzeit ca. 6,6 Mrd. DM an Außenständen. Einzelne Daten zu den Außenständen aus Hermes-gedeckten Geschäften verweigert die Bundesregierung.

Im Vorfeld der Toronto-Runde hatte Bonn kurzfristig einzelnen afrikanischen Staaten südlich der Sahara geringen Schuldenerlaß auf die öffentlichen Kredite in Aussicht gestellt, nachdem sich bereits die meisten anderen Regierungschefs der Industriestaaten dafür ausgesprochen hatten.

Frankreich will für die „Entschuldung" der ärmsten Länder jährlich 800 Mio. ff aufbringen. Francois Mitterand hatte zuvor angekündigt, ein Drittel der staatlichen und staatlich verbürgten Kredite an die „Dritte Welt" ersatzlos zu streichen.

Auch Maggie Thatcher und Japans Ministerpräsident Takeshita hatten sich mit ihrem Eintreten für gewisse Rückzahlungserleichterungen ein Mäntelchen der Fortschrittlichkeit umgehängt. Japan will außerdem seine Entwicklungshilfe erhöhen sowie auf stärkere Integration der „Schwellenländer" hinarbeiten. Die Ankündigungen der Bonner Regierung wirken dagegen eher etwas Klein-lich.

Brasilien zahlt wieder

Die brasilianische Regierung hat sich mit ihren Gläubigern auf ein neues Schuldenabkommen geeinigt und hofft für die nächsten Jahre auf neue Kredite in Höhe von 5,2 Mrd. US$. Insgesamt wurden Forderungen in Höhe von 62 Mrd. US$ umgeschuldet. Vorher mußte sich das Land allerdings verpflichten, rückständige Zinsen an die Gläubigerbanken zu zahlen: Ende Juni kassierten die Banken erste 350 Mio. US$, Kurz danach sollen weitere 1000 Mio. US$ folgen.

Chile will seine Kredite mit Waren absichern

Die chilenische Junta hat indes mit zwölf der großen ausländischen Gläubigerbanken neue Schweinereien ausgehandelt. Für erhoffte Neukredite in Höhe von 500 Mio. US$ will Chile die Kredite zu 100% mit chilenischen Waren absichern, 30% davon als Exporte. Bei Zinsverzug hätten die Banken dann direkten Zugriff auf die chilenischen Handelsgüter. Ob sich die bundesdeutschen Banken bei den Verhandlungen beteiligten, wurde bisher nicht bekannt.

IWF übt massiven Druck auf Ägypten aus

Der IWF weigert sich, die vereinbarte zweite Rate des „stand by"-Kredites in Höhe von ca. 300 Mio. DM an Ägypten auszuzahlen, da Ägypten sein als Gegenleistung versprochenes „Reformprogramm" nicht wie vom IWF gewünscht ausführt. Die Regierung unter Staatspräsident Mubarak verteidigt ihre Politik damit, daß ihr wegen „sozial nachteiliger Effekte" für ein drastisches Sparprogramm die Hände gebunden seien. Die Brotaufstände sind noch nicht vergessen. Als Geste des „guten Willens" gegenüber dem IWF wurden jetzt die Preise für Benzin und Zigaretten drastisch angehoben. Normalbenzin kostet jetzt ca. 40%, Zigaretten ca. 25% mehr. Das Argument des IWF, die Benzinpreise seien im internationalen Maßstab ohnehin zu niedrig gewesen, wird die Bevölkerung nicht trösten können.

UNCTAD-Rohstoffonds ist voll ratifiziert

Nachdem Kuba dem 1980 vereinbarten Rohstoffonds beigetreten ist, ist der Fonds nun endlich startbereit. Inzwischen ist der Fonds von 100 Ländern akzeptiert, auf die mindestens 66,7% der Fondsmittel in Höhe von 470 Mio. US$ entfallen.

Der Rohstoffonds sollte ursprünglich als Finanzierungsquelle für die bereits bestehenden Rohstoffabkommen dienen, die die Preisentwicklung über einen sogenannten buffer-stock zu kontrollieren versuchen (Lagerhaltung). Die Mittel sollen allerdings nicht in Form von Krediten vergeben werden, sondern als Sicherheit dienen, falls die Rohstofforganisationen Mittel auf den Kapitalmarkt oder bei ihren Mitgliedsländern aufnehmen müssen.

Die UdSSR wird 5,8% des Startkapitals stellen, die USA haben das Abkommen noch nicht ratifiziert.

Ob das Rohstoffabkommen in seiner geplanten Konstitution überhaupt funktionieren kann, ist angesichts weltweit fallender Rohstoffpreise, den Erfahrungen mit den bestehenden Abkommen und der bescheidenen Mittelausstattung allerdings fraglich. uh

Medien zum Schuldenskandal

Broschüren

Tanz auf dem Vulkan – Weltwirtschaft
In dieser vom Internationalismus-Arbeitskreis der Gesamthochschule Duisburg herausgegebenen Broschüre werden auf 36 Seiten folgende Themen behandelt:
Struktur und Aufbau von IWF/WB, Auflagenpolitik, Weltwirtschaftskrise, Geldpolitik der USA, Länderbeispiele Mexiko und Thailand, die Rolle der BRD und ihrer Banken, Perspektiven. 2 DM, Vorkasse Pscha Essen 38585-438 M. Wisnewski

Juso-Magazin „extra" mit Beiträgen zu Weltwirtschaft, internationaler Arbeitsteilung, Entwicklungspolitik und zur Position der SPD.
Bezug: JUSOS, Ollenhauer Str. 1, 5300 Bonn 1

Ohne uns Frauen läuft nix
Ansätze zum Zusetzen, Durchsetzen, Umsetzen, Fortsetzen, herausgegeben vom Westbärliner IWF/WB Frauenplenum.
Die Broschüre stellt die Ergebnisse der Frauendiskussion – was es heißt, antipatriarchalen und antiimperialistischen Kampf zu verbinden – dar.
Inhalt u.a.: IWF/Weltbank – Zwei wichtige Instrumente der kapitalistischen Weltwirtschaft; Umstrukturierung in der Metropole; Sextourismus am Beispiel Thailand; Frauen auf der Flucht; Geschichte der Bevölkerungspolitik der BRD; Gen- und Reproduktionstechnologie; Bemerkungen zum Stand der Klassendiskussion.
58 Seiten A 4/7,- DM
Bezug: Buchladen Schwarze Risse, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61

Materialien für einen neuen Antiimperialismus Nr. 2 – Brasilien
Der 2. Band dieser Reihe untersucht die Migration im Nordosten Brasiliens und dokumentiert die Hunger- und Bevölkerungspolitik in den Slums. Es werden die Angriffe des Kapitals, z.B. durch Errichtung von Auffanglagern in den Vororten der Großstädte und den wachsenden Widerstand – die „neuen" Klassenkämpfe (Streiks, Plünderungen, Landbesetzungen) – gegen dieses Konzept der Vernichtung dargestellt und analysiert.
ca. 80 Seiten A 4/ca. 8,- DM
Bezug: Buchladen Schwarze Risse, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61

Ebenfalls beim Buchladen Schwarze Risse sind die Neuauflagen der Zeitschrift Autonomie – Neue Folge Nr. 10 und Nr. 14 erschienen. Die Aufsätze kritisieren grundlegend die internationalen politischen und ökonomischen Entwicklungen, worüber sich freilich (im einzelnen zumindest) streiten läßt.

Dia-Serien

Kaffee und Verschuldung der „Dritten Welt"
Bezug: AK Entwicklungspolitik Stuttgart, Schwabstr. 10 A, 7000 Stuttgart

Die „Dritte Welt" im Würgegriff – Weltwirtschaft und Verschuldung
Bezug: Antikriegs- und Internationalismus AK Karlsruhe, c/o W. Treiber, Postfach 2067, 7500 Karlsruhe

Schulden der Armen – Schulden der Reichen – eine Tonbildreihe zur Verschuldungspolitik in Bolivien. 50 Dias, 30-minütiger Text auf Tonkassette und ein Begleitheft. Verkaufspreis 60,- DM.
Bezug: Dritte Welt Laden, Palaststr. 3, 5500 Trier.

Ausstellungen

Im Namen des Dollar ins Elend – Einführung in die Verschuldungsproblematik
Bezug: Peru-Gruppe Münster, Achtermannstr. 10–12, 4400 Münster

„Dritte Welt" im Schuldenturm – Was geht uns das an? Ausstellung mit 27 Tafeln zu den Themen: IWF und Weltbank, IWF-Politik an Beispielen aus Peru und Ghana, Bundesdeutsche Entwicklungspolitik.
Bezug: terre des hommes, c/o M. Pauly, Ebertstr. 75, 4200 Obernhausen 1

Literaturauswahl

Paul Sander/Michael Sommer u.a.
Banken, Kredite und die „Dritte Welt"
Bd. 1: Verschuldung als moderne Form der Ausplünderung
Das Buch enthält einen knappen, im historischen Zusammenhang stehenden Überblick der jüngeren Entwicklung in den Ländern der Dritten Welt nach Ausbruch der Kreditkrise 1982. Es beschreibt die internen und externen Ursachen der Verschuldung und die neueren Tendenzen beim Management der Verschuldung. Einen nützlichen Gebrauchswert hat das Buch durch Querverweise auf inhaltlich benachbarte Artikel und Abhandlungen über die in diesem Zusammenhang wichtigen ökonomischen Sachverhalte.
128 Seiten/9,50 DM

Bd. 2: Länderbeispiele: Südkorea, Argentinien und Tansania
An der konkreten Situation in diesen drei Ländern werden die im ersten Band aufgeführten Untersuchungen und Einschätzungen konkretisiert.
Südkorea steht für die Strategie eines Entwicklungsweges – der exportorientierten Industrialisierung eines rohstoffarmen Landes, Argentinien für ein ressourcenreiches Schwellenland mit wechselnden politischen Regierungssystemen, Tansania für ein afrikanisches Land mit deutscher Kolonialgeschichte und sozialistischer Tradition.
ca. 120 Seiten/9,50 DM
Bezug: Schmetterling-Verlag, Holzhauser Str. 31, 7000 Stuttgart 80

Paul Sander/Michael Sommer u.a.
IWF – Weltbank
Entwicklungshilfe oder finanzpolitischer Knüppel für die „3. Welt"?
Schmetterling, Stuttgart 1986
Die Autoren gehen der Frage nach, wer hinter den internationalen Finanzorganisationen steckt, wer in den Gremien das Sagen hat, welche Politik setzen sie in den verarmenden Ländern durch, wie sind sie entstanden und wie haben sie sich verändert?
128 Seiten, DM 9,50
Bezug: Schmetterling-Verlag, Holzhauser Str. 2, 7000 Stuttgart 80

Die Armut der Nationen ist der Titel eines Handbuches zur Schuldenkrise von Altvater/Hübner/Lorentzen/Rojas. Auch die FAZ hält den Band wegen seiner „Plädoyers für eine Demokratisierung als politische Voraussetzung für Lösungsansätze" für wichtig. Ob dies denn auch gleich der „Abschied von einer (sozialistischen d. Red.) Utopie" ist, ist zweifelhaft. Die in dem Buch versammelten theoretischen Aufsätze und Länderbeispiele sowie das Glossar und die Übersichtskarte sind ein wichtiger Beitrag zum Thema. Rotbuch Verlag, Berlin 1987, 298 S., 28,- DM.



Ebenfalls faktenreich und interessant ist ein Buch, das anläßlich eines Symposiums (und natürlich des IWF/WB-Treffens) zustande kam. **Schuldenkrise und Armut in der Dritten Welt** beschäftigt sich mit der Weltschuldenkrise und dem Strukturwandel internationaler Beziehungen. Der Verzicht auf Länderbeispiele läßt den Blick frei werden für weitere Untersuchungen der Ursachen und Folgen der Krise. Interessant ist der Aufsatz von U.H. Laaser, der sich mit der Ideologiegeschichte des Schuldenbegriffs und der Schuldprojektionen beschäftigt. Herausgegeben wurde das Buch von U. Laaser/K.H. Wendt im Argument-Verlag, Hamburg 1988, 211 S., 22,- DM.

Die Schuldenkrise in der Dritten Welt von unterschiedlichen Blickwinkeln aus zu betrachten und in den „Gesamtzusammenhang der historischen Gesellschaftskrise des Spätkapitalismus" zu stellen, versuchen die Autoren Bortz/Castro/Mandel/Wolf in ihrem im isp-Verlag, Frankfurt, erschienenen Buch. 1987, 124 S., DM 14,80.

Unter dem Titel **Schuldenkrise und Dritte Welt. Stimmen aus der Peripherie** versammelt das von D. Boris u.a. herausgegebene Buch Stellungnahmen von Politikern, Wissenschaftlern etc. aus der Dritten Welt und dokumentiert Resolutionen und Erklärungen internationaler Organisationen zur Verschuldung. Pahl-Rugenstein, Köln 1987, 240 S., DM 14,80.

Um Strategien und Alternativen zur Lösung der Schuldenkrise geht es in dem Buch **Soll und Haben**, das im Konkret Literatur Verlag erschienen ist. Dabei soll über die Schuldenstreichung hinaus gedacht werden. Die Frage lautet also: wie soll eine „neue Weltwirtschaftsordnung" aussehen? Diese sieht je nach Standpunkt des Autors anders aus. Erschienen 1988, 230 Seiten, 22,- DM.

Wem die Tips nicht ausreichen, der sei auf die Bücherliste **Geld** verwiesen, die vom just umgezogenen ID-Archiv (nun im Internationalen Institut für Sozialgeschichte in Amsterdam) herausgegeben wurde. 32 S., 3,- DM.
Bezug: Aurora Verlagsauslieferung, Knobelsdorffstr. 8, 1000 Berlin 19.

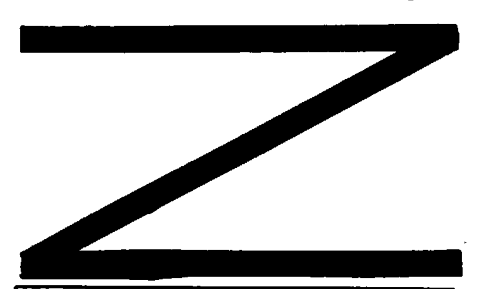
Weltmarkt für Arbeitskraft – Von der Kolonisation Amerikas bis zu den Migrationen der Gegenwart. Lydia Potts versucht mit diesem Buch aufzuzeigen, wie die Metropolen seit jeher fremde Arbeitskraft mißbraucht haben, um zu Industrialisierung und materiellem Reichtum für wenige zu gelangen. Die Kolonisation Amerikas, Sklaverei und Dreieckhandel, Kuliarbeit als neues System der Sklaverei und die Migration im kapitalistischen Weltmarkt sind Themen des Buches. Die doppelte Ausbeutung der Frauen ist „integraler Bestandteil der Untersuchung". Die Frage, wer wem etwas schuldet - sollte von einigen Leuten noch diskutiert werden - findet hier eine sorgfältig recherchierte und klare Antwort. Endlich eine Dissertation, die sich zu lesen lohnt.
300 Seiten, 38,- DM, Junius-Verlag Hamburg 1988.

Wer profitiert von der IWF-Politik? Wie wird die Ausplünderung der sogenannten Entwicklungsländer durch bundesdeutsches Kapital von Seiten der staatlichen Wirtschaftspolitik und Gesetzgebung vorbereitet und abgesegnet? An Firmenbeispielen zu Bosch, BASF, Dresdner Bank, Siemens, KHD, Gutehoffnungshüte, Bayer, Deutsche Bank, Hoechst, Schering und Daimler Benz zeigt Stefan Welzk in seinem nicht mehr ganz taufrischen, aber leider immer noch aktuellen Buch auf, wohin die Gewinne der Industrie fließen, warum die Banken so gut verdienen wie nie, und warum andere Leute in der BRD vom „Wohlstand" abgekoppelt werden. Das Buch ist bei Kiepenheuer & Witsch unter dem Titel: **Boom ohne Arbeitsplätze** erschienen. Es ist leicht verständlich geschrieben und auch in der Rezession zu lesen. 250 Seiten, 20,- DM, erschienen 1986.

Wirtschaftsmacht in der Marktwirtschaft – Zur ökonomischen Konzentration in der Marktwirtschaft heißt das im Pahl-Rugenstein-Verlag erschienene Buch der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik. Die Autoren versuchen, einen Überblick über Stand, Entwicklung und Folgen von Unternehmenskonzentration und privater Wirtschaftsmacht in der BRD zu geben. 264 Seiten, DM 16,80.

Unterrichtsmaterialien zu IWF/Weltbank

werden zur Zeit vom BUKO erstellt und können dort nach den Sommerferien vorbestellt werden: BUKO, Arbeitsschwerpunkt Verschuldung, Nernstweg 32–34, 2000 Hamburg 50

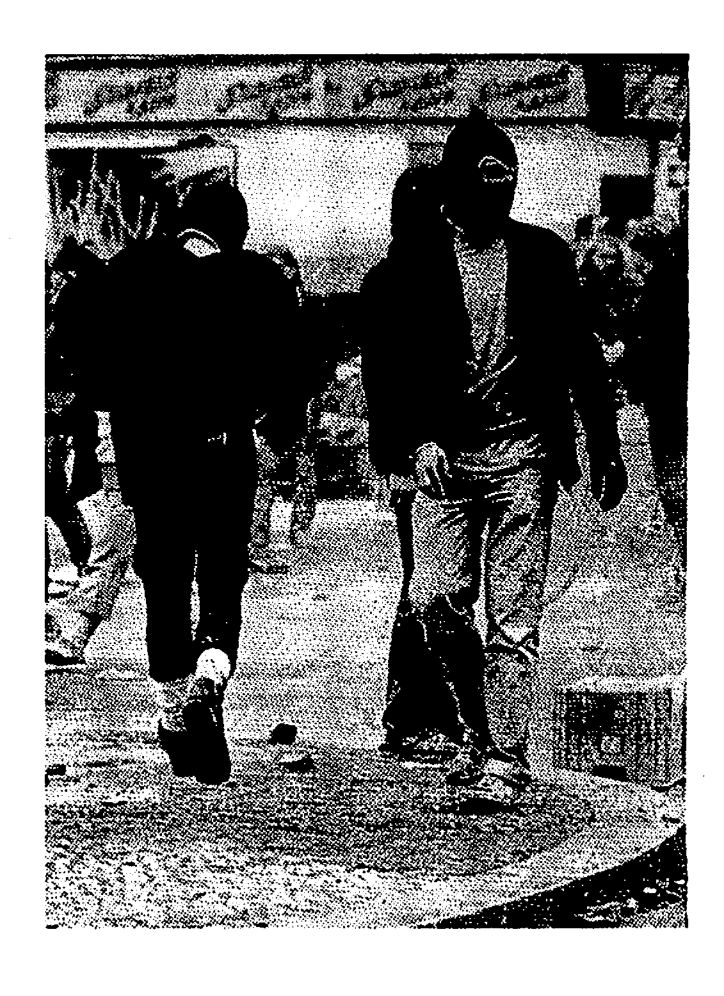


Organic Farm in Malaysia Welcomes Volunteer

The CETDEM Community Farm based in Sg. Buloh (25 km from Kuala Lumpur) has been experimenting with organic farming since 1987. It is run by a non-profit-company, the Centre for Environment, Technology & Development.
It welcomes German and other volunteer who are willing to live and work on the farm for at least 3 month. Food an accomodations will be provided. For details and application, please write to:
Ms Tan Siew Luang
Farm Co-ordinator
Lot 3216 Kg. Paya Jaras, Palam,
47000 Sg. Buloh Malaysia

„Eine Mordmaschine läßt sich nur bekämpfen"

Eine Stellungnahme der Autonomen



Der nachfolgende Artikel stammt aus der Zeitschrift „Stachlige Argumente" Nr. 51, Juli 1988, der Alternativen Liste Berlin. Er ist dort als „Stellungnahme der Autonomen" zum IWF abgedruckt. Sicherlich kann man davon ausgehen, daß die Grundzüge der Kritik mehrheitlich von Autonomen und Antiimperialisten getragen werden.

Je näher das politische Großereignis rückt, desto mehr „besetzen" die politischen Parteien von SPD und DKP bis zu den Grünen und der AL die vermeintlich entscheidenden Posten und Felder. Es ist das alte Spiel. Bekannt aus den Vorbereitungen zum Bonner Weltwirtschaftsgipfel oder aus der Hochphase der Händchenhalte-Kampagne gegen die atomaren Aufrüstungen. Die IWF-Kampagne wird von den Parlamentariern vereinnahmt, die Politiker analysieren, diskutieren vor surrenden Kameras, präsentieren Lösungsvorschläge für die Schuldenkrise. Reform ist angesagt, eine „Neue Weltwirtschaftsordnung" muß her, eine ganz andere Entwicklungspolitik formuliert und der IWF und die Weltbank „demokratisiert" werden. Die Autonomen treiben eine „gefährliche Selbstisolation", wie der „Arbeiterkampf" in seiner Ausgabe vom Mai '88 schreibt.

In der Tat sind die Autonomen und Antiimperialisten mittlerweile die einzigen Kräfte in der BRD, die darauf beharren, daß der IWF nicht reformierbar ist und unsere politische Arbeit sich auf die Organisierung des Widerstands und des Angriffs im 'Herzen der Bestie' konzentrieren sollte. Uns reicht es nicht aus, 'Betroffene aus der 3. Welt' hier zu Wort kommen zu lassen und den 'IWF anzuklagen'. Als krönender Abschluß dann noch eine 'machtvolle Kundgebung' (Organialton SEW) oder 'bundesweite Großaktion' (so die Grünen und die AL) – das kann doch als 'Kampagne' nicht alles sein.

Alle Parteien haben eine Heidenangst, etwa mit den von den bürgerlichen Medien und den Staatsschutzagenturen hochgespielten geplanten Störungssitzungen während des Kongresses zu tun zu haben. Deshalb beschränken sie ihre ganzen Aktivitäten auf die Zeit vor Beginn des eigentlichen Spektakels. Ich will im folgenden begründen, warum wir aus politischen, inhaltlichen Gründen den Widerstand organisieren, und welche Rolle dabei die auf der 3. Aktionskonferenz vorgestellten „Aktionstage" haben könnten.

Zunächst ist es allerdings notwendig, kurz die Hintergründe des Entstehens von IWF und Weltbank und ihre Funktionen zu beschreiben.

Der IWF und die Weltbank sind Mordmaschinen

Wir müssen vor allem deshalb noch einmal auf die geschichtlichen Ursachen der Gründung des IWF verweisen, weil nur so verständlich wird, wieso der IWF und die Weltbank Mordmaschinen des Imperialismus sind.

Bereits vor Kriegseintritt der USA machten sich führende Politiker im US-Außenministerium Gedanken über die unter Führung der USA zu gestaltende neue Weltwirtschaftsordnung nach der Niederlage des Hitler-Faschismus. Bereits 1941 wurde in die US-Literatur ein neues deutsches Wort eingeführt: 'Großraumpolitik'. Namhafte Politiker und Wissenschaftler verwiesen auf die erfolgreiche Wirtschaftseroberungspolitik der Nazis auf dem Balkan. Die Instrumente waren die gleichen, die später auf der Konferenz von Bretton Woods Eingang in die von den USA beherrschte neue Weltwirtschaftsordnung finden sollten.

Die Nazis eroberten den Balkan vor der militärischen Besetzung mithilfe ihrer wirtschaftlichen und finanziellen Machtstellung in Mitteleuropa. Auf dem Balkan wurde die Reichsmark als Leitwährung eingeführt, die bäuerliche Kleinproduktion und Subsistenzwirtschaft wurde im Interesse u.a. der IG Farben zerstört, die Landwirtschaft wurde als Rohstoffsektor für die Agroindustrie entdeckt und entsprechend zugerichtet. Das bedeutete Vertreibung, Enteignung für die bäuerlichen Familien. Die Handwerker folgten der Landbevölkerung in die Fabriken der Agrokonzerne. Wer als billigste Arbeitskraft nicht verwert-

bar war, mußte verhungern — und das betraf bereits vor dem 2. Weltkrieg in Rumänien, Ungarn, der Osttschechei Zehntausende. Dieses Konzept der Nazis, Entwicklung durch Vernichtung — nämlich Vernichtung einer dem Kapital sich bisher entziehenden Subsistenzökonomie — zwang die Bevölkerungsmassen, sich in den kapitalistischen Verwertungsmarkt zu integrieren, sich ihm zu unterwerfen. Die Profite wanderten in die Taschen der Nazi-Konzerne und der mit ihnen kollaborienden nationalen Bourgeoisie.

Dieses Modell der Eroberung des Großraums mit einer Leitwährung, fehlenden Zollschranken und einem riesigen Arbeitskräftereservoir, faszinierte nicht nur die Nazis. Die 1944 beschlossene Weltwirtschaftsordnung von Bretton Woods sicherte den USA die wirtschaftliche Hegemonie mit denselben Mitteln. Demzufolge war der Abbau aller Handelshemmnisse, die Sicherung fester Währungsparitäten auf der Dollarbasis die entscheidende Voraussetzung für die US-Wirtschaft, die gesamte Weltwirtschaft (mit Ausnahme der sozialistischen Länder) zu kontrollieren. Dabei zeichneten sich die US-Konzerne weniger durch eine Warenexportoffensive, sondern durch eine Kapitaloffensive aus. Ausländische Konzerne wurden aufgekauft, Beteiligungsfirmen gegründet, eine Unzahl von Tochterfirmen aus dem Boden gestampft. Durch diese Strategie sicherten sich die mächtigsten Konzerne der Welt den Rohstoff- und Agrarmarkt der aus der kolonialen Abhängigkeit entlassenen Länder Afrikas und Asiens. In der Konsequenz wurden die profitablen Teile der jeweiligen Binnenmärkte den Gesetzen des kapitalistischen Marktes mit unterworfen, aus Bauern wurden Tagelöhner, aus Handwerkern Lohnarbeiter in den modernen Fabriken der ausländischen Konzerne. Der Weltmarkt wurde durch die stärksten kapitalistischen Konzerne nach dem 2. Weltkrieg neu aufgeteilt, neue Kartelle geschlossen, neue Märkte sich gegenseitig zugeschanzt. Die besten Beispiele dafür sind die Chemie-, Öl-, Elektro- und Agrarindustrie. Die koloniale Abhängigkeit der „unterentwickelten Länder" wurde ersetzt durch die erdrükkende Macht der Multis. Flankiert wurde diese Neuaufteilung und Öffnung des Weltmarktes durch eine Modernisierung imperialistischer Politik. Wesentliche Teile dieser Modernisierung stellen der IWF und die Weltbank dar.

Angetreten mit dem Versprechen, gerechtere und verläßlichere Handelsstrukturen aufzubauen, „Frieden und Wohlstand" allen Völkern zu bringen, entwickelte sich die Politik der Weltbank und des IWF schnell zu einem Katalysator der kapitalistischen Durchdringung der Wirtschaftsstrukturen der Länder in den drei Kontinenten Lateinamerika, Afrika und Asien. Das bekannteste Beispiel der Zerstörung nichtkapitalistischer Produktionsweise ist wohl die von der Weltbank mitfinanzierte „Grüne Revolution" in den 60er Jahren. Es war letztendlich eine Revolution für die internationalen Agrarkonzerne wie United Fruit, Kellogs oder Cargill und eine Zerschlagung bäuerlicher Subsistenz und Eigenständigkeit in vielen Ländern. Die „Grüne Revolution" endete mit Vertreibung, Hunger und Völkermord zugunsten des großen Kapitals.

Die Versuche der Weltbank in den 70er Jahren, die weitere Ausplünderung und Verarmung der Völker in den drei Kontinenten einzudämmen und damit eine Zuspitzung der sozialen Gegensätze zu vermeiden, scheiterten. Eine von McNamara geforderte Landreform scheiterte am Widerstand der Großgrundbesitzer und der Agrarkonzerne. Die Befreiungsbewegungen, z.B. in Zentralamerika, erhielten noch größere Unterstützung des Volkes. Den kapitalistischen Industriestaaten war an einer Veränderung des Status quo nicht gelegen, sie lieferten stattdessen immer mehr Waffen zur Aufstandsbekämpfung. McNamara sorgte sich schon vor zehn Jahren um die „kollektive Sicherheit und kollektive Entwicklung" einer ungestörten Eroberung der „Entwicklungsländer" durch die Industriestaaten. Deswegen sollte den Industriestaaten klar werden, daß „ein Dollar mehr für Waffen weniger Sicherheit einbringt als ein Dollar mehr für Entwicklungshilfe".

Die moderne Form der Triage

Doch diese Dollars mehr für Entwicklungshilfe wanderten fast ausnahmslos in die Taschen des Agrobusiness und der kleinen Kaste der Oligarchie in den Ländern des Trikonts. Der Aufbau von durch die Weltbank geförderten 'Satellitenfarmen' mitten in Regionen der Armut und des Hungers wie in Nordost-Brasilien oder der Sahelzone steigerte zwar z.B. den Gemüseexport von Mali binnen weniger Jahre um 400%. Die Unterernährung und die Landvertreibung wurden durch diese Form von Entwicklung aber nur noch zugespitzt. Allgemein ist die Abhängigkeit der Trikontländer vom Weltagrarmarkt nur noch gesteigert worden. Das Geschäft machen die großen US-amerikanischen und europäischen Agrobusinesskonzerne wie Cargill, Unilever oder Philip Morris. Für den Agrarexport werden die besten Böden und Ressourcen in den Entwicklungsländern zur Verfügung gestellt. Dafür sinkt die Grundnahrungsmittelproduktion für die einheimische Bevölkerung, die Preise steigen ins Unermeßliche. Das ist einer der wesentlichen Gründe, weshalb Millionen auf der Flucht sind, weshalb es zu den Millionen Hungertoten kommt.

Der Teufelskreis von erhöhten Agrarexporten und deshalb erhöhten Lebensmittelimporten, u.a. aus der EG, hat wesentlich erst den Hunger erzeugt. So konnte der Weizen zu einer immer machtvolleren Waffe für die imperialistischen Länder werden. Der ehemalige US-Vizepräsident Humphrey sagte 1973 auf der Münchner Ernäh-

rungskonferenz: „Nahrung ist eine Machtform. Nahrung ist eine besondere Dimension unserer Diplomatie." Den Weltgetreidemarkt haben einige wenige US-Konzerne in der Hand. Cargill und Continental Grain bestimmen an der Chicagoer Getreidebörse die Weltmarktpreise. Sie sind die Hintermänner der Getreidepreisspekulation, wie sie sich z.B. Anfang dieses Jahres wieder vollzog, als Falschmeldungen über einen neuen Super GAU in der Sowjetunion durch die Weltpresse gingen.

Bei dieser präzise überlegten Politik der Entwicklung der Unterentwicklung mit systematisch erzeugter Unterernährung ganzer Völker kann nicht mehr von „Fehlentwicklung" und vom Hunger als „Naturkatastrophe" gesprochen werden. Beides wird systematisch erzeugt und ist durch die Verschuldung der Länder des Trikonts nur auf die Spitze getrieben worden.

Die von Organisationen der Weltbank und der UNO vorangetriebene Bevölkerungspolitik tut ein übriges. Zwangssterilisation in Lateinamerika (mehr als 30% aller Frauen in Costa Rica sind sterilisiert u.a.), in Afrika und Asien sollen das Bevölkerungswachstum einschränken. Letztendlich, und das wird auch so gesagt, sind sie die Vernichtung der 'überflüssigen Esser', die nicht fürs Kapital verwertbar sind. In der Weltbanksprache heißt dies: „Hilfe nur an die Länder und Bevölkerungsteile zu geben, die die größte Chance zum Überleben aufweisen und die anderen dem Verhungern zu überlassen", so haben es zwei US-Wissenschaftler für die Weltbank formuliert. Oder wie es in einem Artikel der seriösen 'Neuen Züricher Zeitung' vom 16.5.88 hieß: „Bei ländlichen Basisprojekten kommt man nicht darum herum, eine Auslese unter den Nutznießern zu treffen, die im Grunde einer Triage gleicht." Triage ist ein Begriff aus der Militärmedizin und besagt, die Verletzten danach zu behandeln, wer am schnellsten wieder an der Front einsetzbar ist, die anderen können verrecken.

Diese Politik der Weltbank kann nur als organisierter Völkermord bezeichnet werden. Diese Politik wird auch von bundesdeutschen 'Entwicklungshilfeorganisationen' wie der Konrad-Adenauer-Stiftung, des in Berlin ansässigen 'Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik' oder der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) mitgetragen. Das Entwicklungshilfeministerium ist mit Hunderten von Mio. DM dabei, wenn es um Bevölkerungsplanung in Bangla Desch geht, wobei Nahrungsmittelhilfe eng an die Sterilisation gekoppelt wird. Die GTZ ist dabei, wenn in Osttimor Zwangsumsiedlungen und Zwangssterilisationen durchgeführt werden, um der Befreiungsbewegung den Boden zu entziehen. Es kann also nicht nur in unserer Diskussion und Agitation um die Schuldenkrise gehen. Sie ist nur die Spitze des Eisbergs. Wir müssen die ganze Breite, das ganze Instrumentarium der imperialistischen Politik benennen und sie angreifen.

Die Politik des bundesdeutschen Kapitals

Die deutschen Großbanken haben allein den lateinamerikanischen Schuldnerländern Kredite in Höhe von 41 Mrd. DM gewährt, die Deutsche Bank gehört zu den zwanzig größten Banken der Welt. Allein 1987 exportierten die deutschen Großkonzerne mehr als 100 Mrd. DM Kapital ins Ausland. Deutsche Multis kaufen sich weltweit neue Fabriken und neue Märkte, vornehmlich in den USA. Allein der Siemens-Konzern besaß Ende 1986 ein liquides Geldvermögen von über 23 Mrd. DM! Das deutsche Großkapital investiert nicht mehr in der BRD, 4/5 aller Investitionen der deutschen Industrie werden im Ausland getätigt. Es geht um Eroberung neuer Märkte, Absicherung bestehender Marktmachtverhältnisse und Ausnutzung des Lohngefälles. Im Schlepptau dieser Politik der Multis bewegt sich auch die Bonner „Entwicklungshilfepolitik".



In den letzten Jahren hat eine deutliche Verschiebung auf dem Weltmarkt zugunsten der japanischen und bundesdeutschen Konzerne stattgefunden, allerdings ohne daß die Hegemonie der USA auf dem Währungssektor angetastet wurde. Dadurch, daß der Dollar auch weiterhin die Weltleitwährung bildet, konnten die USA über die Dollarabwertung einen erklecklichen Teil ihrer Auslandsschulden abschreiben. So betrug z.B. der Verlust für das von Japan in den USA angelegte Kapital allein 50 Mrd. $!!

Was kann eine Schuldenstreichung kurzfristig bewirken?

Wenn eine von Fidel Castro oder den Grünen geforderte Streichung aller Auslandsschulden erfolgen würde, hätte dies nur auf den ersten Blick eine entlastende Funktion für die Schuldnerländer. Zwar müßten diese Länder nicht mehr die horrenden Summen für Zinsen und Tilgung aufbringen, und somit stünden die Devisen für neue Investitionen und Importe zur Verfügung. Aber in den Hauptschuldnerländern wie Mexiko, Argentinien oder Brasilien ist der gesamte Binnenmarkt wegen der Schuldenkrise und der zu zahlenden Dollarmilliarden völlig zugunsten der devisenbringenden Exportwirtschaft umgekrempelt worden. Es müßte also ein riesiges Umstrukturierungsprogramm zur Förderung der inländischen Versorgung aufgebaut werden. Damit wäre die Massenarmut der in die Slums vertriebenen Landbevölkerung aber überhaupt noch nicht beseitigt. Auch ohne die Verschuldung wären die sozialen Verhältnisse in Brasilien, Mexiko oder Nigeria kaum anders. Ohne eine grundlegende Landreform und Enteignung des Großbesitzes wird sich die Massenarmut in diesen Ländern wohl nicht beheben lassen. Eine Streichung der Schulden allein, ohne die Macht- und Herrschaftsverhältnisse der nationalen Bourgeoisie anzugreifen, wäre Augenwischerei.

Lösungsstrategien — gibts die?

Der Gegenkongreß der AL wird sich ja nun hauptsächlich auf die Erörterung von Lösungsstrategien konzentrieren. Die bisherigen Vorschläge können nur als neuer Wein in alten Schläuchen bezeichnet werden. Die Reformvorstellungen von Grünen, DKP und den Teilen der SPD, die die Nord-Süd-Kampagne mitorganisieren, decken sich weitgehend. Wir wollen uns ein wenig mit ein paar zentralen Aussagen der Grünen auseinandersetzen.

Die Weltwirtschaft muß eine grundsätzliche „Umstrukturierung" erfahren, das sagen die Grünen. „Sonst würde sich die gleiche Misere wiederholen", fügen sie hinzu. „Deshalb ist die gesamte Weltwirtschaft auf der Basis von Solidarität und Gerechtigkeit neu zu organisieren", heißt die Konsequenz bei den Grünen, dazu gehört auch: „die Macht der multinationalen Konzerne muß kontrolliert und gebrochen werden". Also eine „Neue Weltwirtschaftsordnung" auf Basis des gerechten Tauschs. Aber sagte nicht schon Friedrich Engels: „Der Handel ist der legale Betrug"?

Wenn seitenlange Papiere über die Notwendigkeit einer „Neuen Weltwirtschaftsordnung" verfaßt werden, ohne die Interessen, das treibende Motiv der kapitalistischen Konzerne in diesem imperialistischen Weltmarkt zu benennen, so können auch nur moralische Forderungen dabei rausspringen. Die Macht der Multis zu brechen, liest sich kaum anders als die alte Forderung nach Zerschlagung der Macht der staatsmonopolisitschen Konzerne, wie sie vor 15 Jahren in der DKP erhoben wurde. Die Machtposition einzelner Konzerne zu kappen, wie United Fruit in Guatemala oder ITT in Chile oder Rio Tinto in Nami-

bia, kann kurzfristig zu einer Aufhebung der Abhängigkeit der Nationalstaaten von den imperialistischen Konzernen führen. Langfristig würde sich nur die alte Leier wiederholen. Wer das nicht sieht, hat kaum etwas vom Wesen der Konkurrenz (der Konzerne auf dem Weltmarkt) und dem Zwang zur Akkumulation (Profitsteigerung) im Kapitalismus verstanden: „Die Konkurrenz unter den Kapitalien vermehrt die Akkumulation unter den Kapitalien. Die Akkumulation, welche unter Herrschaft des Privateigentums Konzentration des Kapitals in wenigen Händen ist, ist überhaupt eine notwendige Konsequenz, wenn die Kapitalien ihrem natürlichen Lauf überlassen werden, und durch die Konkurrenz bricht sich diese natürliche Bestimmung des Kapitals erst recht freie Bahn", so drückte es der olle Marx vor über 140 Jahren aus. Also, folgt man/frau Marx in dieser Argumentation, ist es mit einer Beschneidung der Monopole nicht getan, solange die kapitalistische Konkurrenz- und Profitwirtschaft auf Basis des Privateigentums nicht revolutioniert wird.

Umstrukturierung der Weltwirtschaft ohne Aufhebung des Privateigentums, des Antagonismus von Lohnarbeit und Kapital, um eine solidarische und gerechte Weltwirtschaftsordnung aufzubauen, ist so was wie ein Haus ohne Türen und Fenster. Dies hat für unser gesamtes politisches Programm weitreichendste Folgen. „Befreiung" ohne Sturz der Oligarchien und des von ihnen beherrschten Wirtschaftssystems ist keine Befreiung für die Völker in den drei Kontinenten. Aber — und hier wirds spannend — Befreiung von Unterdrückung, Hunger, Ausbeutung kann nur von Dauer sein, wenn die Herrschaft des imperialistischen Wirtschaftssystems in den Metropolen gebrochen wird. Es geht nicht nur um Verstaatlichung von Banken und Großkonzernen, es geht nicht nur um eine gerechtere Vermögensverteilung, um Mitbestimmung, wenn nicht der Kapitalismus in seinem Wesen verändert wird. Gerechten Tausch zwischen Kapital und Arbeit, verschiedenen Ländern gibt es nicht. Das ist sowohl theoretisch wie empirisch erwiesen. Wieso aber mogeln wir uns immer da herum?

Das Kapital organisiert den Angriff weltweit

Wir müssen also noch einmal betonen: Das multinationale Kapital, IWF und Weltbank operieren weltweit. Und zwar nicht nur in der „3. Welt", sondern auch zunehmend in den realsozialistischen Ländern, in China und in Westeuropa.

Wir hier in den Metropolen bekommen mehr und mehr die Folgen der Internationalisierung des kapitalistischen Verwertungsprozesses zu spüren. Die Arbeitsbedingungen, die das Kapital in Südkorea oder Taiwan vorfindet, die mithilfe von Weltbankkrediten in den sogenannten „free enterprise zones", den Weltmarktfabriken auf Mauritius oder in Singapur geschaffen worden sind, diese Arbeitsbedingungen werden vom Kapital nach Europa importiert. Ein Sprecher des deutschen Textilunternehmerverbandes beklagte sich noch 1985: „Wir leben in der Tat in anomalen Marktverhältnissen. Von normalen Marktverhältnissen wird man erst sprechen können, wenn die Maschinenlaufzeiten bei uns denen in Korea angeglichen werden können."

Nun, diese Herren Unternehmer dürften heute recht zufrieden in die Zukunft schauen. Maschinenlaufzeiten von 144 Wochenstunden, die Sonntagsarbeit bedeuten, sind erst im letzten Jahr nach langen, allerdings nur betriebsinternen Auseinandersetzungen, bei Gillette in Berlin eingeführt worden. Gillette Berlin war der letzte Produktionsstandort des US-Multis, der nicht die „koreanischen" Arbeitsbedingungen erfüllte. Dabei war das Vorgehen des Managements denkbar einfach gegenüber dem Betriebsrat. Entweder ihr erfüllt unsere Forderungen nach Einführung der Sonntagsnachtarbeit oder wir machen hier die Bude dicht bzw. schmeißen die Hälfte der Belegschaft raus und verlagern die Produktion z.B. nach Spanien.

Ähnliches vollzog sich gerade bei IBM in Baden-Württemberg und bei General Motors/Opel in Kaiserslautern. Aus Angst vor Arbeitssplatzverlusten unterschrieben die Betriebsräte die Vereinbarungen mit der Konzernleitung, die die Produktionszeiten auf 140 Wochenstunden ausdehnen und somit sich den Produktionsbedingungen in Spanien oder Großbritannien angleichen. Die Flexibilisierung der Arbeitszeiten, die Ausdehnung der Schichtarbeit aufs Wochenende, die Einführung von Zeitarbeitsverträgen usw. ist die direkte Folge der Neuen Internationalen Arbeitsteilung.

Dabei geraten in verstärktem Maße die deutschen ArbeiterInnen in direkte Konkurrenz zu den südkoreanischen oder brasilianischen ArbeiterInnen. Sofern läßt sich in der Tat die These von der Existenz eines „Weltproletariats" empirisch belegen. Und wer da immer noch von Ausbeutung, Unterdrückung, Armut in der „3. Welt" spricht, ohne dieselben, sicherlich vergleichsweise moderateren, Bedingungen hier in den Metropolen zu thematisieren — der hat nichts begriffen oder will es nicht begreifen. Ich denke bei vielen in der AL, bei den Grünen ist es eher so: sie wollen es nicht begreifen, weil das nämlich Konsequenzen für ihren politischen Alltag hätte. Sie reden nicht von der imperialistischen Politik in den Metropolen, von der Unterdrückung, Vertreibung und Zwangssterilisation von Millionen von Frauen im Trikont — die hier bei uns, hier in Westberlin mitgeplant und mitfinanziert wird. In Anbetracht dieser Völkermordpolitik noch weitere parlamentarische Anfragen zu stellen und Reformen zu verlangen, ist für mich perfider Zynismus. Wenn dann noch als I-Tüpfelchen aus demselben Spektrum auf die gewaltfreien Aktionsformen als einzig „legitimer" Form des „Widerstands" hingewiesen wird, krieg ich das Kotzen. Wollen die Leute überhaupt (noch) radikale Veränderungen? Oder wollen sie nicht lieber in ihrem alternativen Mittelstandsmief nur ihr schlechtes politisches Gewissen beruhigen? Dieter Kunzelmann hat vor kurzem in einem Interview mit der taz von der AL gefordert, sie müsse mit ihrer und durch ihre Politik dazu beitragen, „diese Stadt unregierbar zu machen". In der AL gibts dafür aber keine Mehrheit mehr.

Wir müssen uns klar darüber sein, wir haben weder hier bei den Gewerkschaften noch gar bei den realsozialistischen Ländern politische Bündnispartner. Die Gewerkschaften, genauer der Funktionärskörper, steht — wenn's hart auf hart kommt — auf der Seite des Staates, auf der Seite des Kapitals. Den Klassenkampf haben sie ja selbst zu den Akten gelegt. Konsequente internationale Solidarität ist von solchen Figuren wie Hans Rappe oder Steinkühler nicht zu erwarten. Der Überstundenstreik bei VW in Salzgitter anläßlich des Streiks der gesamten Belegschaft in Mexiko ist da die große Ausnahme. Die Regel sind eher Streikbrecherfunktionen wie zuletzt beim britischen Bergarbeiterstreik durch die IG Bergbau und Energie.

Die realsozialistischen Länder wie Polen, Ungarn und auch die UdSSR sind entweder schon im IWF oder drängen massiv rein. Die Wirtschaft Polens — eines der gemessen an der Pro-Kopf-Verschuldung, höchst verschuldeten Länder der Erde — ist mit ihren mittlerweile 40 Mrd. $ (!) Auslandsschulden völlig vom Diktat der westeuropäischen, insbesondere der westdeutschen Banken, dem IWF und der Weltbank abhängig. Die Preiserhöhungsrunde im Herbst letzten Jahres und der Abbau von Nahrungsmittelsubventionen war das Ergebnis einer intensiven „Beratung" von Vertretern der Weltbank, wie das „Handelsblatt" damals schrieb. Die Streikbewegung im Mai '88 ist die direkte Konsequenz dieser Politik der Banken und der polnischen Regierung. Die gegen die ArbeiterInnen im Stahlwerk Nova Huta eingesetzten Panzer waren für Jaruselski zwingende Notwendigkeit, um die vom internationalen Bankenkapital geforderte „Reformpolitik" zu realisieren. Es ist eine Politik, die sich eindeutig gegen die Bevölkerung, gegen die ArbeiterInnen richtet.

Wenn ungarische, sowjetische Politiker und Wirtschaftswissenschaftler von der Notwendigkeit der Einführung eines Arbeitslosenheeres sprechen, um die Rationalisierung von Industrie und Landwirtschaft schneller und effektiver durchzufüh-



ren – was haben wir dann noch von solchen ehemals antikapitalistischen, antiimperialistischen Ländern zu erwarten? In Puncto IWF/Weltbank: Nichts, aber auch gar nichts mehr!

Unsere Schlußfolgerungen

In der Kampagne gegen IWF/WB zeichnet sich eine neuartige Form ab: In beiden Haupttendenzen, den „Reformern" und den Linksradikalen wird ein Bündnis abgelehnt, weil sowohl die inhaltlichen wie auch die praktischen Gegensätze dies verbieten. Gleichzeitig – und das ist außerordentlich neu – wird in beiden Lagern auf die Gefahr hingewiesen, daß der gemeinsame Gegner – und das ist nicht nur ein „fremdes" Internationales Kapital, sondern das sind die BRD-Regierung, sind die westdeutschen Multis, die weltweit keine unbedeutende Rolle spielen, ist die Bourgeoisie im eigenen Lande – von sich ablenken will, indem er die Gegensätze zwischen Reformisten und Linksradikalen zum Hauptthema macht. Aus dieser Einsicht sind praktische Schlüsse gezogen worden: Es gibt wechselseitige Informationen über die zentralen Punkte der jeweiligen Kampagnen-Vorstellungen, und es gibt inzwischen einen „Fahrplan" für die Aktivitäten im September 1988 in der BRD, der in den verschiedenen Lagern eine mehrheitliche Zustimmung gefunden hat.

Oberste Regel dabei ist: Falsche Gemeinsamkeiten schwächen, verwischen und nützen dem Gegner – deswegen sollen sie auch nach Raum, Zeit und Aktionsform voneinander getrennt werden. Konkret bedeutet das:

Da der IWF/WB-Kongreß an den Wochentagen Dienstag bis Donnerstag (27.–29. Sept. 88) stattfindet, werden die Hauptaktivitäten der „Reformer" am Wochenende vor dem Kongreß stattfinden, die Hauptaktivität der Linksradikalen gegen Ende des IWF/WB-Kongresses; dabei gibt es mehrere Überschneidungen, die auch so gewollt werden.

Am 23./24.9. wird ein wissenschaftlicher Kongreß mit internationaler Besetzung Ursachen der Verschuldung analysieren und Reformvorschläge formulieren – diese sollen auf einer Demonstration/Kundgebung am 24.9. einer breiteren Öffentlichkeit vorgestellt werden – beide Veranstaltungen werden „legal" und „gewaltfrei" verlaufen, da von vielen linksradikalen Gruppen ein politisches Bündnis abgelehnt wird und sie nicht zur Demo aufrufen werden.

Ab Sonntagnachmittag bis zum Abschlußtag der IWF-Tagung am Donnerstag werden „unterschiedliche, phantasievolle Aktionen" von unterschiedlichen Gruppen ausprobiert werden, wobei alle Gruppen davon ausgehen, daß der Polizei-Apparat in diesen Tagen West-Berlin zur höchst-bewachten Stadt der gesamten Weltkugel machen wird. Gegenwärtig ist noch nicht genau abzuschätzen, welche Gruppen mit welchen Aktionsvorstellungen dann in der Stadt agieren werden, da die meisten Gruppen aus den verschiedenen Städten und Regionen der BRD noch in genaueren Diskussionen herausfinden wollen, ob sie parallel zu den Berliner Aktivitäten dezentral in ihren Städten Aktionen vorbereiten und durchführen und wer zu den mehr zentralen Aktionen nach West-Berlin kommen wird – hier werden die genaueren Festlegungen auch erst im August oder Anfang September fallen. Sicher ist bereits, daß an mehreren Zentren der BRD wie auch in verschiedenen westeuropäischen Metropolen die Kritik an den jeweiligen Multinationalen Konzernen Gegenstand praktischer Kritik sein wird; ebenso sicher ist, daß viele GenossInnen in derselben Zeit sich an unterschiedlichen Aktionen in West-Berlin beteiligen werden.

Die Aktionen werden sich gegen eine große Zahl konkreter Objekte richten, deren Verknüpfung mit weltweit imperialistischer Herrschaft unübersehbar sind: gegen Reisebüros, die Sextouristen in Zentren sexueller Unterdrückung (z.T. Thailand usw.) befördern, gegen Forschungseinrichtungen, die in Nazi-Tradition mit Menschenexperimenten gen-technologische Extraprofite machen wollen, gegen Zentren der neokolonialen Rohstoffausbeutung, in Berlin besonders Kaffee-, Tabak-, Kakao-Industrie, gegen Institutionen, die als „Entwicklungshilfe-Einrichtungen" die Zurichtung von Menschen und Technologien weltweit auf kapitalistische Strukturen scheinbar „fortschrittlich" betreiben... Die Aktionsformen werden sich nicht eindimensional beschränken lassen: Linksradikale werden sich an Aktionen des legalen, gewaltfreien Widerstands da beteiligen, wo es ihnen sinnvoll erscheint, und auch viele „Reformer-Gruppen" werden es sich nicht nehmen lassen, mit eigenem Kopf und Gewissen, Auflagen von Staat und Polizei daraufhin zu überprüfen, ob sie einfachsten Regeln von Legitimität standhalten können.

Diese brisante Mischung sehr unterschiedlicher Aktionen – legaler, aber unerwünschter Großaktionen bis hin zu illegalen Kleinstaktionen, soll nach dem Konzept der Linksradikalen bis zum Abschlußtag in der Effektivität und Behinderung gesteigert werden bis zum Donnerstag. Hier soll dann versucht werden, mit einem „massenpolitischen Höhepunkt" weltweit zu demonstrieren, daß es in einer der Metropolen des Kapitals für die Medien berichtenswerter ist, die Aktionen des Widerstands gegen den Imperialismus darzustellen als die verlogenen Deklarationen von IWF und Weltbank.

Max Hoelz

Verhindern, Vermeiden, Bekehren . . .

IWF: Politische Einschätzung und Forderungen der AL Berlin

„Die Aufgabe der revolutionären Jugendbewegung ist es, den Imperialismus in seinen jeweils verschiedenen Erscheinungsformen, so auch den westdeutschen Imperialismus, an jedem Ort und mit allen Mitteln anzugreifen, um die internationale Konterrevolution zu schwächen. Kriterium dieses Kampfes muß das jeweils spezifische Bewußtsein der Massen in den Ländern sein."

Zwanzig Jahre nach dem legendären Vietnam-Kongreß, einem politischen Ereignis, das wohl wie kein zweites die internationalistische Debatte in Westeuropa gebündelt und bestimmt hat, mag es legitim sein, einen Artikel über das uns ins Haus stehende Ereignis mit einem Zitat aus dessen Aufruf zu beginnen. Aber nicht nur der zeitliche Aspekt rechtfertigt dieses Zitat, sondern auch der notwendige Hinweis auf die Tradition, in der wir uns mit den gegen die IWF und Weltbank-Tagung im Herbst geplanten Aktivitäten befinden. Wie kein zweites Ereignis in den letzten Jahren stellt diese Tagung der geballten Macht des Kapitals die auf dem Vietnam-Kongreß aufgeworfenen Fragen wieder auf die Tagesordnung, auch die Frage nach dem Verhältnis des Widerstands in den Metropolen zu dem in der „Dritten Welt".

Doch die Zeiten haben sich geändert. In den letzten zwanzig Jahren hat sich die Linke hier nicht nur verbreitert, sondern auch inhaltlich verändert. Die Hoffnungen auf schnelle Siege wurden enttäuscht. Der Sieg der vietnamesischen Revolution und ihre schnelle Deformation hat sie vollständig aus der bundesdeutschen Solidaritätsarbeit verschwinden lassen. Eine ganze Reihe von Ländern wurde danach zum Thema internationalistischer Politik, doch keines konnte sich besonders lange im Mittelpunkt des Interesses der Linken halten. Die Entwicklung der Anti-AKW-Bewegung und der Friedensbewegung mit ihren bisher nicht dagewesenen Massenmobilisierungen und ihren spezifischen Aktionsformen, wie die Herausbildung einer parlamentarischen Kraft links der SPD, bestimmten dann die Praxis. Das eigentliche Geburtsthema der neuen Linken, die internationale Solidarität, fristet seitdem ein eher randständiges Dasein. Die anfängliche breite Solidarität mit der Revolution in Nicaragua, dem Kampf des chilenischen und salvadorenischen Widerstands, hat sich auf SpezialistInnen-Zirkel zerfasert und schwingt ansonsten eher nostalgisch als Bodensatz linken Bewußtseins mehr oder weniger klar in den Köpfen herum. Eine bestimmte politische Praxis hat sich daraus nur für wenige ergeben.

Sehr zu Unrecht, denn die Ausbeutung und Unterdrückung der Länder der „Dritten Welt" hat sich mit der weltweiten Krise des kapitalistischen Systems, deren zugespitzter Ausdruck heute die Verschuldungskrise ist, – auch unterhalb offener militärischer Aggression der imperialistischen Mächte – sowohl in Quantität als auch in Qualität – extrem verschärft. Und natürlich betrifft das auch mittel- und unmittelbar die Lebens- und Arbeitsbedingungen in den Metropolen.

Die offizielle Tagung von IWF und Weltbank im September, die ein zentrales Datum für das Krisenmanagement des internationalen Kapitals darstellt, böte eine Chance, sowohl Aufklärung über die Auswirkungen kapitalistischen Welthandels als auch die Notwendigkeit internationaler Solidarität einer breiten Öffentlichkeit zu vermitteln.

Leider steht im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen im Vorfeld der Tagung zwischen Bundesregierung und Senat auf der einen Seite und der Linken auf der anderen das Thema der Repression und damit innerhalb der Linken das der Aktionsformen. Damit wäre die inhaltliche Diskussion zur Wiederbelebung internationalistischer Politik vorerst überlagert. Da wir vom Staat in dieser Hinsicht wenig erwarten, zielt unsere Kritik in diesem Zusammenhang auf die innerlinke Diskussion.

Gerade die Parole „Verhindern wir den Kongreß" erscheint uns in dem Ziel der Verbreiterung von Bewegung eher contraproduktiv zu sein, impliziert sie doch eher eine militärische Auseinandersetzung mit den Institutionen und dem von ihnen repräsentierten System. Mit dem Verweis auf die Notwendigkeit sofortiger Zerschlagung und der Ablehnung jeglicher Reform-Vorschläge gegenüber den Institutionen und dem System begibt man sich implizit sofort auf die von den Herrschenden angebotene Ebene der innenpolitischen Repression. Die Diskussion um Reform und/oder notwendige Zerschlagung der Institutionen steht aber noch auf der Tagesordnung. Die internationalen Kräfteverhältnisse sind allerdings nicht so, als ob sich das eine oder das andere so umstandslos durchsetzen ließe. Die Kräfteverhältnisse zu ändern erfordert ein wenig mehr Verständnis für das Verhältnis von Taktik und Strategie. Insofern bedingen sich unabhängig von angekündigter Repression politische Inhalte und Aktionsformen.

Bevor wir uns also mit den Aktionsformen weiter beschäftigen, wollen wir uns inhaltlichen Problemen zuwenden.



Die Peitsche der finanzpolitischen Zuchtmeister

Der IWF wurde zunehmend zum Zuchtmeister der Entwicklungsländer. Die Akzeptanz seiner Auflagen, die tief in die nationale Souveränität der Länder eingreift, ist Gütesiegel für die Zahlungsfähigkeit der Länder, notwendige Voraussetzung, um weitere Kredite für Umschuldungsmaßnahmen von Privatbanken zu erhalten. Die sozialen Folgen dieser Auflagen sind verheerend für die Bevölkerung, bedeuten Vertreibung, Verelendung und Tod.

Sie zielen darauf ab, mittels neoliberaler Wirtschaftskonzepte die Konkurrenzfähigkeit der Länder auf dem Weltmarkt zu verbessern. Streichungen von Subventionen im Bereich von Grundnahrungsmitteln, Kürzungen der Sozialausgaben, Reallohnsenkung, Eingriffe in Gewerkschaftsrecht bis hin zum Verbot und dem Abbau von Zoll- und Handelsschranken gehören zum Standardrepertoir.

Der IWF ist damit unter der Kontrolle der Industrienationen zu einem Instrument geworden, mit dem Austeritätspolitik direkt umgesetzt werden kann. Er fungiert als kapitalistischer Gouverneur gegenüber allen verschuldeten Ländern (mit Ausnahme der USA), der die Bevölkerung in ein System der Devisenerwirtschaftung zwängt, mit dem die Profite der angelegten Kapitalien realisiert werden.

Die Weltbank ist zunehmend in das Fahrwasser des IWF geraten. Seine finanzpolitischen Maßnahmen werden von entsprechenden weltbankfinanzierten Projekten begleitet, die mit ebenso einschneidenden Strukturanpassungsprogrammen verknüpft sind. Sie zielen darauf ab, die für die Exportwirtschaft notwendige Infrastruktur — Energiegewinnung, Straßenbau, Industrieanlagen — zu errichten. US-Finanzsenator Baker gab 1985 auf der IWF/Weltbank-Tagung in Seoul bekannt, daß es Aufgabe der Weltbanktagung sei, die Chance, die die Schuldenkrise für den westlichen Machtblock darstellt, möglichst effektiv zu nutzen. Inhalt des Auftrages ist die Umgestaltung der Schuldnerländer nach neoliberalen Prinzipien und weltwirtschaftliche Integration.

Die Leidtragenden dieser Auflagen und Programme sind die Bevölkerungen. Während etwaige kurzfristige Wirtschaftsbelebungen die Nummernkonten der Bourgeoisien füllen oder deren Konsumstandard heben, haben in den letzten Jahren Kindersterblichkeit, Verslumung und Krankheiten rapide zugenommen. Die Umstrukturierungen, besonders im landwirtschaftlichen Bereich, haben die alten Produktionsstrukturen und sozialen Gefüge ohne verbessernde Alternativen zerstört. Für Millionen von Menschen ist die Flucht der einzige Ausweg. Der Weg in die Arbeit verheißenden Industriemetropolen ist ihnen jedoch zumeist verbaut; hier erwarten sie Ablehnung und Rassismus.

Vor allem die Frauen sind von den Auswirkungen betroffen. Hauptsächlich die Männer verlassen die ländlichen Gebiete. Den ohnehin schon unterdrückten Frauen verbleibt die alleinige Sorge um Ernährung der Familien in den weitgehend zerstörten Strukturen. Zunehmend zielen Programme auf die direkte Ausbeutung von Frauen ab. Mittels Kreditierung von Kleinproduktionen wird ihre Reproduktionsarbeit der direkten Kapitalverwertung unterworfen. Größtenteils besteht die einzige Möglichkeit zum Erwerb des Lebensunterhalts in den Zentren der Prostitution, in die die Reiseunternehmen flugzeugeweise die Männer aus den Industriemetropolen karren.

Die Militärausgaben werden von den beschriebenen Kürzungsmaßnahmen jedoch nicht erfaßt. Die Möglichkeit zur blutigen Unterdrückung sozialer Gegenwehr mittels gut ausgebildeter und ausgerüsteter einheimischer Repressionsapparate bleibt immer bestehen, versucht Konflikte auf einer sehr niedrigen Eskalationsebene zu ersticken. Diese Strategie des *low intensity conflict* erspart dann das direkte Eingreifen wie in Grenada oder Nicaragua, vermeidet das häßliche Schlagzeigen produzierende Engagement des CIA im Rahmen der counter insurgency-Programme.

Es wirkt auch hier

Die Umstrukturierung der Lebens- und Wirtschaftsverhältnisse in den Ländern der „Dritten Welt" bleibt in ihren Auswirkungen nicht auf die dortige Bevölkerung beschränkt. Steigende Produktionskosten, insbesondere Lohnkosten, werden durch Investitionen in den Billiglohnländern umgangen. Es findet eine Verschiebung der Produktionsstrukturen statt, die in den Metropolen gegenüber den ArbeiterInnen als Druckmittel eingesetzt wird: entweder Anpassung an die weltweiten Arbeitsstandards oder Verlagerung der Produktion ins Ausland. Dabei stehen wohl im Moment nicht so sehr die Lohnkosten im Vordergrund. Maßgebliches Ziel ist die Anpassung der Arbeitsstrukturen an diese Standards, d.h. Sonntagsarbeit, völlige Flexibilisierung und vor allem Abbau aller der freien Kräfte des Marktes behindernden Schranken, d.h. freie Produktionszonen ohne gewerkschaftlichen Schutz, ohne tarifliche Absicherung auch in der Bundesrepublik. Damit ist das Verhältnis des Kapitals gegenüber den Ländern der „Dritten Welt" wesentlicher Bestandteil des Weges in die 2/3 Gesellschaft hier.

Diese zunehmende Interessenidentität in der Verhinderung der weiteren Ausbeutung der Bevölkerung der „Dritten Welt" hat nur bisher nicht den gewünschten Solidarisierungseffekt der ArbeiterInnen hier mit den Menschen dort hervorgerufen. Im Gegenteil, das Gefühl der Konkurrenz übt eher entsolidarisierenden Druck aus. Solidaritätsstreiks, wie der im VW-Werk Kassel zur Unterstützung der Kollegen bei VW de México, die auch noch bewußt gegen die eigene Gewerkschaft geführt wurden, werden wohl eher die Ausnahme bleiben. Genau wie der erfolgreiche Kampf der Frauen bei Adler und die Unterstützung dieses Kampfes hier, sind es Beispiele, die der Vermittlung bedürfen, die nicht reales Klassenbewußtsein widerspiegeln.

Welche Forderung?

Die zugegebenermaßen kurze und teilweise verkürzte Darstellung von Ausbeutungsstrukturen und der Rolle von IWF und Weltbank im Weltwirtschaftssystem sollen zweierlei verdeutlichen: Zum einen, daß die Schuldenkrise und die Rolle der Institutionen Ergebnis der Entwicklung des kapitalistischen Weltwirtschaftssystems sind, weshalb jede Reform, die die Kapitalverwertungslogik nicht bricht, die Probleme höchstens verschiebt, aber sie nicht lösen kann. Zum anderen aber auch die Forderung nach Zerschlagung der Institutionen, ganz abgesehen davon, daß ihr auf Grundlage der herrschenden Kräfteverhältnisse ein gerüttelt Maß an Voluntarismus anhängt, in ihrer Komplexität nicht lösen wird.

Eine wirkliche Lösung, im Sinne der Beseitigung von internationaler Arbeitsteilung, Ausbeutung, Hunger und Verelendung liegt nur in grundsätzlichen Veränderung der weltwirtschaftlichen Strukturen, der Beseitigung der spätkapitalistischen Produktionsweise.

Angesichts der übergroßen Akzeptanz, die diese Produktionsweise in der Mehrheit der Bevölkerung zumindest der Metropolen aber findet (unter anderem weil mit ihr die schrecklichen Auswirkungen nicht in Verbindung gebracht werden) und dem Zustand der Solidaritätsbewegungen, muß der Anfang aller Arbeit die Aufklärung der Öffentlichkeit sein. Diese Aufklärung muß natürlich über die pure Beschreibung von Ursachen und Wirkung hinausgehen. Lösungsvorschläge müssen praktikabel erscheinen und inhaltlich nachvollziehbar eine neue Entwicklungsrichtung aufzeigen. Somit wird die Voraussetzung für den Einstieg in den Ausstieg aus der Kapitalverwertungslogik die Durchsetzung der Forderung: Streichung aller Schulden der Länder der „Dritten Welt".

Bedingungslose Schuldenstreichung

Dreh- und Angelpunkt der jede Weiter- und Andersentwicklung der Länder der „Dritten Welt" blockiert ist die oben beschriebene enorme Verschuldung und ihre politischen Auswirkungen. Die Grünen und die AL erheben in ihrem Rahmen die Forderung nach einer bedingungslosen Schuldenstreichung für die Länder der „Dritten Welt". Klar ist, das eine globale Schuldenstreichung nicht die Lösung aller weltwirtschaftlichen Probleme ist und schon gar nicht die Ausbeutungsstrukturen in den Ländern der „Dritten Welt" und die wirtschaftliche Abhängigkeit auflöst. Sie hat jedoch eine ökonomische und eine politische Funktion, die es rechtfertigen, diese reformistische Forderung heute zu erheben.

Die Hauptfunktion der Verschuldungskrise für die imperialistischen Staaten liegt in der Möglichkeit mittels Auflagen des

Das System in Kürze

Der IWF wurde 1944 gegründet, um im Rahmen einer neuen wirtschaftlichen Nachkriegsordnung über den Ausgleich von Leistungsbilanzdefiziten Abwertungswettläufe, wie sie zum Börsencrash des „Schwarzen Freitags“ 1929 geführt hatten, zu verhindern. Der Weltbank kam parallel dazu die Funktion zu, zunächst gegenüber den europäischen Ländern, später hauptsächlich gegenüber den Ländern der „Dritten Welt“, Projekte im Rahmen einer Industrialisierungs- und Modernisierungsstrategie mit Hilfe langfristiger Kredite zu finanzieren.

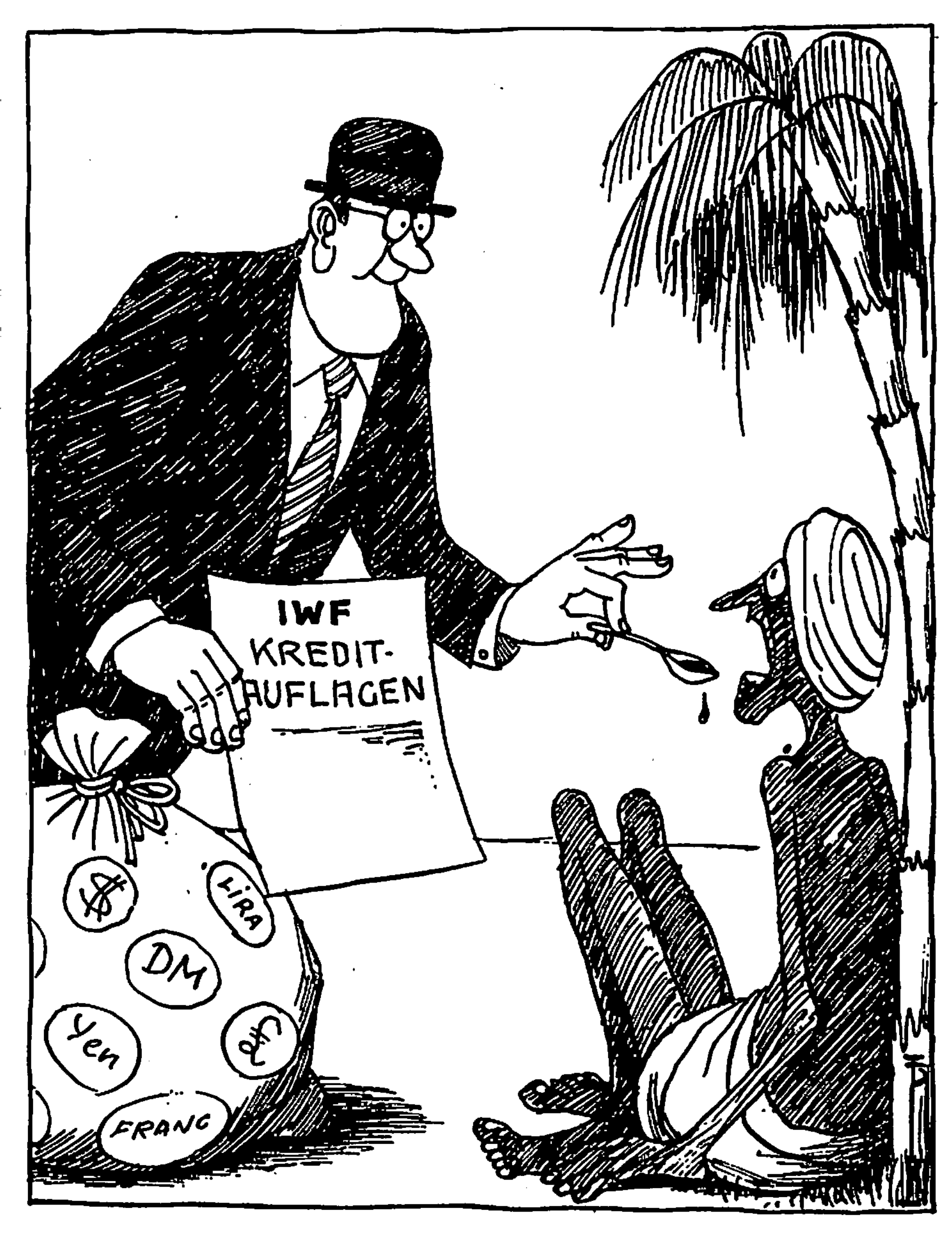
Die USA als prosperierende Wirtschafts- und Militärmacht konnte sich gegenüber Großbritannien als imperialistische Hegemonialmacht endgültig durchsetzen und ließ den Dollar zur Leitwährung erheben. Mit dem Aufschwung nationaler Befreiungsbewegungen in den Ländern der „Dritten Welt“ nach dem 2. Weltkrieg wuchs der Druck auf die imperialistischen Mächte, die direkte militärische Herrschaft des klassischen Kolonialismus durch eine neue indirekte Herrschaft mittels ökonomischer Abhängigkeit zu ersetzen. Dieser Prozeß der Entkolonialisierung bringt in der Mehrzahl der betroffenen Länder die mit den Interessen der multinationalen Konzerne verknüpfte einheimische Bourgeoisie an die Macht. Damit setzte eine gewisse Belebung des Industrialisierungsprozesses in diesen Ländern ein, die zum einen zu einer gesteigerten Aktivität der einheimischen Bourgeoisie zum anderen zu einer veränderten Exportstrategie der imperialistischen Metropolen geführt hat. Maschinenausrüstungen und Transportgüter nehmen die führende Position der Exportgüter ein, und die multinationalen Konzerne orientieren sich darauf wegen des niedrigen Lohnniveaus, Niederlassungen in diesen Ländern aufzubauen. Es wird üblich, Unternehmen mit gemischter Beteiligung (sog. joint ventures) zu gründen, bestehend aus ausländischem, einheimischen und Finanzkapital. Trotzdem bleibt der Industrialisierungsprozeß begrenzt. Ein System der internationalen Arbeitsteilung, das die Länder der „Dritten Welt“ dazu verurteilt, als billige Rohstofflieferanten, Produzenten lohnkostenintensiver Halbfabrikate und industrialisierten Agrarproduzenten für die Profitinteressen der multinationalen Konzerne zu funktionieren, verfestigt die Unterentwicklung und erhält die ökonomische Abhängigkeit aufrecht.

Dieser Prozeß von der kolonialen zur neokolonialen Ausbeutung der „Dritten Welt“ geht einher mit einer weltweiten Expansion des US-Kapitals, begünstigt durch die Erhebung des Dollars zur Leitwährung. Die den Bretton-Woods-Institutionen IWF und WB, in denen die USA eine Sperrminorität besitzen und zusammen mit den anderen imperialistischen Metropolen die Mehrheit halten, kommt die Aufgabe zu, durch finanzpolitische Maßnahmen kontrollierend und stützend das entstandene Welthandelssystem funktionabel zu erhalten.

Während die Weltbank (International Bank for Reconstruction and Development) mit der Regelung langfristiger Entwicklungsfragen beauftragt wurde, erhielt der IWF Zuständigkeit für alle Währungs- und Zahlungsbilanzprobleme. Obwohl die Institutionen nicht speziell auf die Entwicklungsproblematik der „Dritten Welt“ zugeschnitten war, galt wirtschaftliches Wachstum in den vor der Dekolonialisierung stehenden Ländern der „Dritten Welt“ als wichtiges außenpolitisches Ziel für das US-Kapital, um Rohstoffquellen zu sichern, Absatzmärkte und Kapitalanlagemöglichkeiten zu erschließen. Unterentwicklung erschien dabei nicht als strukturelles Problem, sondern als Rückständigkeit als Folge mangelnden Kapitals. Eine Entwicklung dieser Länder könnte sich nur im Rahmen einer prosperierenden Weltwirtschaft entwickeln, Wohlstand und Wachstum würde sich als Durchsickereffekt einstellen.

Die Aufgabe der beiden Institutionen bestand somit darin, die entstehenden Nationalstaaten in das kapitalistische Weltwirtschaftssystem einzubinden und zur Einhaltung ihrer Ordnungsprinzipien zu zwingen, den Prozeß der Durchkapitalisierung der Entwicklungsgesellschaften in Zusammenarbeit mit sich herauskristallisierenden Machteliten voranzutreiben, Verletzungen der internationalen kapitalistischen Spielregeln im Rahmen dieser Modernisierungsstrategie zu disziplinieren.

Kaum ein völkerrechtlich unabhängiges werdendes Land der „Dritten Welt“ hat sich einer Mitgliedschaft in IWF und WB und damit den von ihnen verfochtenen Freihandels- und Marktwirtschaftsprinzipien verweigern können. Länder wie Mosambique, Sambia und Ghana, die sich gegen Auflagen und Mitgliedschaft wehrten, konnten sich dem Sog der Institutionen nicht entziehen.



Die Verschuldungskrise

Im Jahre 1982 rückt dieses Weltwirtschaftssystem in den Mittelpunkt des Weltinteresses. Eine Reihe von hochverschuldeten Ländern konnten ihren Zins- und Tilgungsverpflichtungen für ausstehende Kredite nicht mehr nachkommen. Der Zusammenbruch des Weltwährungssystems drohte.

Seit mitte der 70er Jahre hat die Verschuldung der Länder der „Dritten Welt" und einigen RGW-Ländern gegenüber den privaten Großbanken der imperialistischen Metropolen rapide zugenommen. Die Zunahme der Verschuldung ist nicht etwa Ausdruck nur von Mißwirtschaft in den Ländern der „Dritten Welt" sondern letztendlich die konsequente Folge des Einsatzes des Kredites als treibende Kraft spätkapitalistischer Akkumulation.

Stagnierende Wachstumsraten in den Industriemetropolen und das Bedürfnis nach Recycling der Euro- und Petro-Dollar führte zu einer aggressiven Kreditpolitik der privaten Großbanken gegenüber den unterentwickelten Ländern, mit der die Industrialisierungsmodelle finanziert werden sollten.

Gigantische, auf Weltmarktbedingungen zugeschnittene Industrieanlagen, der Kauf von Rüstungsgütern und der Ausbau der Repressionsapparate, massive Kapitalflucht und Subvention von Luxusgütern verbesserten kaum die Wirtschaftsstruktur, sondern ließen die Schuldenberge anwachsen. Gleichzeitig verschlechterten sich die Austauschbedingungen (terms of trade) auf dem Weltmarkt, die aufgrund der internationalen Arbeitsteilung schon immer auf einen ungleichen Tausch zu ungunsten der Länder der „Dritten Welt" hinausliefen, in den achtziger Jahren zusehends. Mit der beginnenden Hochzinspolitik der USA zur Finanzierung ihrer Haushaltsdefizite gerieten die Länder in den Schuldenstrudel, konnten nicht einmal mehr die fälligen Zinszahlungen leisten.

IWF und Strukturanpassungsprogrammen der Weltbank die Ökonomien der Länder der „Dritten Welt" langfristig auf die Devisenerwirtschaftung umzustellen, d.h. jede Möglichkeit einer an den Bedürfnissen der Bevölkerung orientierten Entwicklung zu verhindern. Damit entfiele mit einer Streichung der mögliche Ansatz zum direkten Eingreifen von IWF und Weltbank. Vielfach wird hier die Frage der sog. *Alternativen Konditionalität* aufgeworfen. Die Länder sollen je nach spezifischer Situation ihrer Verschuldung Auflagen erhalten, die für den Erlaß der Schulden Voraussetzung sind. Die Alternative besteht darin, daß es sich nicht um die Ausrichtung auf Devisenerwirtschaftung sondern beispielsweise um Demokratisierungsprozesse, Verwirklichung ökologisch verträglicher Projekte und ähnlichem handelt — ein Blickwinkel, der die typische Überlegenheit der Industriemetropolen ausdrückt.

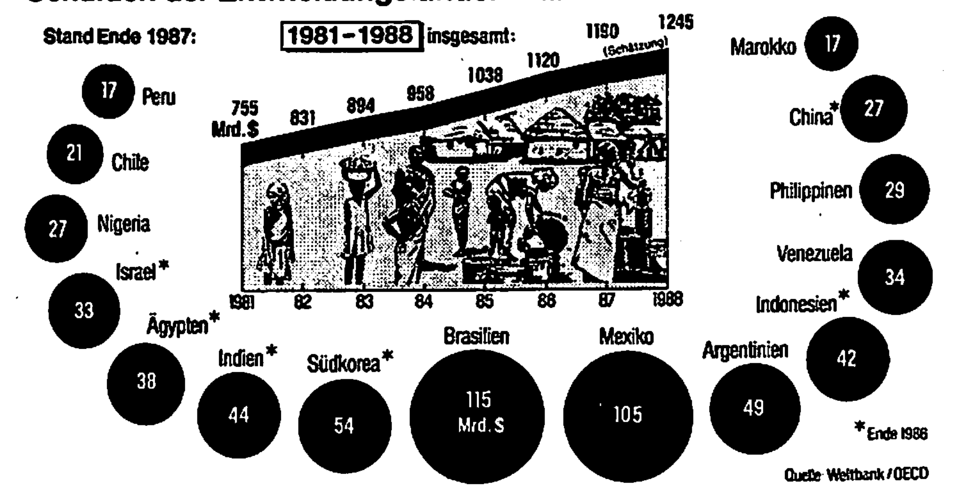
Wer soll die Einhaltung der Auflagen kontrollieren? Auf wen will man sich in diesem alternativen Entwicklungsmodell stützen?

Unsere Vorstellung einer neuen Weltwirtschaftsordnung basiert auf dem Prinzip der Selbstbestimmung und der Selbstorganisation der Menschen in der „Dritten Welt" ebenso wie in den Metropolen. Deshalb muß jede politische Initiative daran gemessen werden, ob sie in diesem Sinne emanzipatorisch wirkt oder nicht.

Eine Schuldenstreichung wird zwar weder strukturelle Ungleichheit auf dem Weltmarkt, noch die Unterdrückung selbst aufheben.

Ein Abbau des finanzpolitischen Drucks kann jedoch die Handlungsspielräume für Befreiungs- und Emanzipationsbewegungen erweitern. Denn jeder Dollar, der in den Schuldendienst fließt, wird aus der Bevölkerung herausgepreßt. Die wachsende Verelendung führt in der Regel nicht zum Widerstand sondern zur Demoralisierung der Menschen. Natürlich muß die For-

Schulden der Entwicklungsländer in Milliarden Dollar

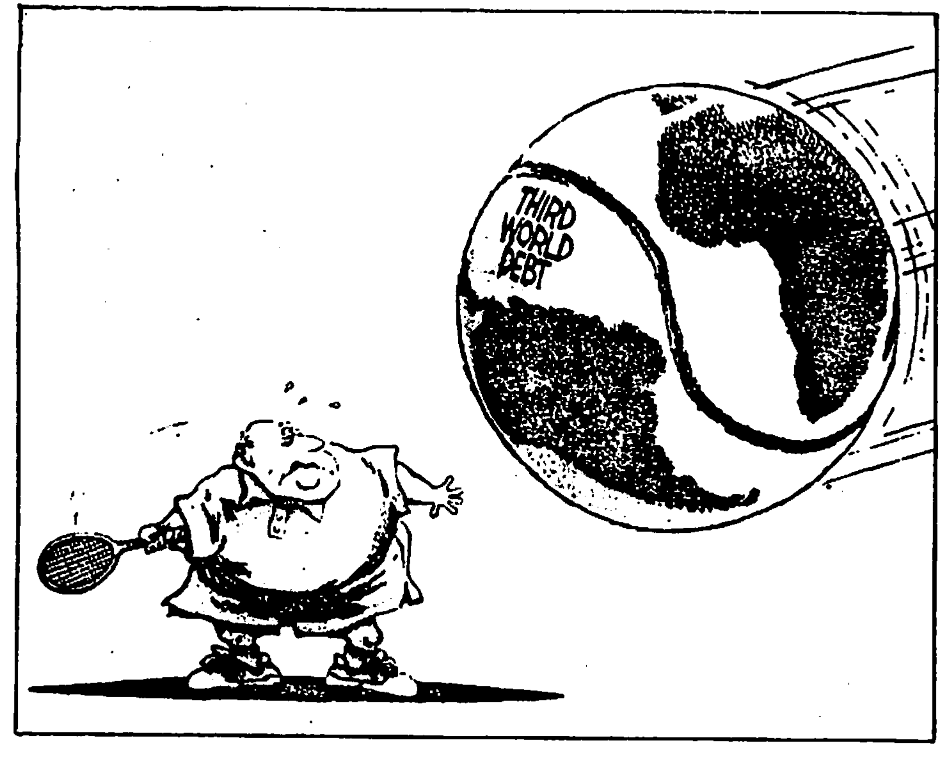


derung nach Schuldenstreichung einhergehen mit der massiven Unterstützung der Emanzipations- und Befreiungsbewegungen. Das Aufgreifen der Forderung Fidel Castros nach Bildung eines Schuldnerkartells, um die Verhandlungsposition der unterentwickelten Ländern gegenüber den Gläubigern zu stärken, stellt die korrupten Eliten unter den Legitimationsdruck, aufzeigen zu müssen, wessen Interessen sie vertreten wollen. Die gleichzeitige Mobilisierung in den Ländern der „Dritten Welt" und hier für die Schuldenstreichung wäre also implizit auch eine Mobilisierung für andere politische Kräfteverhältnisse. In diesem Sinne ist die Forderung als erster Schritt hin zu einer neuen Weltwirtschaftsordnung zu verstehen, denn es geht darum, Entwicklungen von unten zu ermöglichen und zu unterstützen, die zum Ziel haben, die Ausbeutung der Länder der „Dritten Welt" abzuschaffen.

Bereits jetzt werden die Lasten der Nichteintreibbarkeit sozialisiert. Zum Teil haben die Banken, die gegenüber den Schuldnerländern existieren, aber nicht mehr durchsetzbaren Forderungen, dem realen Marktwert dieser Schuldentitel angepaßt, der nur einen Bruchteil der ursprünglichen Kreditsumme ausmacht. Diese, in ihren Bilanzen als Verluste auftauchenden Wertberichtigungen werden steuerlich abgeschrieben, die Verluste damit auf die ganze Bevölkerung verteilt. Dem stehen riesige Gewinne der Banken gegenüber, die sie in den lezten Jahren aus den enormen Zinszahlungen der verschuldeten Länder gezogen haben. Vergleicht man die ursprünglich in die Länder der „Dritten Welt" gepumpten Kredite mit den geleisteten Rückzahlungen, so sind die verschuldeten Länder heute Nettokapitalexporteure. Die Bevölkerung der „Dritten Welt" finanziert damit den wachsenden Kredithunger der heute höchstverschuldeten Nation der Erde, den USA, finanzieren damit deren Militärausgaben und nicht nur den unverdienten Konsum ihrer eigenen Eliten, sondern auch den der Yuppies und wasps (white anglosaxon protestants).

Aber nicht nur über Steuerabschreibungen wird das Risiko der Uneinbringbarkeit verringert. Viele Banken verkaufen ihre Titel wertberichtigt an private Firmen und Konzerne (Bsp. VW). Diese erhalten den Gegenwert der Titel in einheimischen Währungen, mit denen sie Anteile und Beteiligungen an den lukrativen Wirtschaftszweigen in der „Dritten Welt" erwerben. Mit diesen „Debt-to-Equity-swaps" wird langfristig ein Ausverkauf der verbliebenen Wirtschaftszweige betrieben und einer Umstrukturierung der einheimischen Ökonomien hin zu einer binnenmarktorientierten Produktion entzogen. Die langfristige Ausrichtung auf Export- und Devisenerwirtschaftung bleibt bestehen.

In dem Maße wie die Verschuldungskrise prominentester Ausdruck spätkapitalistischen Wirtschaftens ist und die Entwicklungsbedingungen für die Gesellschaften der „Dritten Welt" determiniert, in dem Maße bietet die Forderung nach Schuldenstreichung die Möglichkeit nach einem praktischen Ansatzpunkt zur Rückgewinnung einer internationalistischen Strategiediskussion auf breiter Basis. In ihrer Konsequenz wirft sie vor allem auch die Frage nach notwendigen Veränderungen in den Metropolen auf, die sich nicht mehr nur auf außenwirtschaftliche und entwicklungspolitische Fragestellungen beschränken kann, beseitigt die verbreitete Ansicht von Internationalismus als eines exotischen, sich auf die Solidarität mit Befreiungsbewegungen beschränkenden Politikansatzes und macht die Grenzen des kapitalistischen Systems deutlich. Im Rahmen der Friedensbewegung haben wir es gelernt, die Handlungen der Verteidigungsminister in internationalen Gremien zu hinterfragen; vielleicht gelingt es uns jetzt auch, unsere Finanzminister einem verstärkten öffentlichen Druck auszusetzen.



Die Aktionswoche

Kritik an der Funktionsweise des kapitalistischen Weltwirtschaftssystems und seinen Insitutionen, Protest und Widerstand müssen ansetzen an dem, was heute herrschendes Bewußtsein darstellt. Die Verhinderungparole tut dies ebensowenig wie eine Beschränkung auf eine dialogisierende „Das Schlimmste-vermeiden-Politik" gegenüber IWF und Weltbank. Die auf der 3. Aktionskonferenz ausgearbeitete Konzeption einer Aktionswoche vom 22.9.–30.9.88 mit ihren Bestandteilen Gegenkongreß, Großdemonstration und dezentralen Aktionen dagegen bietet die Möglichkeit von der öffentlichkeitswirksamen Aufklärung über den massenhaften Protest bis hin zu konkret nachvollziehbaren Widerstandsaktionen eine Mobilisierung zu werden, die die internationalistische Politik wieder in den Mittelpunkt öffentlichen Interesses stellt.

In dem Maße, wie der CDU-Staat, aber auch die Bundesregierung ihr außen- und finanzpolitisches Renomee mit dem ungestörten, kritiklosen Verlauf der Tagung verbunden haben, stellt sich für die AL und für die Grünen die Möglichkeit, sowohl auf der parlamentarischen wie auch auf der praktischen Ebene, über breit angelegten Protest und Widerstand an ihrer mörderischen Politik etwas entgegenzusetzen. Wenn Kohl und sein Entwicklungshilfeminister Klein heute schon Tobsuchtsanfälle ob der geplanten Gegenaktivitäten bekommen und nimmer müde werden, den terroristischen Ursprung allen Widerstandes zu beteuern, macht dies nur deutlich, wie anfällig dieser sensible Bereich für den Legitimationsentzug durch eine breite demokratische Öffentlichkeit ist. Voraussetzung dafür ist jedoch, daß die AL nicht nur auf der bündnispolitischen Ebene in Erscheinung tritt, sondern mit eigenständigen Aktionen und einer ausgewiesenen inhaltlichen Position eine breite Mobilisierung unterstützt.

Alle Welt schaut im Herbst auf diese Stadt. Vielleicht gelingt es uns, mit unseren Aktivitäten angesichts der versammelten Weltpresse ein Zeichen der Solidarität an diejenigen zu schicken, die die Entscheidung der Herren auf den Berliner Galaessen weiter in die Armut und das Elend treiben.

Udo Wolf/Volker Ratzmann

Die Schatten, die die Jahrestagung von Internationalem Währungsfond (IWF) und Weltbank, die im September 1988 in West-Berlin stattfindet, vorauswirft werden immer länger. Überall in der Stadt laufen die Vorbereitungen für dieses Jahrhundertereignis auf Hochtouren.
Dreimal hat sich West-Berlin als Austragungsort dieser Jahrestagung bereits beworben. Jetzt hat es endlich geklappt. Zum erstenmal seit 16 Jahren tagen IWF und Weltbank wieder auf europäischem Boden.

Die Bundesregierung spielt in diesen multinationalen Finanzinstitutionen neben den anderen kapitalistschen Hauptländern USA, Frankreich und Großbritannien eine entscheidende Rolle. Die Ausrichtung der Jahrestagung soll diese Rolle noch verstärken. IWF und Weltbank tagen nur jedes dritte Jahr im Ausland, in den beiden Jahren dazwischen findet die Tagung an ihrem Sitz, in Washington statt. Vor drei Jahren fand die Jahrestagung im diktatorisch regierten Südkorea statt. Auch diese Diktatur hat die Jahrestagung genutzt, um ihrem repressiven Regime Glanz zu verleihen, auch wenn dieser nicht allzu lang angehalten hat.

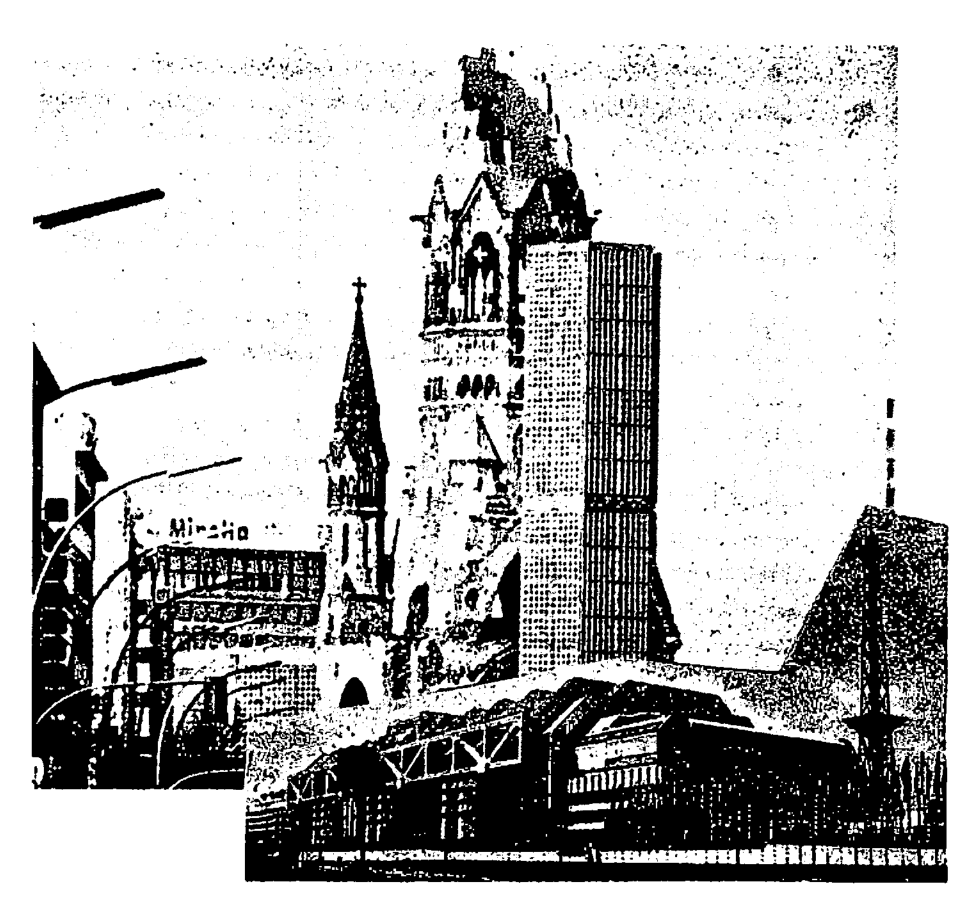
Die Bundesregierung, die in IWF und Weltbank nahezu immer im Windschatten der US-Regierung segelt, sieht darin die besten Möglichkeiten, die Interessen der deutschen Banken und multinationalen Konzerne zu vertreten. Die Bundesregierung tut sich dabei besonders hervor, wenn es gilt rassistischen und diktatorischen Regimen wie Südafrika und Chile Kredite zu geben, während Länder wie Nicaragua oder Chile unter Allende sofort vom Geldzufluß abgeschnitten werden.

Die Wichtigkeit der Rolle der Bundesregierung in diesen Institutionen wird durch die Ausrichtung der Jahrestagung hervorgehoben und nach außen dargestellt.

Im Fahrwasser dieser Politik befindet sich auch der Berliner Senat, dessen 'Entwicklungshilfe'politik, wenn auch in kleinem Rahmen, exakt den Zielrichtungen der Bundesregierung untergeordnet ist. Gleichzeitig soll die Jahrestagun nach der 750 Jahrfeier und am Ende vom Europajahr 1988 (Berlin ist europäische Kulturhauptstadt im Jahr 1988) ein neues Glanzlicht auf die CDU-regierte Metropole West-Berlin werfen. Ein Glanz hinter dem die wirklichen Probleme dieser Stadt, wie Arbeitslosigkeit, Verelendung, Wohnungsnot usw. erneut verschwinden sollen, um Diepgen und seine SenatorInnen im Glanz internationaler Diplomatie erscheinen zu lassen.

10 Millionen DM verschwendet der Senat für dieses Spektakel, das insgesamt 30 Millionen kosten soll, anstatt den Betrag im Interesse der Bevölkerung Berlins zu verwenden.

Mit Begeisterung soll die Bevölkerung im Fernsehen an dem Ereignis im ICC mit Empfängen, Kulturprogramm und vielen politischen Reden teilhaben, damit so das „Wir Berliner"-Gefühl (im Wahlkampf) so richtig von Diepgen auf die Bevölkerung und wieder auf ihn und die CDU zurück transportiert wird.



Gegenaktivitäten

Es wird jedoch nicht bei bunten Fernsehbildern bleiben. 10.000 Menschen werden an der Jahrestagung von IWF und Weltbank offiziell teilnehmen, hinzu kommen noch einige tausend Journalisten und anderes Begleitpersonal. All diese Menschen wollen in Berlin wohnen, essen, tagen und unterhalten werden.

Hochkonjunktur für Hotels, Restaurants, Bordelle, und was der geplagte Weltbanker sonst noch für seine Unterhaltung braucht. Hochkonjunktur aber auch für die Sicherheitsfachleute. Denn nichts würde den Senat mehr verärgern, als wenn seinen Gästen in dieser Stadt irgendetwas zustoßen würde. Wir erinnern uns noch gut an den Reagan-Besuch des letzten Jahres, als diese eine Person an einem halben Tag über abgesperrte Straßen durch die Stadt raste, als Kreuzberg von der Außenwelt abgeriegelt wurde und die Innenstadt von Polizeikesseln blockiert, das KaDeWe angstvoll verschlossen war.

Wie wird es da wohl bei 10.000 zu schützenden Personen aussehen. Wahrscheinlich wird nicht Kreuzberg abgesperrt werden, sondern den Bewohnern der Stadt bestimmte Bezirke zugewiesen werden, die sie 10 Tage nicht verlassen dürfen, damit die Staatsgäste ungehindert und gut geschützt sich in der Stadt und zwischen ICC und Hotels und Empfängen frei bewegen können.

Schulfrei für die Kinder, keine U-Bahn im ICC-Bereich, Verkehrschaos in der ganzen Stadt, keine Hotelbetten für normale Menschen, kein Platz in Zug und Flugzeug, so wird die Finanzdrehscheibe West-Berlin für die aussehen, die keinen Millionen-Einsatz in diesem Spiel der Ausbeuter und Unterdrücker haben.

„Das RAF-Umfeld hat sich zurückgemeldet"

Damit wir das alles verstehen, billigen und hinnehmen wird bereits jetzt fleißig am Bild der RAF und anderer 'TerroristInnen', der Autonomen, Kommunisten und Alternativen gemalt, aufgrund deren Boshaftigkeit all die kleineren und größeren Einschränkungen im Tagsablauf hingenommen werden müssen.

Kostproben: „Die Gewalttäter spielen sich zwar gern als 'Autonome' auf, aber der Krawall kam dem SED-Regime zur Ablenkung vom eigenen 1. Mai sehr gelegen. ... Zum einen werden die Truppen wieder exerziert. Zum anderen geht es wieder einmal gegen den freien Teil Berlins. Der Sicherheitspartner aus Pankow hat seine Absicht, die 'selbständige politische Einheit' sturmreif zu schießen, nie aufgegeben." (Welt v. 5.5.88); „Die West-Berliner Polizei sieht sich ... ihrer schwierigsten Aufgabe nach dem Krieg gegenüber, sagte der Sprecher der Senatsverwaltung für Inneres, Hans Birkenbeul, ... für eine Demonstration zum Abschluß des Währungsfonds- und Weltbank-Kongresses will man etwa 10.000

Anhänger von Autonomen, undogmatischen Gruppen und des terroristischen Randfeldes nach Berlin holen." (Welt 4.5.88); „Koordinator ist die 'Grünorientierte' Alternative Liste (AL), die von Ökologie-Gruppen über Dritte-Welt-Aktionisten bis hin zu sogenannten 'Autonomen' im gesamten Bundesgebiet alles zum Gegenkonkreß zusammentrommelt" (Neue Ruhr-Zeitung 2.4.88); „Denn die Gegner der internationalen Entwicklungshilfepolitik wollen die Kulisse des Kongresses zu spektakulären Protesten und Aktionen nutzen. Kohls Trauma: Chaoten randalieren auf dem Kudamm und blockieren Hotels. ... Mit von der Protestpartie sind der Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (Buko), die Grünen, der Deutsche Naturschutzring, die Katholische Landjugend, Umweltschützer jeder Couleur sowie die Berliner Alternativen ... Nach den Informationen des Verfassungsschutzes bereiten die Revolutionären Zellen und andere 'gewaltbereite Linksextremisten' Aktionen vor. Man geht davon aus, daß es dabei nicht nur zu Gewalt gegen Sachen, sondern auch gegen Personen kommt." (Stuttgarter Nachrichten 29.4.88); „Die von einer kleinen Gruppe von Autonomen angezettelten Ausschreitungen in Kreuzberg werden von der Berliner SPD scharf verurteilt. Ein von langer Hand geplanter „1. Mai-Gedenkkrawall" ist nicht als ein sozialer Aufschrei der Massen zu rechtfertigen. Der Berliner Polizei ist zu danken, daß sie der mutwilligen Gewalt mit aller Kraft Einhalt geboten hat." (SPD Pressedient v. 2.5.88); „Gefährlich an der kampagne ist vor allem die sichtbar werdende Aktionseinheit von Grün-Alternativen, Sponti-Gruppen und Autonomen ... Der Präsident des hessischen Landesamtes für Verfassungsschutz erklärte: 'Das RAF-Umfeld hat sich zurückgemeldet'" (Handelsblatt 18.4.88); „Verwundert ist man allerdings darüber, daß diese Kritik oft bar jeder Kenntnis von Aufgaben und Arbeitsweise dieser Institutionen geäußert wird und vielmehr der geradezu klischeehaften Voreingenommenheit folgt, Weltbank und IWF seien Instrumente zur Unterdrückung der Dritten Welt" (Finanzsenator Rexrodt im Tagesspiegel v. 7.2.88).

Die offizielle IWF und Weltbanktaung wird vom 27.–29.9. stattfinden. Die Gegenaktionen beginnen am 23. und 24.9. mit dem Gegenkongreß. Am 25.9. wird eine Demonstration stattfinden. Vom 26.–29.9. tagt das Permanent Peoples Tribunal. Gleichzeitig finden dezentrale Aktionstage in West-Berlin statt.

Die Kette dieser Aussagen ist beliebig verlängerbar, die Melodie ist alt und bekannt: diffamieren, statt argumentieren, verunglimpfen, spalten und diskreditieren.

Was ist nun wirklich geplant, vor was fürchten sich die Herrschenden und ihre HelfershelferInnen in den Redaktionsstuben von der Welt bis zum SPD Pressedient so sehr, daß sie die Auseinandersetzung auf dieser Ebene führen müssen.

Der Gegenkongreß

Für den Gegenkongreß besteht ein internationaler Trägerkreis, dem auch die AL, die Grünen und der GRAEL angehören.

Mit dem Kongreß soll öffentlichkeitswirksam Kritik am herrschenden Weltwirtschaftssystem und der Politik von IWF und Weltbank geübt werden. Weiterhin sollen auf dem Kongreß politische Alternativen und Strategien oppositioneller Bewegungen diskutiert werden. Darüberhinaus bietet der Kongreß die Gelegenheit zu Erfahrungsaustausch, Vernetzung und Selbstdarstellung der teilnehmenden Organisationen und Initiativen.

Der Kongreß beginnt am 23.9. um 10.00 mit einer Auftaktveranstaltung. Von 14.00 bis 18.00 wird in parallelen Foren zu folgenden Themen gearbeitet:

1. Das bestehende Weltwirtschaftssystem – Strukturen und AkteurInnen – die Rolle von Banken und multinationalen Konzernen,
2. Die Rolle von IWF und Weltbank – politische Regulierung auf multilateraler Ebene,
3. Militärische Strategien zur Absicherung des Weltwirtschaftssystems,
4. Soziale Auswirkungen und Herrschaftssicherung in Industrieländern und in den Ländern der „Dritten Welt".

Ab 19.00 wird eine zentrale Abendveranstaltung zum Thema: 'die Folgen der IWF und Weltbank-Politik und die Gegenwehr der Betroffenen' stattfinden.

Am 2. Tag, dem 24.9., wird der Kongreß um 10.00 mit Workshops, bei denen die Möglichkeit der Vorstellung von Initiativen, des Erfahrungsaustausches und der Vernetzung besteht, beginnen.

Von 13.00 bis 17.00 wird in einem zweiten Block paralleler Foren getagt, die folgende Themen zum Inhalt haben:

1. Perspektiven für eine gerechte Weltwirtschaftsordnung,
2. IWF und Weltbank: Abschaffen oder reformieren?
3. Alternative Entschuldungsmodelle und neue Wege der Entwicklungsfinanzierung,
4. Handlungsspielräume sozialer Bewegungen in der 'Dritten Welt' und unsere Rolle bei der Durchsetzung alternativer Entwicklungsstrategien,
5. Forderungen an eine alternative Wirtschaftspolitik in den Industrieländern.

Danach trifft sich eine offene Arbeitsgruppe um die Abschlußerklärung des Kongresses, die in den Foren vordiskutiert wurde, endgültig zu erarbeiten.

Um 19.00 beginnt die große Abschlußveranstaltung die sich zusammenfassend mit der Themenstellung aus den Foren des Nachmittags beschäftigt und auf der die Abschlußerklärung verabschiedet werden wird.

Den Abschluß des Kongresses bildet dann eine Kulturveranstaltung mit KünstlerInnen aus Ländern der 'Dritten Welt'.

Teilweise parallel zu diesem Kongreß werden Umwelt- und Naturschutzverbände einen Kongreß zu Fragen von Ökologie, Weltwirtschaft und IWF- und Weltbank-Politik am gleichen Ort, an dem der Gegenkongreß stattfindet, durchführen.

Zu dem Kongreß sind ReferentInnen aus Ländern der 'Dritten Welt' und fortschrittliche Menschen aus den Industrieländern eingeladen worden. Hierzu gehören Pedro Vuskovic, Julius Nyerere, Paul Singer, Andre Gunder Frank, Cheryl Payer, Rolf Syring, Franz Hinkelammert und viele andere, die teilweise ihre Teilnahme schon zugesagt haben.

Der Kongreß hat die Aufgabe, ein öffentlichkeits- und medienwirksames Gegengewicht zur offiziellen Tagung von IWF und Weltbank zu setzen. Gleichzeitig soll das Bewußtsein der Öffentlichkeit über Fragen der Weltwirtschaftsordnung und der Rolle, die IWF und Weltbank insbesondere und die Industrieländer im allgemeinen darin spielen, erhöht werden.

Darüberhinaus besteht die Möglichkeit, Handlungsalternativen und konkrete Politikschritte gegen die Politik von IWF und Weltbank zu diskutieren und zu koordinieren. Wichtig ist auch, daß VertreterInnen aus Ländern der 'Dritten Welt' die Möglichkeit erhalten, ihre Positionen darzustellen, während sie bei der offiziellen IWF- und Weltbanktagung nur als Staffage dienen, und die eigentlichen Entscheidungen schon im Vorfeld von den VertreterInnen der wichtigsten Industrienationen getroffen werden.

Am Sonntag soll dann eine große Demonstration mit anschließender Kundgebung stattfinden. Der Protest gegen die Politik von IWF und Weltbank und ihre Tagung in Berlin darf nicht auf Diskussionen beschränkt bleiben. Mit einer Großdemonstration, für die auch in Westdeutschland mobilisiert wird, kann ein vergleichbar breiter Protest wie beim Reagan-Besuch manifestiert und auf die Straße getragen werden. Die Demonstration wird gegen Mittag beginnen, damit eine breite Beteiligung westdeutscher Gruppen und Personen möglich wird.

Auf der Abschlußkundgebung wird VertreterInnen aus der 'Dritten Welt' die Möglichkeit gegeben, ihre Positionen darzustellen. Für die Abschlußkundgebung ist Fidel Castro eingeladen worden.

Für die Demonstration besteht ein eigener Trägerkreis, der alle Gruppen umfaßt, die die Durchführung der Demonstration für politisch notwendig erachten. Die konkrete Vorbereitung der Demonstration findet in Berlin statt; auch an diesem Trägerkreis werden sich jedoch westdeutsche und internationale Organisationen beteiligen.

Das Tribunal

Am Montag beginnt dann die Sitzung des Permanent Peoples Tribunal, das von der italienischen Lelio Basso Foundation ausgerichtet wird und von der letzten Aktionskonferenz der IWF und Weltbankkampagne eingeladen wurde, seine Sitzung in West-Berlin durchzuführen. Das Tribunal steht in der Tradition der Russell-Tribunale und wird in Berlin auf der Basis einer Anklageschrift, die die amerikanische Juristenvereinigung vorgelegt hat, seine Verhandlung führen. Dabei wird zunächst die Anklageschrift vorgestellt, dann werden die Opfer der IWF und Weltbank als Zeugen gehört. Dies findet einmal am Beispiel von Ländern der 'Dritten Welt', z.B. Brasilien, Peru oder Kenia statt, zum anderen werden die Natur und die ArbeiterInnen der Metropolen als indirekte Opfer dieser Politik vertreten sein.

Die VertreterInnen der Anklage und VerteidigerInnen von IWF und Weltbank werden diese Zeuginnen und ihre Aussagen kritisch unter die Lupe nehmen. Nach den Verhandlungen zieht sich die internationale Jury zur Beratung zurück und wird am 29.9. ihren Urteilsspruch verkünden.

Das Tribunal versteht sich als unabhängige Institution. Das politische Gewicht des Urteilsspruchs leitet sich vor allem aus der Bekanntheit der Mitglieder der Jury ab, unter denen sich Adolfo Perez d'Esquivel, Eduardo Galeano, Gabriel Garcia Marquez und andere befinden.

Die Aktionswoche

Parallel zu diesem Tribunal und damit auch parallel zur offiziellen IWF- und Weltbanktagung wird eine Aktionswoche mit zahlreichen dezentralen Aktionen stattfinden. Jede Gruppe und Organisation kann in dieser Woche die ihr angemessen erscheinenden Aktionsformen verwirklichen. Damit soll der unmittelbare und vielfältige Protest gegen IWF und Weltbank zum Ausdruck gebracht werden.

Die verschiedenen Aktionen in der Zeit vom 23.–30.9. stellen eine Einheit dar, auch wenn unterschiedliche Trägerkreise gebildet worden sind. In einem integrierten Konzept von Aktionen und Veranstaltungen soll die Vielfalt des Protests gegen IWF und Weltbank zum Ausdruck kommen.

Als Bundesregierung und Senat vor einigen Jahren den IWF und die Weltbank nach West-Berlin eingeladen haben, waren Fragestellungen weltwirtschaftlicher Zusammenhänge in der Öffentlichkeit praktisch noch nicht präsent. Dies hat sich in den letzten Jahren schlagartig geändert. Die Schuldenkrise der Länder der 'Dritten Welt', ihre Auswirkungen auf die Industrieländer, die vielfältigen Versuche mit dieser Krise fertig zu werden, haben weltwirtschaftliche Fragestellungen massiv in die öffentliche Diskussion gebracht.

Die Jahrestagung von IWF und Weltbank in West-Berlin wird dieses Interesse noch erhöhen. Sie bietet fortschrittlichen Kräften die einzigartige Gelegenheit, über weltwirtschaftliche Zusammenhänge zu informieren und Lösungsansätze und Handlungsalternativen zu diskutieren, die nicht nur die Interessen der westlichen Monopole und Banken und den allgemeinen Wohlstand in den Industrieländern, sondern stattdessen die Interessen der Menschen in den Ländern der 'Dritten Welt' in den Vordergrund rücken.

Senat und Bundesregierung hatten eine Propagandashow für die Finanzdrehscheibe West-Berlin ins Auge gefaßt, die sich auf einen breiten inhaltlichen Konsens in der Bevölkerung stützen konnte.

Dieser Konsens ist ins Wanken geraten. Die Ursachen und Folgen der ausbeuterischen Politik können nicht länger verheimlicht oder den Ländern der 'Dritten Welt' selbst zugeschoben werden. Schon heute steht fest, daß die von einer breiten Bewegung gesetzten Aktivitäten in West-Berlin im September eine unkommentierte Jubelveranstaltung unmöglich machen werden.

Thomas Fruth



Eine Kampagne sucht eine Bewegung

Vom 27.–29. September 1988 treffen sich 10.000 Bankiers und Finanzchefs zur Jahrestagung des Internationalen Währungsfond (IWF) und der Weltbank (WB) in Westberlin. Aus diesem Anlaß hat der Bundeskongreß Entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO) bereits im Mai letzten Jahres zu einer IWF/WB Kampagne aufgerufen.

Im Rahmen dieser Kampagne sollen „die Ursachen der Weltwirtschafts- und Verschuldungskrise, die Funktion des Weltgeldpolizisten IWF im kapitalistischen Weltmarkt, die Rolle der BRD, ihrer Banken und Konzerne und die Auswirkungen dieser Politik auf Millionen von Menschen in der Peripherie und im Zentrum als zwei Seiten einer Medaille dargestellt werden."[1]

Die inhaltliche Grundlage der Kampagne ist in der Fuldaer Erklärung des BUKO festgehalten. Inzwischen beteiligen sich Gruppen aus den unterschiedlichsten Spektren an der Debatte und Vorbereitung möglicher Gegenaktionen im September. Der Bogen reicht von der katholischen Landjugend über die Jusos bis hin zu den Autonomen. So vielfältig und bunt das Spektrum ist, so unterschiedlich sind die Vorstellungen und Einschätzungen.

Die Einigkeit reduziert sich auf die Feststellung, daß der IWF und die WB ihre Maßnahmen an den Interessen der westlichen Industrieländer orientieren und somit entscheidend für Verelendungsprozesse in der Dritten Welt verantwortlich sind. Hier enden aber auch schon die Gemeinsamkeiten. Während kirchliche Gruppen über den „schlimmen" IWF lamentieren, diskutieren die Grün-Alternativen Möglichkeiten der Schuldenstreichung und der Reformierbarkeit des IWF. Dies wird von Autonomen als hilfskapitalistische Krisenlösung abgelehnt. Den Diskrepanzen theoretischer Natur folgen Auseinandersetzungen über die praktische Umsetzung der Kampagne. Soll die Tagung im September verhindert, behindert, begleitet oder gar begrüßt werden? Und wenn, wie läßt sich so etwas realisieren.

Zu diesen Diskrepanzen gesellen sich noch politische Winkelzüge, mit denen bestimmte Gruppen versuchen, ihre Interessen durchzusetzen. Die taz überraschte die interessierte linke Öffentlichkeit im Februar mit der Ankündigung, ein Hearing mit Vertretern der WB und ihren Kritikern durchführen zu wollen, ein Vorhaben, das in keiner Phase mit den Trägern der Kampagne abgesprochen war.[2]

Die Kritik an der taz war so heftig, daß das Vorhaben aufgegeben werden mußte.

Neben dem Alleingang der taz stand dabei vor allem die Frage im Vordergrund, ob mit Vertretern der WB geredet werden soll oder nicht. Der grundsätzlichen Ablehnung, mit den „Verantwortlichen für Hunger und Elend der Dritten Welt" zu diskutieren, stand dabei die Auffassung gegenüber, die Führung einer solchen Auseinandersetzung nach taktischen Erwägungen zu entscheiden. Einigkeit bestand lediglich darin, daß zum gegenwärtigen Zeitpunkt eine solche Diskussion nur der Weltbank nutzen kann und somit abzulehnen ist.

Ein weiterer Streitpunkt war der Ablauf der Gegenaktionen im September. Hier glänzten besonders die Vertreter der Westberliner Parteien AL, SEW und Jusos durch parteipolitisches Taktieren und Ignoranz gegenüber den Intentionen der Kampagne. Die „Berliner" sind dafür verantwortlich, daß Gegenkongreß und Demonstration vor der eigentlichen IWF/WB Tagung stattfinden. Es wurde von ihrer Seite ebenfalls versucht, die bundesweite Demo auf den Sonntag nachmittag zu legen und in alleiniger Westberliner Trägerschaft durchzuführen. Was dies für die bundesweite Mobilisierung für Konsequenzen hätte, liegt auf der Hand. Aufgrund der langen Anfahrtswege würde die Demonstration zu einer primär Berliner Angelegenheit werden, in der Hand der Parteienvertreter. Die westdeutschen Gruppen und der BUKO konnten sich mit ihrem Vorschlag einer Demo am Samstag nicht durchsetzen, so daß der „Kompromiß" lautet, die Demo am Sonntagvormittag durchzuführen.

Für die im Anschluß stattfindende Aktionswoche, die die IWF/WB Tagung begleiten soll, ist außer unverbindlichen Erklärungen der Parteienvertreter bisher nichts zu hören. Die Position der Parteien erklärt sich aus dem Wahlkampf der im Herbst in Berlin beginnt. Es soll nichts geschehen, was außerhalb der Kontrolle von AL, Jusos und SEW liegt. Die Ziele einer Bewegung werden wieder einmal der politischen Opportunität geopfert.

Dieses Nebeneinander und das Auseinanderklaffen zwischen den Gruppen wird als vermeintliche Stärke verkauft, indem es schönfärberisch als „Stärke und Einheit in der Vielfalt" bezeichnet wird.

Dabei sind die Möglichkeiten, die eine Auseinandersetzung mit weltwirtschaftlichen Aspekten bietet, sehr umfassend. Voraussetzung ist die Lösung von emotionalen Kategorien wie z.B. der Formulierung des „schlimmen" IWF. Die internationalen Finanzagenturen IWF und WB müssen als das begriffen werden, was sie sind, nämlich zwei Instrumente des Westens zur Durchsetzung seiner Interessen. Es sind nur zwei von vielen. Eine Reform oder gar Abschaffung des IWF würde keine Probleme lösen, sondern sie nur verschieben.

Die Debatte über die Verschuldungskrise kann Anstoß sein für die Zusammenführung von Teilbereichsbewegungen und Diskussionssträngen, die zu einer internationalen Perspektive führt. Die Zuspitzung der weltwirtschaftlichen Situation erzwingt eine Zusammenführung, da effektiver Widerstand nur im Bewußtsein des globalen Kontextes möglich ist.

Die Kampagne muß von der Fixierung auf die Tagung im September wegkommen und versuchen, den internationalistischen Gedanken darüberhinaus in den Bewegungen zu verankern. Bestrebungen in diese Richtung sind ansatzweise zu erkennen und müssen weiter entwickelt werden. Die Kampagne darf kein Strohfeuer werden, das im September auf den Straßen Berlins ausbrennt.

Michael Voregger

Anmerkungen:
1. zitiert nach IWF/WB Kampagne Rundbrief Nr. 3
2. Vgl. taz vom 19.02.88

„Zerpflücken wir den Kongreß"

An die Solidaritäts- und Internationalismusgruppen

Die „Kampagne gegen IWF und Weltbank" bewegt sich z. Zt. unaufhaltsam auf jenes Ereignis hin, dem ihre Mobilisationskraft gewidmet werden sollte:

Anscheinend sind die Agenten/Manager/Akteure von IWF, Weltbank und die ihnen untrennbar verbundenen Politiker nicht davon abzuhalten, sich im September in Berlin zu treffen und dort die zukünftigen Schritte ihrer kriegerischen Politik festzulegen.

Wer sollte sie denn überhaupt davon abhalten?

Wenn wir von „der" Kampagne reden, muß wohl unterschieden werden zwischen den seit längerer Zeit laufenden Aktivitäten der Solidaritäts- und Internationalismusgruppen und dem, was von gerade diesen Gruppen inzwischen als die „offizielle" Kampagne bezeichnet wird. Letzteres meint das nunmehr auf Parteien (Grüne, SEW, Jusos) und wenige einzelne VertreterInnen von BUKO und KLJB etc. „gesund" geschrumpfte Bündnis, das im vergangenen Jahr aus den ersten Aktionskonferenzen hervorging, die wiederum ursprünglich vom Koordinierungskreis Verschuldung des BUKO (KoV) mit der Absicht einberufen wurde, ein breites Bündnis von verschiedenen Bewegungen, verbundenen Parteien und sonstigen Organisationen gegen den Kongreß von IWF und Weltbank zu bilden. Dessen unverzichtbarster Bestandteil sollten natürlich die Solidaritäts- und Internationalismusgruppen selbst sein, die in ihren jeweiligen örtlichen Zusammenhängen Informationsarbeit zu IWF, Weltbank und Banken-/Konzernpolitik leisten und für ein politisches Ziel mobilisieren. Daß dieses politische Ziel bei den einen die Durchsetzung der Forderung nach globaler Schuldenstreichung und für andere die Verhinderung des IWF/WB-Kongresses war, während noch andere in der Bewußtseinsbildung über die Weltwirtschaftszusammenhänge und der Verbreiterung der Diskussion selbst das politische Ziel sahen, stellte sich nicht als Hindernis für eine breite Mobilisierung zu dem Thema dar. Vielmehr sahen sich die Arbeitenden der IWF- und WB-Gruppen vor die Aufgabe gestellt, eben die politische Sprengkraft, die in der Diskussion um Handlungsperspektiven liegt, als wesentliches mobilisierendes Element zu nutzen und deshalb die Arbeit und Erfahrung zu diesem Thema zu koordinieren und über die Verbreiterung der Diskussion um Handlungsperspektiven zu politisieren.



Zumindest die Absicht, dieses Ziel über die Arbeit der Aktionskonferenzen zu erreichen, können wir getrost als gescheitert einschätzen, und wir sollten uns über die Bedeutung für unsere Weiterarbeit klarwerden. Nicht nur die Präsenz der SolidaritätsarbeiterInnen auf den Aktionskonferenzen und dem Arbeitsausschuß ging dabei nämlich baden (Anwesende 1.–4. Aktionskonferenz: 200, 150, 60, 30 GruppenvertreterInnen), sondern – und darin wird der Widerspruch zwischen der „offiziellen" = Bündniskampagne und der „Bewegungskampagne" in den verschiedenen Orten ausgedrückt – auch das Ziel der Kampagne, einen politischen Aktionszusammenhang zum Thema Weltwirtschaft/internationale Verschuldung herzustellen, ist gescheitert.

Die Diskussion um Handlungsperspektiven stellt sich in der lokalen Arbeit hauptsächlich als das Problem dar, ob und wie wir Leute bewegen sollen, sich aktiv für etwas einzusetzen (z.B. globale Schuldenstreichung), das einen Verlust ihrer Privilegien bedeutet, und nicht etwa eine Abwendung von Bedrohung ihrer unmittelbaren Existenz, wie das bei der Friedens- und Ökologiebewegung möglich ist. Darin liegt eben das Problem der Umsetzung in Aktionsformen und darin liegt auch die politische Perspektive einer Bewegung zur Veränderung der weltweiten Wirtschaftsstrukturen, die weiterreichen könnte als alle Kongresse

von und zu IWF und Weltbank in Berlin oder irgendwo.

Eben diese Fragestellung ist aber auf den Diskussionen der „offiziellen" Kampagne fallengelassen worden, sowohl innerhalb ihrer Strukturen, nämlich Aktionskonferenz und Arbeitsausschuß, als auch innerhalb der Planung der „offiziellen" Kampagnenschwerpunkte Gegenkongreß, Demo und Aktionstage. Auf der Aktionskonferenz und im Arbeitsausschuß wurde die Diskussion um die Möglichkeit einer Verhinderung des IWF/WB-Kongresses aufgegeben, weil die **Handlungsperspektiven** gar nicht Gegenstand der dortigen Diskussion blieben, sondern es nur mehr darum ging, die Kampagne populärer und für breite Schichten akzeptabel zu machen - als handelte es sich bei der Forderung nach Schuldenstreichung o.ä. um eine irgendwie humanistische Initiative oder politische Tagesforderung und nicht um einen Aufruf zur Veränderung der weltwirtschaftlichen Strukturen und um einen Angriff auf die Akteure/Profiteure der Weltwirtschaft. Die Diskussion darum, wie also die so verstandene große Mobilisierung stattfinden könnte, wog ab zwischen Popularität der Forderung, Repressionsfolgen und Bündnisfähigkeit und kam zu dem Ergebnis, eine Forderung, deren Handlungsperspektive so offensichtlich ist wie die der Kongreßverhinderung, sei zu unpopulär und zöge zuviel Repression nach sich. Und da sich beides bedinge, sei sie als politisches Ziel der Kampagne nicht formulierbar und durch eine Forderung zu ersetzen, die zwar genauso wenig wirklich bis September erreichbar ist, die aber unvermittelt erstmal keine Handlungsperspektive darstellt und daher vielleicht „breiter" mobilisiert: **Schuldenstreichung!**

Die Versäumnisse innerhalb der Aktionskonferenzen/Arbeitsausschußkreise kommen in den „Aktions"-schwerpunkten der Kampagne zum Tragen. Die Informations- und Bildungsarbeit über das, was „die da", also die Akteure der Weltwirtschaft so alles machen, wird ganz in den Vordergrund gestellt, und die Diskussion und Darstellung politischer Handlungsperspektiven werden erst mal verschoben auf den Zeitpunkt, an dem eben diese politische Handlungsbereitschaft populär sein wird. Nur — wer diesen Zeitpunkt herbeiführt und wer diese Handlungsbereitschaft vorlebt, bleibt unklar.

Die Solidaritäts- und Internationalismusgruppen, als eigentliche „Basis" der Kampagne, stehen im Augenblick also eher neben als in der Kampagne, für deren Organisation sie die Verantwortung abgaben. So sind sie uninformiert über was und warum Gegenkongreß, Demo und Aktionstage geplant werden und wie sie geplant werden. Sie haben kein Verständnis für die Scheinauseinandersetzung um die „Verhinderungs"-parole und zeigen sich ratlos bezüglich der Frage, was da gerettet werden könnte und vor allem von wem. Viele ziehen sich zurück, indem sie sagen: „Wir haben uns überlegt, erst mal was vor Ort zu machen", was aber nichts anderes heißt, als, „wir machen erstmal weiter, was wir bisher gemacht haben" und damit das bewußte Nicht-Wahrnehmen der Chance, die die IWF-/WB-Tagung in Berlin der Solidaritätsbewegung bietet: Koordinierte gemeinsame Diskussion und Aktion und damit den Schritt zu machen, der jeder „Verbreiterung der Bewegung" vorausgeht und den die Beteiligten der „offiziellen" Kampagne naturgemäß nicht machen konnten: Das Fundament der Kampagne, also die vielen einzelnen Gruppen und Initiativen selbst zusammenzubringen und eine Einigung über einen ersten gemeinsamen Schritt herzustellen.

Es ist müßig, darüber zu streiten, wer nun an diesem Nebeneinander „schuld" ist:

- War es der KoV, von dem die Initiative ursprünglich ausging und der dann selbst fassungslos die Entwicklung der Kampagne von außen betrachtete, inzwischen aber zumindest Selbstkritik übte mit der Analyse, seine eigenen Möglichkeiten überschätzt haben?
- Waren es die Parteien, weil sie parteipolitische Interessen in die Kampagne einbrachten und dann auch noch durchsetzten?
- Waren es die BUKO-KA-Leute, die innerhalb der Soligruppen-Kreise den Eindruck vermittelten, sie seien gewillt und in der Lage, den Diskussionsstand der IWF/WB-Gruppen in den Arbeitsausschuß einzubringen und dort bereits erarbeitete und beschlossene Positionen durchzusetzen? Und dafür aber eine Vertreterin schicken, die nicht nur nicht aus dem Zusammenhang der IWF-WB-Gruppen kommt, sondern sich zusätzlich in dem Dilemma befindet, als KA-Frau gleichzeitig in der Diskussion der Finanzierung des BUKO durch Kirchen und Grüne eine maßgebliche Rolle zu spielen (Der BUKO und seine KA'ler standen ja gleichzeitig unter dem politischen Druck, die überwiegend finanziell motivierte Beteiligung an der Nord-Süd-Kampagne des Europarats zu rechtfertigen, parallel dazu liefen Finanzierungsanträge größeren Ausmasses an die Grünen und vertraten dieselben Leute den BUKO bei der Stiftungsdiskussion der Grünen). In einer solchen Situation die Positionen des KoV zu vermitteln und durchzusetzen, stellt auch wohl für professionelle SolidaritätsarbeiterInnen eine Überforderung dar.
- Waren es die Autonomen, die die Parole „Verhindern wir den Kongreß" propagieren, ohne zu klären, daß sie sie als eine Methode und nicht als Alternative zur Forderung nach Schuldenstreichung sehen und eingestehen, daß eine Verhinderung nur politisch nicht aber militärisch möglich wäre?
- Waren es vielleicht die Solidaritätsgruppen selbst, die sich ihre Kampagne von anderen machen lassen wollten und nun den Rückzug in die eigene Szene begonnen haben?

Es waren wohl alle, aber es sind nur die Solidaritäts- und Internationalismusgruppen, die diese Entwicklung vor/in/nach Berlin in eine andere Richtung bestimmen können und sollten, anstatt abzuwarten, zuzuschauen und sich zu wundern.

Welche bessere Möglichkeit für die Solidaritätsgruppen gibt es denn z. Zt. als die, jenseits der lokalen Informations- und Mobilisationsarbeit eine gemeinsame Diskussion und Aktion in Berlin zu initieren, d.h. sich durch inhaltliche Stellungnahmen, Interventionen, Aktionen und gemeinsame Weiterplanung an dem zu beteiligen, was in Berlin geplant ist.

Es ist müßig, darüber zu diskutieren, ob und wie der Kongreß zu verhindern ist. Wer sollte sie denn überhaupt davon abhalten? Wer will die Akteure der Weltwirtschaft an ihrem Handeln hindern? Darüber müssen wir uns auseinandersetzten, eben über die Frage, wie die Ausführung der auf diesem Kongreß beschlossenen Politik verhindert wird.

Der Gegenkongreß und die Demo können nur dann zur Entwicklung einer politischen Handlungsperspektive beitragen, wenn alle, die eine solche wünschen, diesen Bedarf durch Diskussions- und Interventionsbeiträge auf dem Gegenkongreß und auf der Demo deutlich machen. An diesem Anspruch, an dieser zwingenden Notwendigkeit ändert auch die berechtigte Kritik an Konzept und Einladungspolitik des Gegenkongresses und der Demo nichts, diese erfordern von den Interventionen nur eine besondere Klarheit.

Was die Aktionstage betrifft, sind alle Solidaritäts- und Internationalismusgruppen aufgefordert, und diese Aufforderung braucht eigentlich nicht ausgesprochen werden, denn sie ist das politische Wesen der offiziellen und der Bewegungskampagne gleichermaßen, endlich ihre Fassungslosigkeit zu überwinden, von dem Anspruch, von Berlin oder vom BUKO oder von sonst wem aus „koordiniert" zu werden, abzurükken und die Geschichte der Kampagne in die eigene Hand zu nehmen. Die Frage, ob besser „zentral" oder „dezentral" Aktionen laufen sollten, seit Monaten Gegenstand abstrakter Diskussionen, klärt sich schließlich ganz von allein, sobald klar ist, mit welchem Ziel welche Aktionsform geplant ist und entscheidet nicht über den Erfolg und die Qualität der Kampagne. Diese Ziele und Aktionsformen stellen sich viele durchaus bereits vor, warten aber noch darauf, daß sie „irgendwie" in der Kampagne auftauchen. Das passiert nicht, das muß gemacht werden. Es bleibt nichts mehr abzuwarten:

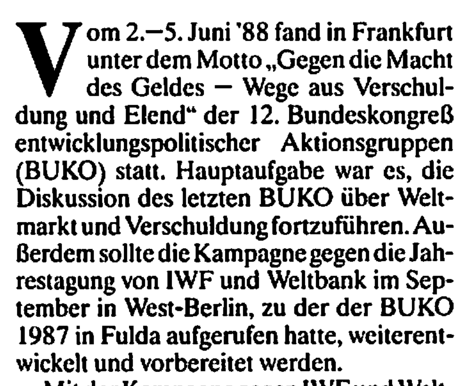


ZERPFLÜCKEN WIR DEN KONGRESS
und
entwickeln wir bessere Ideen!

Kolumbiengruppe
im Vamos e.V., Münster
Lili Rabe und Sabine Hanisch



Ein Schritt vorwärts, ein Schritt zurück



Vom 2.–5. Juni '88 fand in Frankfurt unter dem Motto „Gegen die Macht des Geldes – Wege aus Verschuldung und Elend" der 12. Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO) statt. Hauptaufgabe war es, die Diskussion des letzten BUKO über Weltmarkt und Verschuldung fortzuführen. Außerdem sollte die Kampagne gegen die Jahrestagung von IWF und Weltbank im September in West-Berlin, zu der der BUKO 1987 in Fulda aufgerufen hatte, weiterentwickelt und vorbereitet werden.

Mit der Kampagne gegen IWF und Weltbank und dem Thema des zwölften BUKO sind wir offenbar voll ins Wespennest getreten. So wollte die gewählte Interessensvertretung der Banken und Konzerne (Raumverbot durch die Stadt Frankfurt) – wie schon bei der ersten Aktionskonferenz der IWF/Weltbank-Kampagne – die Diskussion um die Rolle der bundesdeutschen Großbanken, Konzerne und ihrer Regierung im unerklärten Wirtschaftskrieg gegen die Menschen in der Peripherie mit aller Macht verhindern. Der getroffene Hund bellt, sagt der Volksmund... Aufgrund einer breiten Solidarisierung bis hinein in den kirchlichen Bereich mußte das OVG in Kassel die Räumlichkeiten einen Tag vor Beginn wieder freigeben. Trotzdem gab es Auflagen, so daß das ganze Programm umgestellt werden mußte, und dem BUKO sicher an die sieben Stunden Diskussionszeit verloren gingen und zwei AGs plötzlich ohne Referenten dastanden.

Am ersten Tag des Kongresses gab es durch Ernest Mandel, einem der profiliertesten marxistischen Ökonomen, eine recht gute und verständliche Analyse der Ursachen der Verschuldung bzw. der kapitalistischen Krise. Wie offensichtlich unvermeidbar fanden sich wieder einmal etliche Sekten ein, „um dem 'großen' Mandel ans Bein zu pinkeln". Dies ist umso bedauerlicher, da dadurch eine Diskussion mit ihm über diejenigen Punkte, die heute für die Linke auf der Tagesordnung stehen, verhindert wurde. Diese Fragen wären: Wie weit können Befreiungsbewegungen heute noch entscheidend die Lebensbedingungen und gesellschaftlichen Verhältnisse verändern, wenn sie sich nach der Beseitigung des alten Regimes nach wie vor im Würgegriff des Weltmarktes befinden (Kuba, Nicaragua, Zimbabwe, Angola, Mosambik usw.)? Welche Gegenstrategien sind notwendig (Gegenmärkte, sozialistische Förderationen, andere Austauschverhältnisse, wie sie Che Guevara nach dem Sieg der Revolution in Kuba vorschlug)? Auswirkungen des EG-Binnenmarktes 1992 auf die Lebens-, Arbeits- und Kampfbedingungen in den Metropolen und in der Perospherie; Auswirkungen der Umstrukturierungen und der neuen internationalen Arbeitsteilung in den Metropolen auf die Herausbildung revolutionären Bewußtseins usw. Leider blieben sie bei Mandels Vortrag außen vor... Allgemeine Ausführungen zur Bedeutung der Arbeiterklasse sind zwar nicht falsch, aber eben auch nicht sehr hilfreich.

Donnerstags und freitags standen dann Beiträge über den Stand der Kampagne sowie der Rechenschaftsbereicht des KA auf dem Programm. Dazu bekamen die TeilnehmerInnen 31 eng bedruckte Seiten in die Hand gedrückt.. Das ist zwar sehr löblich... Allerdings konnten diese Seiten beim besten Willen nicht mehr gelesen werden. Eine Diskussion um die IWF-Kampagne fand praktisch nicht statt. Lediglich die Punkte „Europaratskampagne" und „Grüne Stiftung" trieben die RednerInnen massenhaft an die Saalmikrophone.

Zwei der drei auf dem letzten BUKO für die Stiftungsdiskussion bestimmten BUKO-VertreterInnen hatten sich einfach über die BUKO-Beschlüsse hinweggesetzt und waren der bewegungsfeindlichen Heinrich-Böll-Stiftung beigetreten. Dieses Verhalten wurde vom BUKO eindeutig mißbilligt. Er entzog ihnen folglich das Mandat. In Zukunft werden drei VertreterInnen des neuen KAs den BUKO in der Stiftung vertreten.

Da die Stiftung nicht zu verhindern ist, geht es jedenfalls jetzt darum, den größtmöglichen Einfluß der Bewegung zu sichern. Es muß verhindert werden, daß z.B. Realo-Grüne mit Hilfe von massiven Geldspritzen die Kräfteverhältnisse in der Bewegung zu ihren Gunsten verschieben und die Professionalisierung und die Hauptamtlichenkultur ausweiten. Immer mehr Aufgaben werden an Hauptamtliche delegiert, bei denen die Tendenz besteht, daß

sie politische Zugeständnisse machen, wenn ihr grün- oder Staatsknete-abhängiger Arbeitsplatz in Gefahr gerät. Wehren wir den Anfängen des „Wes Brot ich freß, des Lied ich sing" und verhindern, daß sich die Bewegung selbst mit dem grünen Geldsack erschlägt!

Die Europaratskampagne war der zweite Diskussionspunkt, der die Gemüter erhitzte (siehe dazu den Beitrag in dieser Ausgabe). Deshalb nur soviel: Der BUKO lehnte nach längerer Debatte ab, aus der Europaratskampagne auszusteigen. Ein Großteil der Anwesenden war zwar nicht unbedingt für die Kampagne. Es wurde aber überwiegend taktisch argumentiert: diese Kampagne sowieso schon vorbei, und der BUKO dürfe jetzt nicht die BündnispartnerInnen, wie z.B. die Hilfsorganisationen durch einen Austritt vor den Kopf stoßen.

Überhaupt gab es einige auf dem Kongreß, die nicht verstehen konnten, was an einer Regierungskampagne so bedenklich sein soll...

Dies könnten ihnen z.B. die linken Gewerkschaften und Organisationen erklären, die an der lateinamerikanischen Verschuldungskonferenz im Januar in Lima teilgenommen haben. Dort und anderswo wird mit dieser Kampagne herrschende Politik gemacht, um den Widerstand zu integrieren und ihm die Spitze zu brechen, nach dem Motto: „Nord und Süd, der Banker und der Campesino sitzen alle in einem Boot". Die Ursachen und Auswirkungen des mörderischen Weltmarkttangos werden damit verschleiert, die wahren Schuldigen reingewaschen, und Organisationen wie der BUKO werden dabei als Feigenblatt benutzt. Der BUKO kann sich durch die Teilnahme an solchen Kampagnen der Verursacher des Elends nur gründlich in den Augen der Befreiungsbewegungen und fortschrittlichen Organisationen in der Peripherie (und auch in den Metropolen) diskreditieren. Glücklicherweise kam nach einigen Turbulenzen noch ein Antrag durch, in dem der BUKO beschloß, sich künftig nicht mehr an Regierungskampagnen zu beteiligen.

Plenumsdiskussionen mit mehreren Hundert TeilnehmerInnen auf dem BUKO sind sicher immer schwierig. Im Gegensatz zum letzten Jahr in Fulda gab es jedoch diesmal keine Workshops oder AGs direkt zur IWF/Weltbank-Kampagne, deren Ergebnisse dann ins Plenum eingebracht worden wären. Daraus sollten wir für künftige BUKOs lernen. Das Versäumnis lag sicher aber auch mit daran, daß der Koordinationskreis Verschuldung (KOV) des BUKO durch die Kampagne überfordert war, und darunter die Vorbereitung des BUKO zu leiden hatte. Dazu kamen noch eine Schwächung des BUKO-KA, der zweitweise nur noch von drei bis vier Gruppen getragen wurde und die nervigen Diskussionen über die Europaratskampagne, die uns viel Zeit und Kraft gekostet haben. Diese Zeit und Kraft wäre sinnvoller in die IWF/Weltbank-Kampagne investiert worden. Auf diese Weise hat der BUKO leider einen Teil seiner Vorreiterrolle und seines Einflusses auf die IWF/Weltbank-Kampagne verspielt.

Darüber soll jedoch nicht vergessen werden, daß in 22 AGs teilweise sehr gute Diskussionen abliefen, die, wenn sie auch nicht ins Plenum getragen wurden und den Kongreß beeinflußten, doch ihre Wirkung in der Zukunft haben werden. So wurde von der Frauen-AG die Einrichtung eines Frauenreferats beim BUKO beschlossen.

Die AG „Revolutionen im Würgegriff des Weltmarkts" war eine der größten auf dem zwölften BUKO. In der AG wurde anhand der Lage im Südlichen Afrika bzw. in Mittelamerika festgestellt, daß eine revolutionäre Bewegung nicht nur die Contra oder Pinochet zum Gegner hat, sondern auch den kapitalistischen Weltmarkt. Als Einstieg in dieses Thema und als Grundlage für die Entwicklung möglicher Gegenstrategien dienten dabei die Vorstellungen Che Guevaras, die er nach der Revolution in Kuba zur Diskussion stellte, und die leider heute wieder in Vergessenheit geraten sind. Menschen aus 30 Gruppen erklärten in der AG ihr Interesse und ihre Bereitschaft, an diesem Thema weiter zu arbeiten und als nächstes ein Seminar dazu durchzuführen. Auch das Thema „EG-Binnenmarkt und seine Auswirkungen" wird sicher zunehmende Bedeutung erlangen, auch wenn der Antrag, dies zum Thema des nächsten BUKO zu machen, knapp unterlag.

Den Zuschlag für den nächsten BUKO erhielt mit knapper Mehrheit das Thema „Kultur und Widerstand". Begründet wurde dies u.a. mit der Kritik an der Kulturlosigkeit der Linken, dem Kulturprogramm auf den BUKOs einschließlich des zwölften BUKO und dem Ablauf der Aktionen rund um den BUKO. Ich würde es begrüßen, wenn Kultur nicht mehr nur als notwendiges Anhängsel einer Veranstaltung begriffen würde. Doch glaube ich nicht, daß ein Kultur-BUKO dazu der richtige Weg ist. So etwas sollte auf Workshops das ganze Jahr über stattfinden. Ich bin jedenfalls immer mehr für das massenhafte Ausüben von und nicht für das Reden über Kultur.* Aber lassen wir uns überraschen.

Womit wir bei den Aktionen rund um den BUKO wären. Die Idee dazu fand ich hervorragend. Über die Durchführung muß ich allerdings meine Enttäuschung ausdrücken. Hauptdilemma war die mangelnde Vorbereitung durch die BUKO-Gruppen, und die anvisierte massenhafte Beteiligung aus dem Frankfurter Raum ließ auch schwer zu wünschen übrig. Dabei lieferte die Frankfurter City nun wirklich genug Anknüpfungspunkte für Aktionen, angefangen von den Bankenzentralen über die US-Botschaft, die CIA-Zentrale in Europa, Abschiebeplatz für Flüchtlinge, Drehscheibe des weltweiten Frauenhandels (die BRD hat nach wie vor die UNO-Resolution gegen Menschenhandel nicht unterzeichnet!!!), Sextourismus bis hin zu Degussa und der Atomcity in Hanau. Peinlich wurde es aber, als die blutrünstigen „US-Vampire" bei einer der Aktionen vor dem US-Konsulat nach dem Auftauchen der Polizei sorg- und klanglos die Flucht ergriffen, ohne auch nur den ersten Aufruf abzuwarten oder sich z.B. flexibel in die Warteschlange vor dem Konsulat einzureihen. Auch sonst waren die Aktionen vor der Dresdner Bank, V.D.O., McDonalds, einem Reisebüro (Sextourismus) oder der Kleinmarkthalle (Agrarexportgüter aus der Peripherie) ziemlich lasch.

So etwas läßt sich in Zukunft jedoch hoffentlich durch längerfristige Vorbereitung und vorherige Diskussion in den Gruppen vermeiden. Vorausgesetzt, wir begreifen solche Aktionen am Rande des BUKO nicht mehr nur als lästige Pflichtübung...

Ein Höhepunkt des BUKO war sicher der Beitrag des fast schon legendären Führers der peruanischen Landarbeitergewerkschaft CCP, Hugo Blanco, der seit über 30 Jahren für die Rechte der Besitzlosen kämpft und dafür etliche Jahre im Gefängnis zubringen mußte. Seine Hinrichtung konnte damals nur durch eine breite Solidaritäskampagne verhindert werden. Mich hat vor allem seine Fähigkeit beeindruckt, als Internationalist die Diskussionen und Problemstellungen, mit denen er auf seiner Europatournee in Berührung kam, postwendend in seinen Vortrag zu integrieren. Diese Fähigkeit, die nur zu selten anzutreffen ist, ist die Voraussetzung für eine fruchtbare internationale Diskussion der Linken, die mehr als überfällig ist, Marx sei's geklagt. In diesem Punkt der internationalen Diskussion sind uns die Multis zur Zeit voraus!

Die Berichte aus den AGs und die für Sonntag angesetzte Diskussion über die Weiterarbeit in der IWF/Weltbank-Kampagne fielen dem Referat von Herbert Schui und der quälenden Prozedur der KA-Wahlen zum Opfer, nachdem sich zunächst nicht genügend Gruppen für die KA-Wahl bereit erklärt hatten (auch das iz3w verweigerte bedaulicherweise die Mitarbeit im KA). Der KA besteht jetzt aus folgenden Gruppen: Dritte Welt Laden Mannheim, ILA, Akafrik, FDCL, Süd-Nord-Laden Freiburg, Eine Welt Laden Tupac Amaru Bremen und dem Sozialpolitischen AK Hamburg. Der AK Entwicklungspolitik aus Böblingen, der einen Linksrutsch des BUKO durch seine Kandidatur verhindern wollte, fiel bei der Wahl klar durch. Durch ein hin und her kam es dann nicht mehr zu einer Diskussion über die weitere Arbeit der Kampagne, worauf einige extra zu dieser Diskussion am Sonntag Angereiste frustriert wieder abzogen.

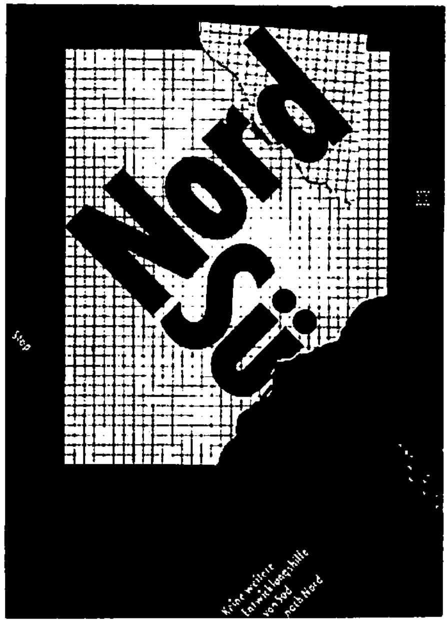
Insgesamt waren auf diesem 12. BUKO mehr Gruppen vertreten denn je zuvor bei einem BUKO. Dies läßt für die Zukunft und die IWF/Weltbank-Kampagne hoffen. In diesem Sinne auf ein Wiedersehen in Berlin-West...

Wolfram Treiber

* **wir lassen uns davon nicht abhalten: die nächste Ausgabe der „blätter" hat den Schwerpunkt „Kultur" (die Red.)**

Kommentar





Die Nord-Süd-Kampagne des Europarates

"Guten Tag Welt"

Die Kampagne des Europarats soll Bürger und Politiker wachrütteln", hieß es in der Pressemeldung des Organisationskomitees. Diese Bewußtseinskampagne von „nie zuvor erreichter Breite" sollte allen klarmachen, „in welchem Maße sie selbst die Beziehung zur anderen Hälfte beeinflussen und welchen Einfluß die Entwicklung dort auf uns hat."

Diese Kampagne verdanken wir den Regierungen der 21 Mitgliedsstaaten des Europarats. Das Geld sollte von den Regierungen kommen, die Bürger sollten dann in vielen bunten Aktionen ihr Bewußtsein verändern. „Entscheidend für den Erfolg oder Mißerfolg der Kampagne aber wird das Engagement der Bürger sein," hieß es in der Ankündigung. Und weiter war dann zu lesen: „Bis die Kampagne im Mai ihren Höhepunkt erreicht, soll ein breit gefächertes Themenspektrum in der Öffentlichkeit behandelt werden. Die sieben vom Europarat vorgeschlagenen Bereiche: Handel, Landwirtschaft, Natur- und Umweltschutz, Verschuldung, Entwicklungshilfe, Arbeitsplätze und internationale Arbeitslosigkeit sowie soziokulturelle Beziehungen. Sie gelten als Eckpfeiler im Nord-Süd-Verhältnis. Die Umsetzung erfolgt in Seminaren, Ausstellungen, Konzerten, Podiumsdiskussionen, Journalistenwettbewerben und durch vielfältiges Informationsmaterial. Die Pfarrer und Pastoren werden den Nord-Süd-Konflikt in die Kirchen tragen und die Gewerkschaften ihn auf ihre Fahnen schreiben. Ein bundesweiter Plakatwettbewerb mit anschließender, zeitgleicher Eröffnung von 500 Ausstellungen in der gesamten Republik soll einen zusätzlichen Aktionsschub auslösen."

Doch die Bürger in den Kommunen waren nicht ganz so euphorisch.



Die Nord-Süd-Kampagne wurde nie richtig geboren. Die Regierungen der EG-Mitgliedstaaten hatten wohl gedacht, es würde reichen, ein paar Millionen Steuergelder auf den Tisch zu legen, um den Unmut über ihre menschenverachtende Wirtschafts- und Entwicklungspolitik im Zaum zu halten. Das Geld versickerte in Verwaltung und Festakten, die „Bürger" bekamen außer ein paar kostenlosen Broschüren mit zweifelhaftem Inhalt wenig zu sehen. Schon die geplanten Aktionen und Vorschläge, das Thema Nord-Süd-Beziehungen in die Öffentlichkeit zu bringen, ließen weit blicken: Unter anderem sollte mit den zur Verfügung stehenden Geldern der Song von Sting: „One world is enough for us all" als Video-Clip herausgebracht werden. Die Experten tagten in Lichtenstein zum Thema Verschuldung, mit drei deutschen Teilnehmern, in Köln sollte eine Veranstaltung mit der „International Art Show for the End of World Hunger" stattfinden, unter Anwesenheit des österreichischen Botschafters sowie einer „Vertreterin des Südens" (wie es im Protokoll heißt).

König Juan Carlos, der Schirmherr der Kampagne und Oberhaupt von Spanien, sprach den Zweck der Kampagne offen aus. In seinem Anruf an alle Europäer sagte er: „Die Kampagne soll dazu dienen, daß die Mehrheit der EUROPÄER Hoffnung auf eine bessere Zukunft schöpft, in der die Solidarität und der Geist der Zusammenarbeit, die Egozentrik und die Engherzigkeit besiegen werden."

In einer Sonderausgabe der Zeitung „Das Parlament" zur Kampagne gab Bundesminister Jonny Klein wieder reihenweise Unverschämtheiten zum Besten. Er versuchte, die Bühne zur Reinwaschung des bundesdeutschen Kapitals und der IWF-Politik zu benutzen. Unter der zynischen Überschrift: „Wer nichts verkaufen kann, kann auch nichts kaufen", schrieb er.

„Der Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland mit 15 Millionen Niederländern ist größer als der mit 3,5 Milliarden Menschen in den Entwicklungsländern. Daß dies junge Menschen bei uns mit unverbildetem Gerechtigkeitssinn, jedoch nicht nur sie, empört und in einen moralisch motivierten Antagonismus gegen Staat und Wirtschaft zu treiben vermag, ist verständlich. Dem dürfen wir nicht mit falschen Rechtfertigungen begegnen. Wir sollten vielmehr gemeinsam mit ihnen — ungeachtet ihrer oft einseitigen Indoktrination oder schiefen Argumentation — den Weg von der theoretischen Einsatzbereit-

schaft zur praktischen Opferbereitschaft einschlagen.

Hier erscheint mir ein Appell an Banken und Industrie der Bundesrepublik Deutschland angebracht, mehr eigene Initiativen zu ergreifen, mehr Risikobereitschaft zu zeigen, mehr Ideenreichtum zu entwickeln und ihr Engagement weniger abhängig zu machen von staatlicher Entwicklungshilfe. Eine Anzahl erfolgreicher Beispiele dafür gibt es bereits. Ich teile die Meinung von Bundespräsident Richard von Weizäcker, daß das Schulden-Problem kein Schuld-Problem ist. Deshalb kann es auch nur gemeinsam von Gläubigern und Schuldnern gelöst werden. Hier hat das deutsche Kapital auf Grund seiner Timidität natürlich einen wesentlich geringeren Anteil am Zustandekommen des Problems als etwa das aggressive amerikanische Kapital.

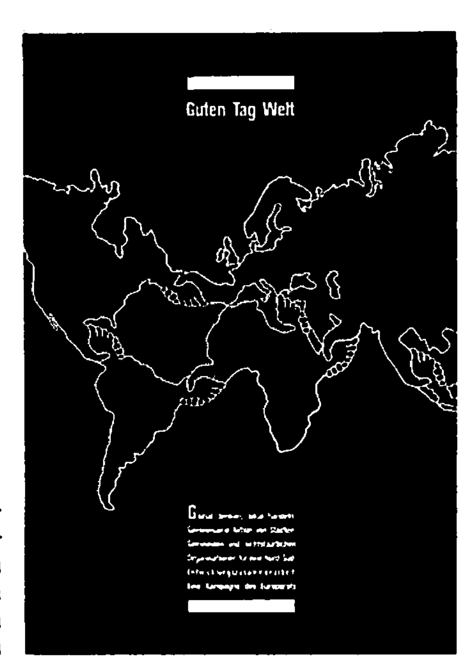
Die meisten afrikanischen Staaten haben die Auflagen von Weltbank und Internationalem Währungsfonds akzeptiert, um ihre Volkswirtschaften zu liberalisieren und so die teilweise verheerenden Folgen von Naturkatastrophen, Krieg oder auch selbstverschuldeten wirtschaftlichen Fehlentwicklungen zu überwinden. Die Bedingungen, unter denen ihnen multilaterale oder bilaterale Hilfe gewährt wurde, waren oft häufig so hart, daß die Staatsführungen für ihre Durchsetzung ein Maß an Mut aufbringen mußten, wie er für weit geringfügigere und weit weniger schmerzhafte Entscheidungen in westlichen Industrienationen von den politischen Führungen kaum

NORD

SÜD

mehr aufgebracht wird. Hier zielt deshalb ein wesentlicher Teil unserer Entwicklungshilfe auf **Abfederung** (Hervorhebung durch den Autor) dieser Maßnahmen ab, nicht um die Auflagen zu unterlaufen, sondern um ihre Erfüllung überhaupt zu ermöglichen." (Das Parlament, Nr. 14–15/ 88 S. 5)

Im BUKO hingegen stritt man zu dieser Zeit darum, ob die im Kampagnenprospekt aufgetauchte Formulierung, staatliche Entwicklungshilfe könne einen positiven Beitrag leisten, dadurch „abgefedert" werden



kann, daß diese Aussage anschließend relativiert wird: „Sie (die Entwicklungshilfe) hat freilich – trotz beachtlicher Leistungen im Einzelnen – die strukturellen Ungleichgewichte nicht zu beseitigen vermocht und ist mit der Erwartung, daß sie dies könnte, auch prinzipiell überfordert." Dieser Satz ist klasse – im Drahtseilakt um die „Politikfähigkeit" und die Zusammenbringung von BMZ bis BUKO gehen die Inhalte vollständig verloren. Und das zeichnet die Nord-Süd-Kampagne aus.

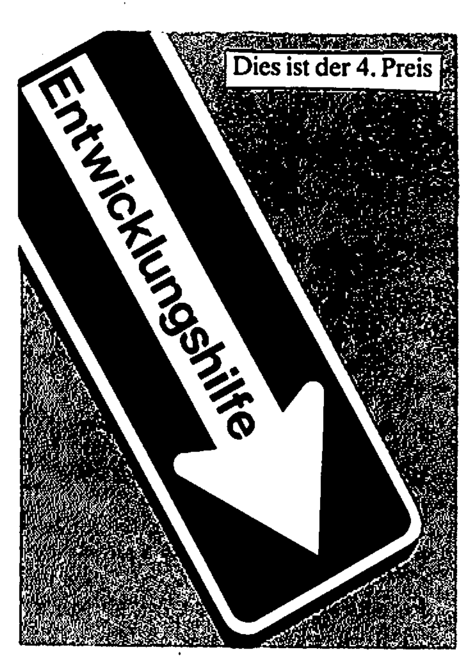
Nach und nach seilten sich die meisten Organisationen aus den Vorbereitungen ab oder zeigten mangelnde Initiative. Der DGB machte entgegen seinen Zusagen auf den Maikundgebungen das Thema Entwicklungspalte nicht zum Schwerpunkt. Das ZDF plant bereits für November 1990 eine Dritte-Welt-Woche und war angeblich deshalb zu keinem Beitrag bereit. Nur im Dritten Programm des Bayrischen Rundfunks lief im Spätprogramm des 24. Mai eine Sendung zur Kampagne. Die prämierten Plakate des großangekündigten Plakatwettbewerbs, die die Deutsche Städtereklame für 490 000 DM bundesweit plakatieren wollte, waren in vielen Städten überhaupt nicht, in anderen nur an den abgelegensten Stellen zu finden, die sonst kein Unternehmen anmietet. Immerhin bildeten sich in 25–30 Städten sogenannte Süd-Nord-Foren als Zusammenschluß verschiedener Gruppen, so z.B. in Rheine und Erfstadt. Auch in den Schulen schien keiner die Kampagne ernst zu nehmen. Schulleitungen verwiesen bei Nachfragen darauf, daß das Thema Entwicklungspolitik im Rahmen des normalen Unterrichts ohnehin durchgenommen würde. In vielen Ortsgruppen der beteiligten Trägerorganisationen wußte überhaupt niemand von einer Kampagne. Und parteipolitisch ergab sich das übliche Bild: CDU und FDP versuchten die Kampagne zu verschweigen oder umzudrehen. Die CDU-Fraktion zur Nord-Süd-Kampagne:

„Nach Auffassung meiner Fraktion sind die wesentlichen Entwicklungshemmnisse hausgemacht. Sie müssen daher von den jeweiligen Ländern selbst durch wirtschaftliche, soziale und politische Reformen überwunden werden. Hierbei sollen die westlichen Industrieländer Hilfestellung anbieten. Für andere ist z.B. die bestehende Weltwirtschaftsordnung die entscheidende Ursache für die Unterentwicklung; und es gibt Theorien, in denen der Weiße Mann schlichtweg für alles verantwortlich gemacht wird."
(Stellungnahme der CDU/CSU-Fraktion zum Nord-Süd-Konflikt, in: Das Parlament Nr. 14–15/88, S. 16)

Die GRÜNEN verschliefen die Kampagne vielerorts, nur die SPD sah eine Chance, sich mit dem Thema Entwicklungspolitik zu profilieren.

Was tatsächlich bei der Nord-Süd-Kampagne herauskam, war entsprechend und reichte von der Tropical-Disco in Kehl im Rahmen der Nord-Süd-Kampagne bis zu der Prämierung im gemeinsamen Plakatwettbewerb.

Wir veröffentlichen nebenstehend die prämierten Plakate, die aus vier „Fachpreisrichtern" und drei „Entwicklungspolitikern" bestehende Jury auswählte. Das Plakat mit dem Titel „Guten Tag Welt" gewann den Wettbewerb.



Was will uns dieses Plakat sagen?

Ist die Entwicklungshilfe eine Einbahnstraße von Nord nach Süd? Geht es in der Entwicklungshilfe den Bach runter? Oder was? Dieses Plakat könnte den 7. Preis beim Schülerwettbewerb des ADAC zum Thema:„ Wir malen Verkehrsschilder" gewonnen haben. Vielleicht gab es ja auch nur fünf Einsendungen. Hoffen wir das. Der ganze Spaß kostete allerdings 120.000 DM aus der Kampagnenkasse. Angeblich sind die Aussagen „recht genauer Ausdruck des

Diskussionsstandes zu diesen Problemfeldern“ (terre des hommes 2/88). Vielleicht hätte man die Jury doch aus drei Graphikern und vier Entwicklungspolitikern zusammensetzen sollen. Oder die Jury hätte das Thema länger diskutieren sollen.

Die Bevölkerung der „Dritten Welt“ sollte sich jedenfalls nichts von dieser Kampagne erhoffen. Die Funktionäre der Kampagne feierten währenddessen in Madrid, festlich umrahmt von internationaler Prominenz.

Einen Hauch von Spannung bekam die Nord-Süd-Kampagne des Europarats durch die Weigerung des zuständigen Ministers Klein, dem BUKO die zugesagten Gelder zu genehmigen. Was Klein offenbar nicht erwartet hatte: Die anderen Organisationen des NRO-Netzwerkes gaben ihre Gelder aus Solidarität ebenso zurück. Dies ist ohne Zweifel politisch ein Erfolg. Leider geht dieser taktische Erfolg aber auf Kosten unserer Glaubwürdigkeit gegenüber der Bevölkerung in den verschuldeten Ländern. Wie wollen wir ihnen erklären, einerseits in einer Kampagne mitzumachen, in der wir gegen die Regierungspolitik der BRD, gegen die von IWF und Weltbank erzwungene Austeritätspolitik und Wirtschaftsliberalisierung kämpfen, andererseits aber in einer von den gleichen Regierungen initiierten Kampagne Inhalte zu vertreten, die im Grundsatz auf ein Fortbestehen der kapitalistischen Ausbeutungsstrukturen hinarbeiten?

Auf dem BUKO '88 wurde beschlossen, weiterhin in der Nord-Süd-Kampagne mitzumachen. Die Kampagne sei gar keine Re-



gierungs-Kampagne, wurde mehrheitlich festgestellt, und Positionen des BUKO seien nie aufgegeben worden.

Dagegen fiel der hauptsächliche Anlaß des BUKO-Treffens, die Diskussion und Durchführung der Anti-IWF-Kampagne weitgehend unter den Tisch. Während der BUKO in der Europaratskampagne weiterhin aktiv mitmischt, ziehen in der Vorbereitung auf die Berlin-Tagung inzwischen ganz andere Gruppen die Fäden.

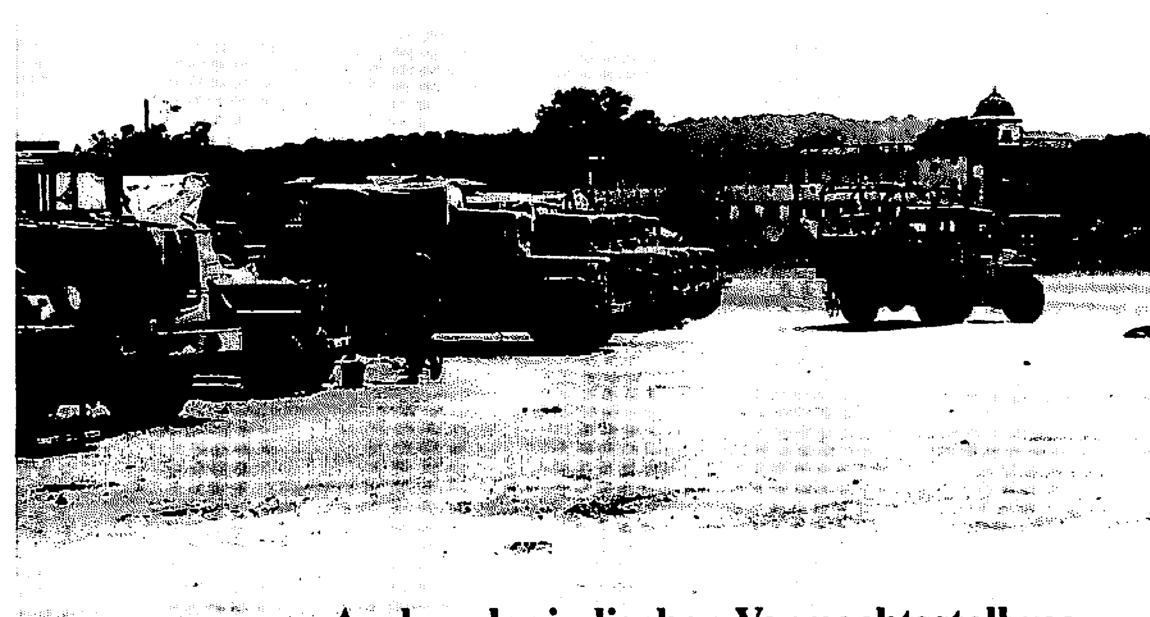
Die auf dem BUKO von der KA-Mehrheit vertretene Einschätzung, die Taktiererei in der Europaratskampagne hätte den „Hauptfeind“ Klein an die Wand gedrückt, gar isoliert, ist indes abwegig. Die Kriminalisierung des BUKO wird weitergehen, wenn der Minister und die „Sicherheits“-Behörden es für nötig finden.

Die anderen Partner der Europaratskampagne werden mit dem Verlauf der BUKO-Tagung zufrieden sein. Sie können auch in Zukunft mit dem BUKO rechnen. Daß allerdings jemals mehr dabei herauskommen wird als die schwammigen Aussagen oder die unverfänglichen Plakate dieser Nord-Süd-Kampagne, wage ich zu bezweifeln. Die Geschäftsbanken und den Minister werden die politische Kraft der 200 Demonstranten und die desolaten „vielfältigen“ Aktionen rund um den BUKO auch nicht sehr beeindruckt haben. Demonstranten, die bei roter Fußgängerampel stehen bleiben und auf grün warten, die sich schon nach der ersten Aufforderung durch die Polizei zerstreuen, werden sogar in unserem freiheitlich demokratischen Staat gern gesehen. Verändern werden sie NICHTS.

„Bratäpfel statt Ananas“ war das heimliche BUKO-Motto. Treffender als die Headline der FR hätte man es wirklich nicht bringen können: Guten Tag Welt — Gute Nacht BUKO.

uh

Die Anrainer lernen das Fürchten



Ausbau der indischen Vormachtsstellung

Südasien mit rund einer Milliarde Menschen ist eine Region tiefverwurzelter Feindschaften. Im Dezember 1985 schlossen sich die Regierungen der Länder Indien, Pakistan, Nepal, Bhutan, Bangladesh, Malediven und Sri Lanka, die sich immerhin für ein Viertel der Weltbevölkerung verantwortlich zeichnen, im 'Südasiatischen Verband für regionale Zusammenarbeit' (SAARC) zusammen, ohne allerdings damit altes Mißtrauen zu begraben. Seit der Entsendung indischer Truppen ins benachbarte Sri Lanka im Herbst letzten Jahres hat sich unter den Anrainerstaaten die Furcht vor indischem Großmachtstreben verstärkt. Allein schon aufgrund der Einwohnerzahl (mit 800 Millionen Menschen das zweitgrößte Land der Erde) gilt Indien als Hegemonialmacht des Subkontinents. Von der Landmasse her ist Indien dreimal, von der Bevölkerung her viermal so umfangreich wie alle anderen sechs der im SAARC vertretenen Staaten zusammen.

Beim Ausbau der Vormachtstellung spielt indischer Nationalismus, ebenso eine Rolle wie die real existierende Bedrohung von außen, die allerdings auch propagandistisch ausgenutzt wird. Schon Premierministerin Indira Gandhi verstand es geschickt, bei innenpolitischen Konflikten aller Art, die Schuld dafür „imperialistischen, reaktionären Mächten", dem CIA, Pakistan und China zuzuschieben. Ihrem Sohn Rajiv, einem ehemaligen Berufspiloten, dient das Argument der 'Umzingelung durch feindliche Kräfte' vor allem dazu, die massive militärische Aufrüstung des Landes zu rechtfertigen. Mit dem nuklearen Wettlauf zwischen den Erzfeinden Pakistan und Indien hat die Militarisierung der Region eine neue Qualität erreicht. Der Technokrat Rajiv Gandhi macht seit seiner Regierungsübernahme 1984 Anstrengungen, durch Computerisierung und Technisierung das 'rückständige', ländliche Indien möglichst gleich ins 21. Jahrhundert zu katapultieren. Angesichts eines Heeres von mehreren hundert Millionen Arbeitslosen und Armen nicht nur ein unmögliches, sondern auch heftig kritisiertes Vorhaben. Während Indien wirtschaftlich und militärisch bereits in andere Länder der 'Dritten Welt' expandiert, gilt das Land im Westen als noch zu erschließender, profitversprechender Absatzmarkt für zivile und militärische Produkte.

Die Intervention in Sri Lanka

Bei einer der größten Luftoperationen nach dem Zweiten Weltkrieg flog die indische Luftwaffe im Oktober letzten Jahres innerhalb von zwei Wochen 4.100 Transporte — Kriegsgerät und Soldaten — vom südindischen Madras in den einige hundert Kilometer entfernten Norden Sri Lankas. Dort hatten die Inder am 10. Oktober eine Militäroffensive gegen die Tamilenguerilla 'Liberation Tigers of Tamil Eelam' (LTTE) begonnen. Während des fünf Wochen anhaltenden Krieges wurden nach tamilischen Angaben mehr als eintausend Zivilpersonen und etwa die gleiche Zahl indischer Soldaten getötet. Offizielle indische Stellen sprechen von 1.200 getöteten LTTE-Kämpfern und 350 gefallenen indischen Soldaten. Die Regierung in Neu Delhi begründete das militärische Vorgehen mit der Verletzung des am 29. Juli '87 zwischen Rajiv Gandhi und Sri Lankas Präsi-

dent Jayewardene geschlossenen 'Friedensabkommens' durch die LTTE. Diese habe durch Angriffe auf rivalisierende Tamilenorganisationen, die das Abkommen unterstützten, und auf singhalesische Volksangehörige deutlich gezeigt, daß sie nicht bereit sei, sich in den „politischen Hauptstrom" einzuordnen. Seitdem ist es erklärte Absicht Delhis, der LTTE das Rückgrat zu brechen, auch indem Tote unter der tamilischen Zivilbevölkerung, die zu retten das Abkommen eigentlich hätte dienen sollen, in Kauf genommen werden.

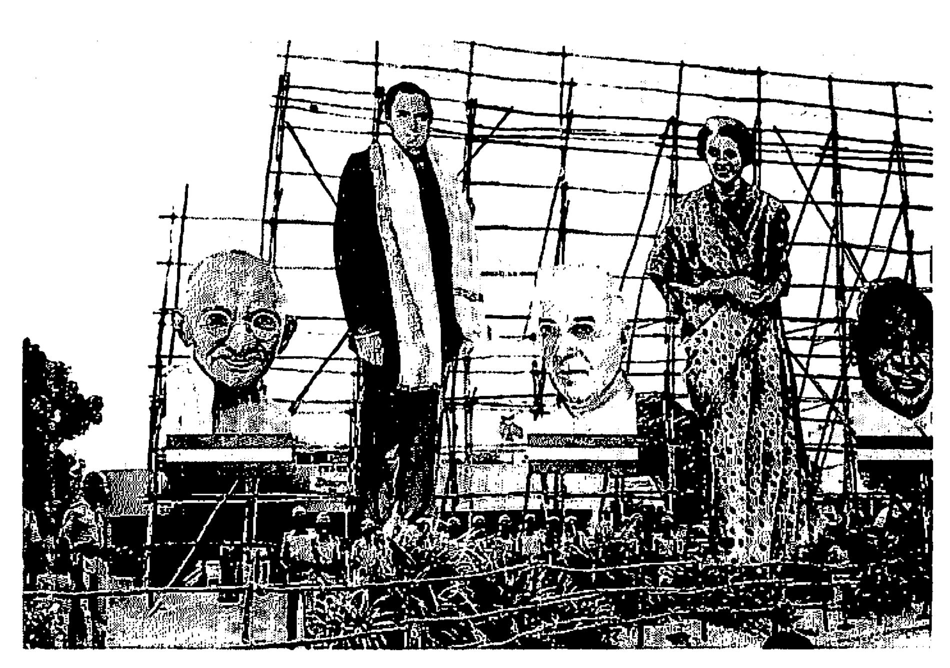
Mindestens 80.000 Soldaten der 'Indian Peace Keeping Force' (IPKF) — das ist Zweidrittel der Stärke der sowjetischen Truppen in Afghanistan — sind dabei, in den tamilischen Nord- und Ostprovinzen Sri Lankas „Recht und Ordnung" wiederherzustellen. Trotz aller Schwierigkeiten, die eine konventionelle Armee gegen die nach der 'Hit and Run' Taktik operierenden Guerilla hat, ist bei weiteranhaltender Unterbindung der Waffennachschubwege per See ein Sieg über die Guerilla letztendlich eine Frage der Zeit. Damit wären jedoch weder die Herzen der tamilischen Bevölkerung gewonnen noch ein stabiler politischer Erfolg.

Die Tatsache, daß die zunächst von den Tamilen als 'Friedensbringer' begrüßten indischen Truppen schon wenige Wochen nach Einmarsch in die Rolle einer Besatzungsarmee überwechselten, die Tamilen tötet statt sich als neutraler Puffer zwischen tamilische und singhalesische Siedlungsgebiete zu stellen, macht deutlich, daß Neu Delhi mit der Unterzeichnung des „Friedensvertrages" von Beginn an vor allem eigene geostrategische und -politische Ziele in der südasiatischen Region verband.

Mit der militärischen Intervention im Nachbarstaat Sri Lanka steht nun Indiens Ansehen weltweit auf dem Spiel. 2,5 Millionen Tamilen, deren Befreiungsbewegung jahrelang von Indien mit Ausbildungscamps und Waffen unterstützt wurde, fühlen sich heute von Rajiv Gandhi verraten und verkauft. In Indien selbst, vor allem im südindischen Bundesstaat Tamil Nadu (60 Millionen Tamilen leben dort) nimmt der Widerstand gegen Indiens Krieg gegen die „tamilischen Brüder und Schwestern" auf Sri Lanka zu. Im Süden Sri Lankas läuft die nationalistische singhalesische Opposition Sturm gegen das 'Friedensabkommen', das als Ausverkauf von Sri Lankas Souveränität an die „aggressive imperialistische Macht Indien" bezeichnet wird.

Rüstung auf Hochtouren

Indien hat sich sowohl als Sprecher der Blockfreien Bewegung als auch mit Solidaritätsbekundungen zur Unterstützung Nicaraguas und gegen die Apartheid in Südafrika Ansehen als „anti-imperialistische, neutrale" Nation verschafft. Traditionell gut sind die Beziehungen zur Sowjetunion, mit der Indira Gandhi 1972 einen Freundschaftsvertrag abschloß. Seit 1984 Rajiv Gandhi die Nachfolge seiner ermordeten Mutter angetreten hat, bemüht sich die



Mit der Tradition von Gewaltfreiheit hochgerüstet in die 90er Jahre.

Indische Rüstungseinkäufe im westlichen Ausland während der letzten Jahre:

■ Im Juli 1984 wird zwischen dem indischen Verteidigungsministerium und Messerschmidt-Boelkow-Blohm (MBB) ein Vertrag abgeschlossen. Danach entwickelt Hindustan Aeronautics LTD mit MBB-Hilfe einen eigenen Hubschrauber, dessen Gesamtentwicklung bis zur Serienreife bis 1991 abgeschlossen sein soll.
■ Ende 1985 übernimmt die indische Marine zwei Fregatten der 'Godavari'-Klasse, die nach britischem Modell auf der Magazon-Werft in Bombay gebaut und mit Waffen aus der Sowjetunion und verschiedenen westlichen Ländern ausgerüstet wurden.
± 1985 liefert die deutsche Firma Dornier fünf Militärflugzeuge DO 228, fünf weitere sollen in Lizenz in Indien nachgebaut werden. Wegen auftretender Probleme — die Inder werfen Dornier vor, wichtige Ersatzteile nicht zu liefern — stagniert derzeit das 400-Millionen-Dollar-Geschäft.
■ Im März 1986 schließen die schwedische Rüstungsfirma Bofors und das indische Verteidigungsministerium einen Vertrag ab über 400 Feldhaubitzen 77 B im Gesamtwert von einer Milliarde Dollar. 1987 wird bekannt, daß Bonfors dabei 45 Millionen Dollar Bestechnungsgeld an indische Agenten gezahlt haben soll.
■ Im September 1986 übernimmt die indische Marine das bisher größte bei Howaldtswerke Deutsche Werft (HDW) gebaute U-Boot des Typs 1500 mit einer Wasserverdrängung von 1.800 Tonnen (abgetaucht); drei weitere U-Boote desselben Typs sollen folgen, davon zwei in Bombay gebaute. 24 Millionen Dollar Schmiergeld sollen bei Vertragsabschluß 1981 durch HDW an den damaligen indischen Marinechef gezahlt worden sein. HDW spricht von einer siebenprozentigen „Provision".
■ Ende 1987 willigen die USA ein, der Indian Air Force elektronische Ausrüstung für Kampfflugzeuge zu liefern.
■ Im November 87 reist Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident J. Rau mit Vertretern der deutschen Industrie, u.a. Krupp, Mannesmann, Nixdorf, MAN, Gutenoffnungshütte, Schloemann-Siemag nach Indien.
■ Im März 88 findet in Neu Delhi die 'Technogerma', die seit Jahren größte im Ausland gezeigte deutsche Industrieausstellung statt.
■ Das bundesdeutsche Luft- und Raumfahrtunternehmen DF VLR arbeitet seit einem Abkommen von 1972 mit dem für Indiens Luft- und Raumfahrttechnik zuständigen ISRO Institut zusammen, das auch für Indiens militärische Forderung zuständig ist.
■ Das indische Militär verfügt über die Raketensysteme EXOCET und MILAN aus deutsch-französischer Kooperation (MBB)
■ MAN liefert schwere, geländegängige Lastwagen
■ Der von den Briten im Falklandkrieg eingesetzte Flugzeugträger 'Hermes' ist von der indischen Marine erworben und in Großbritannien mit neun Waffenleit- und Radarsystemen ausgestattet worden.
■ Frankreich liefert 40 Mirage 2000 Kampfflugzeuge im Gesamtwert von 1,2 Milliarden US-Dollar.
■ Der in Indien produzierte Panzer 'Arjun' (55 Tonnen) mit 120 mm Kanonen und MTU-Motoren soll bis 1990 den sowjetischen T-72 als Hauptpanzer der indischen Armee ablösen.
■ in Großbritannien sind 20 Sea King Hubschrauber und 19 Sea Harrier Flugzeuge, beide mit Schiffsabwehr-Raketensystemen ausgerüstet, bestellt.

Congress(I)-Regierung jedoch deutlich um eine Verbesserung zum Westen in politischer, wirtschaftlicher und militärischer Hinsicht. Die USA und Großbritannien sind Indiens wichtigste Handelspartner. Für Großbritannien und Frankreich rangiert Indien unter den ersten fünf Empfängerländern bei Großwaffenexporten.

„Wir sind Blockfreie", sagte Premierminister Rajiv Gandhi im August letzten Jahres, „deshalb muß jede Festigung der Beziehung zur Sowjetunion von Bemühungen zur Stärkung der Bande mit den USA begleitet werden."

Das „Friedensabkommen" mit Sri Lanka wurde sowohl von den Westmächten als auch vom Ostblock begrüßt. Vermutet wird, daß es nicht ohne vorausgegangene Konsultierung der Supermächte zustande gekommen ist. Die Entwicklung an der Südspitze des indischen Subkontinents läßt darauf schließen, daß sowohl die USA als auch die Sowjetunion Indiens Interessen als regionale Großmacht Südasiens akzeptiert haben. Jack Kemp, Mitglied des Asien-Ausschusses im US-State-Department nennt Indien eine „emporkommende Großmacht", mit der die USA ihre Beziehungen verbessern sollten. „Indien spielt eine wichtige Rolle, um Frieden und Stabilität in der Region aufrechtzuerhalten. Es wird in wirtschaftlicher und wahrscheinlich militärischer Hinsicht eine Großmacht werden."

Am 26. Januar, dem 39. Jahrestag der Republik Indien, stellte die Regierung ihr militärisches Potential zur Schau. Sportlerische und kulturelle Darstellungen rückten bei der Parade, die Sri Lankas Präsident Jayewardene als Ehrengast verfolgte, im Vergleich zu früheren Jahren völlig in den Hintergrund. Witwen von auf Sri Lankas Schlachtfeld gefallenen Soldaten wurden geehrt, besonders heldenhafte Soldaten mit Preisen ausgezeichnet. Während der Feierlichkeiten wurden unter anderem schwedische Feldhaubitzen aufgefahren, die seit über einem Jahr Schlagzeilen machen.

Rund 80 Millionen DM an Bestechung soll die schwedische Rüstungsfirma Bofors einem indischen Agenten mit guten Beziehungen zur Congress-Regierung gezahlt haben, um den Vertrag unter Dach und Fach zu bringen. Aufgefahren wurde auch der Prototyp des in Indien gebauten 'Arjun'-Panzers, bestückt mit 120 mm Kanonen und Motoren der bundesdeutschen 'Motoren Turbinen Union' (MTU), der 1990 den derzeit noch vorherrschenden T-72 Panzer aus der Sowjetunion ablösen soll.

Im Widerspruch zum Image als 'Friedensnation' hat Indien die größte Militärindustrie aller 'Dritte-Welt-Länder' aufgebaut. Von 1984 bis 1988 wurde der indische Verteidigungshaushalt um 100 Prozent aufgestockt. Er beträgt für das laufende Jahr umgerechnet 18 Milliarden DM und macht fast ein Viertel des Gesamtbudgets aus. Als während einer Haushaltsdebatte Oppositionspolitiker die hohen Rüstungsausgaben kritisierten, wurden sie von Premierminister Rajiv Gandhi als „Staatsfeinde" bezeichnet, die Indiens Sicherheitsinteressen aufs Spiel setzen wollen. Mit 3,5 Millionen Soldaten verfügt das Land des Mahatma Gandhi über das viertgrößte Heer aller Nationen, nach China, der UdSSR und den USA. 300.000 InderInnen verdienen in mehr als 50 staatlichen Rüstungsbetrieben ihren Lebensunterhalt, weitere 1,5 Millionen in privaten Unternehmen. Für das laufende Haushaltsjahr sind 4 Milliarden DM für die Entwicklung und Produktion eigenen Kriegsgerätes bereitgestellt. Etwa 10 Prozent davon, Güter im Wert von 100 Millionen DM werden exportiert. Nach Ansicht von Militärexperten besteht jedoch keine Aussicht, daß Indien in naher Zukunft bei den am weitesten entwickelten Militärsystemen vom Ausland unabhängig wird. Die Abhängigkeit ist besonders groß beim Flugzeugbau, in vielen Fällen ist die einheimische Rüstungsproduktion zudem wesentlich kostspieliger als die entsprechende Produktion in den Metropolen. Von 1986 bis 1990 sollen Waffen im Gesamtwert von 100 Milliarden DM importiert werden. Technisches Know How, Produktionslizenzen und Rüstungsgüter werden in der ganzen Welt eingekauft. In der Statistik des schwedischen Friedensforschungsinstituts SIPRI taucht Indien im Zeitraum 1982—86 als drittgrößter Großwaffenimporteur aller 'Dritte Welt' Länder (nach Irak und Ägypten) auf, mit einem Anteil von 9,5 Prozent an den Gesamtimporten aller 'Dritte Welt' Länder.



Zukünftige Soldaten für das 3,5 Mio. Heer?

Zwei drittel aller indischen Rüstungsimporte stammen aus dem Ostblock, vor allem der Sowjetunion. Von 1981 bis 86 wurden mit der Sowjetunion Verträge über Rüstungslieferungen im Wert von 180 Milliarden Rupien (12 Milliarden DM) geschlossen. Zunehmend bekundet die Regierung in Delhi jetzt aber Interesse an Militärtechnologien aus dem Westen.

Als lukrativer Nebeneffekt für alle Beteiligten hat sich bei Geschäften mit dem Westen die Praxis sogenannter 'Kick-back-deals' etabliert. Rüstungsfirmen zahlen Schmiergelder in Millionenhöhe an indische Agenten, um Exportaufträge der Regierung in Neu Delhi zu erhalten. Der Hauptteil der von den Liefer-Firmen als „Kommissionen" ausgewiesenen Bestechungsgelder fließt dann in die Kassen der regierenden Congress(I)-Partei. Die indische Tageszeitung 'The Hindu' berichtet am 30. April 1988 von Dokumenten, die beweisen, daß beim 2 Milliarden Mark-Auftrag über die Lieferung von 400 Haubitzen von der schwedischen Firma Bofors unter den Codenamen 'Moresco' und 'Pitco' eine achtprozentige Kommission an G.P. Hinduja, einen indischen Großindustriellen mit engen Verbindungen zur Congress(I) auf Schweizer Konten überwiesen wurden. Mit den solcherart in die Parteikasse umgeleiteten Steuergeldern des indischen Volkes finanziert die Congress(I) ihre Propagandamaschinerie und voluminöse Wahlkämpfe. Wann immer dem Volk ein neuer Rüstungseinkauf im Westen eröffnet wird, heißt es „Rajiv frißt unser Land auf."

Die bundesdeutschen Howaldtswerke Deutsche Werft (HDW) sollen beim Vertrag über 2 U-Boote 40 Millionen DM Bestechungsgelder („Kommission") gezahlt haben. Laut Pressemeldung vom 2. März 1988 hat die indische Regierung den Auftrag von zwei weiteren U-Booten auf unbestimmte Zeit verschoben mit der Begründung, Konstruktionspläne der Boote des Typs IKL 1500 seien an das südafrikanische Regime weiterverkauft worden. Die Pläne unterliegen in Teilen einem zwischen der Bundesregierung und Indien geschlossenen Geheimschutzabkommen.

Von Feinden umzingelt

Die Regierung in Delhi und ihre diplomatischen Vertreter in der ganzen Welt begründen die massive Aufrüstung mit der „Umzingelung Indiens durch feindliche Mächte." Gemeint sind die Staaten Bangladesh, China und Pakistan im Norden, bis zur Unterzeichnung des 'Friedenspaktes' galt auch Sri Lanka im Süden als potentieller

Feind. Vor der Intervention in Sri Lanka waren die indischen Truppen seit 1947 bei drei größeren Konflikten auf fremdem Territorium eingesetzt. 1971 hatte der Einmarsch der Inder in Pakistan zur Abspaltung Bangladeshs geführt, im selben Jahr halfen indische Soldaten der damaligen lankanischen Regierung Bandaranaike bei der Niederschlagung eines Jugendaufstandes. 1974 intervenierten die Truppen im Himalaya-Königreich Bhutan, dessen Außenpolitik seitdem von Indien bestimmt wird. Mit Pakistan und China wird permanent über den Grenzverlauf gestritten.

Die Niederlage der Inder im Kurzkrieg 1962 gegen China hat tiefe psychologische Auswirkungen hinterlassen. Die starke Militärpräsenz an der indo-chinesischen Grenze kostet das indische Volk derzeit täglich 3,7 Millionen DM, weitere 2,5 Millionen pro Tag verschlingen die immer wieder aufflammenden Kämpfe mit Pakistan in den 6.000 Meter hohen Gletschern des Himalaya bei Siachen, wo es um die von Pakistan kontrollierten Gebiete Kashmirs geht. Neu Delhi wirft Pakistan außerdem vor, Sikh-Extremisten im nordindischen Bundesstaat Punjab bei deren Separatismusbestrebungen zu unterstützen.

Punjab, die Kornkammer Indiens, gilt sowohl von indischer als auch von pakistanischer Seite her als Frontstaat. Durch ihn führen Verbindungswege für die indischen Truppen nach Kashmir. Khalistan, ein vom indischen Unionsterritorium abgetrennter Sikh-Staat, wäre zum einen rein ökonomisch eine Schwächung Indiens, zum anderen könnte er zum Vorbild für andere nach Autonomie strebenden indischen Volksgruppen werden. Seit Jahresbeginn sind im Punjab mehr als 900 Menschen umgekommen. Gegen die Militanz der Sikhs schlägt der indische Polizei- und Staatsapparat blindwütig zurück.

Um sich vom feindlichen Bangladesh im Nordosten abzuschirmen, will Indien noch in diesem Jahr im Bundesstaat Assam mit dem Bau einer massiven Grenzbefestigung beginnen. Auch der massive Ausbau der indischen Marine, derzeit die achtgrößte der Welt, ist — so indische Offizielle — als Antwort auf die wachsende Präsenz ausländischer Mächte im Indischen Ozean zu verstehen. Die Marine verfügt über 140 Schiffe, darunter zwei Flugzeugträger, 3 Zerstörer, 23 Fregatten, zahlreiche U-Boote und eine Flotte von Minensuchern und Landungsschiffen. 1990 soll der erste in Indien produzierte Flugzeugträger, ein Jahr später das erste eigene Atom-U-Boot aus den Docks rollen. Mit sowjetischer Hilfe wird derzeit der Marine-Luft-Stützpunkt Karwar, südlich der Stadt Goa an der Westküste gebaut. Vorkommnisse wie die von 1971 sollen der Vergangenheit angehören:

Während des Krieges mit Pakistan hatte die 7. US-amerikanische Flotte die Pakistanis im Golf von Bengalen unterstützt und die indische Flotte am Verlassen ihrer Häfen gehindert.

Glut von Mißtrauen und Haß zu Pakistan neu entfacht

Mit der Unabhängigkeit Indiens von britischer Kolonialherrschaft hatte sich in einem blutigen Krieg das mohammedanische Pakistan vom überwiegend hinduistischen Mutterland getrennt. Bis heute ist das Verhältnis zu Pakistan äußerst gespannt. Jüngster Zankapfel zwischen Karachi und Delhi ist Indiens Vertrag mit der Sowjetunion über die Anmietung von vier atomgetriebenen U-Booten. Bei der Taufe des ersten in Indien eingetroffenen U-Bootes am 3. Febr. 88 erklärte Premierminister Rajiv Gandhi: „Solange die Bedrohung unserer Souveränität und Integrität anhält, hat Indien keine andere Wahl, jedmöglichen Schritt zu unternehmen, um seine Sicherheit zu gewährleisten. Wir sind entschlossen, uns zu verteidigen. Wir sind bereit, für die Unabhängigkeit unseres Vaterlandes alle Opfer auf uns zu nehmen. Darüber sollte niemand Zweifel haben."

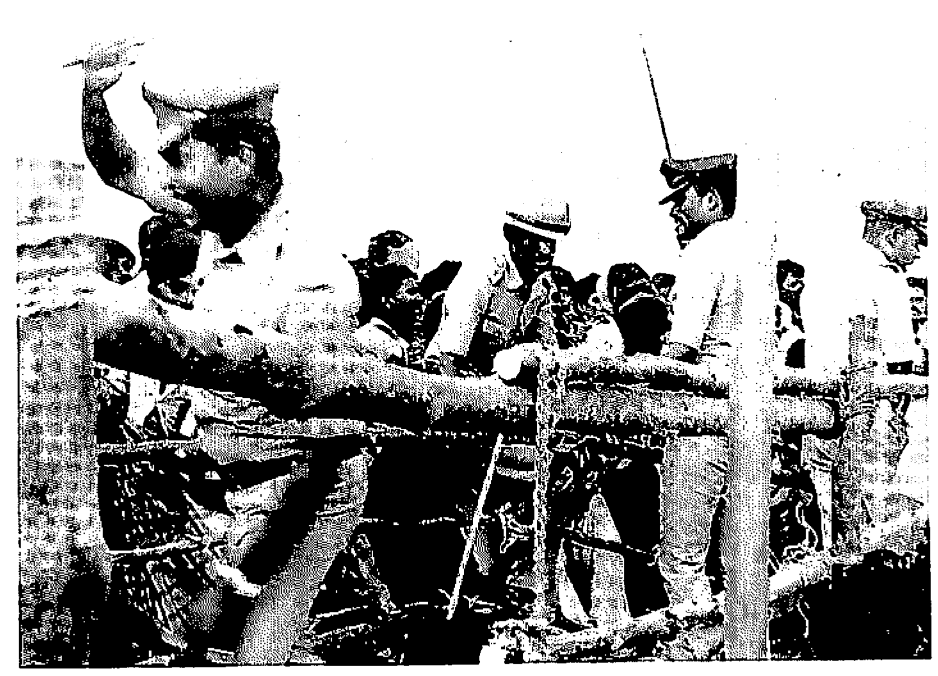
Ein Sprecher des pakistanischen Außenministeriums verurteilte den Einsatz der Atom-U-Boote als „entscheidenden Schritt zur Nuklearisierung Asiens." Er beschuldigte Indien der ungezügelten Ausdehnung seiner militärischen Macht und der Bedrohung von Nachbarstaaten. Der Sowjetunion warf er „Verantwortungslosigkeit" und eine „nachhaltige Störung des Friedens in der Region" vor. Nach China ist Indien die zweite asiatische Nation mit Verfügung über Atom-U-Boote für Langstreckenpatrouillen. Indiens Marine eröffnet sich damit ein Aktionsradius vom Kap der Guten Hoffnung bis nach Indonesien.

demonstrierte seine diesbezüglichen Fähigkeiten bereits 1974 mit dem Zünden eines unterirdischen Atomsprengsatzes. Dieser wurde unter anderem möglich durch Plutonium, das mit Hilfe einer durch die Hoechst Tochter Uhde gelieferten Schwerwasseranlage produziert worden war.

1983 soll Indien — so die 'Frankfurter Rundschau' vom 22. April 1988 — mit Hilfe eines deutschen Zwischenhändlers 15 Tonnen 'Schweres Wasser' für sein Atombombenprogramm aus Norwegen bezogen haben. Das derzeit geplante und in der Bevölkerung stark umstrittene Raketentestgelände im ostindischen Bundesstaat Orissa soll vermutlich auch zur Erprobung atomarer Waffenträger dienen. Offiziell ist dort die Erprobung der Satellitenträgerrakete PSLV im Rahmen des ehrgeizigen indischen Weltraumprogramms vorgesehen.

Bis heute bezeichnen sowohl die pakistanische als auch die indische Regierung ihre Atomprogramme als „rein zivile", weigern sich jedoch, den Atomwaffensperrvertrag zu unterschreiben. „Wir meinen", so Rajiv Gandhi, „daß der Vertrag in seiner bestehenden Form diskriminierend ist. Die Hauptländer, die Nuklearwaffen besitzen, erfüllen auch nicht ihre damit eingegangenen Verpflichtungen." Der indische Botschafter in Washington wendet sich entschieden gegen einen Vergleich „zwischen dem offenen, zivilen, energieorientierten indischen Programm und dem heimlichen, militärisch ausgerichteten Waffenprogramm Pakistans."

In einem aufsehenerregenden Interview



Der indische Staat in Aktion.

Das Wettrüsten beider Länder erhält durch ihr Streben nach der Atombombe besondere Brisanz. Nach Expertenmeinung sind sowohl Pakistan als auch Indien schon jetzt oder in nächster Zukunft in der Lage, Atomwaffen zu produzieren. Indien

Mitte 1987 hatte Abdul Qadeer Khan, 'Vater der pakistanischen Atombombe', bestätigt, daß Pakistan die Fähigkeiten zur Herstellung der Bombe habe. Anschließend beeilten sich pakistanische Regierungsvertreter, mit Blick auf die USA zu dementie-

ren. Denn nach dem Symington-Abkommen des Atomwaffensperrvertrages ist es den Unterzeichnern verboten, Ländern Hilfsleistungen zu gewähren, die Atomwaffen besitzen bzw. daran arbeiten, wenn diese nicht ebenfalls den Sperrvertrag unterschrieben haben. Gerade erst jedoch haben die USA Pakistan wieder ein Hilfspaket von 4 Milliarden Dollar gewährt, davon die Hälfte für militärische Zwecke. Geopolitische Interessen rangieren bei den Amerikanern weit vor der eingegangenen Verpflichtung, die Verbreitung von Atomwaffen zu verhindern.

Pakistan-Mitglied der US-Militärbündnisse CENTO und SEATO – ist in mehrfacher Hinsicht für die Pentagon-Strategen interessant:

- als Frontstaat gegen den sowjetischen Einfluß in Afghanistan
- als Aufklärungsstützpunkt für die Golfregion
- als Landungsbasis für die 'Rapid Deployment Force'
- als Verbindungsglied auf der Achse Washington-Islamabad

Eine Urananreicherungsanlage bei Kahuta wird von der pakistanischen Regierung zwar zugegeben, aber dort – so die offizielle Version – könnten keine Atomwaffen produziert werden. Zahlreiche in jüngster Zeit aufgeflogene Atomdeals weisen jedoch darauf hin, daß sich Pakistan die für militärische Zwecke benötigte Nuklearausrüstung Stück für Stück aus verschiedenen westlichen Ländern, unter anderem der Bundesrepublik, Frankreich und den USA zusammengekauft hat. Über das Kernforschungszentrum Karlsruhe unterhält die Bundesrepublik einen regelmäßigen Austausch von Wissenschaftlern mit Pakistan. Khan selber hatte von 1972 bis 1975 als Mitarbeiter in der Urananreicherungsanlage Almelo (deutsch-britisch-niederländische Gemeinschaftsanlage) genug Gelegenheit, sich Listen mit Lieferfirmen und Pläne zu beschaffen.



Wenn die herrschenden rüsten, haben die Kinder das Nachsehen.

Atomexperten sagen bis 1990 für Pakistan 15, für Indien 100 Atombomben der Hiroshimastärke voraus. Präsident Reagan versuchte die neuerliche Hilfszusage an Zia-ul-Haq folgendermaßen zu rechtfertigen: „Zum einen haben wir der pakistanischen Regierung klargemacht, daß unsere Maßnahmen für ihre Sicherheit die atomare Zurückhaltung Pakistans erfordern. Zur gleichen Zeit geben wir Militär- und Wirtschaftshilfe, um Pakistans legitimen Sicherheitsbedürfnissen zu begegnen."

Keine Friedenszone Indischer Ozean

Durch den Schulterschluß mit Sri Lankas rechtsgerichtetem Präsidenten Jayewardene erhofft sich Rajiv Gandhi auch eine Durchkreuzung der Pläne seiner Feinde im Norden, die Indien nur zu gerne in totaler Konfrontation mit der Regierung in Colombo und deren westlichen Verbündeten gesehen hätten. Pakistanische und israelische Militärberater hatten den Streitkräften Sri Lankas jahrelang bei ihrem Kampf gegen die tamilische Guerilla geholfen, zu Zeiten, als diese noch von Indien unterstützt wurden. Die im 'Friedensvertrag' enthaltene Klausel, daß lankanische Häfen in Zukunft nur dann ausländischen Mächten zur Verfügung stehen sollen, wenn dies nicht gegen die Sicherheitsinteressen Indiens verstößt, wurde von den kommunistischen Parteien beider Länder überschwenglich als Schritt begrüßt, „imperialistischen Kräften im Indischen Ozean die Tür zu weisen." Doch mit Indiens Annäherung an die USA wird diese Klausel fast bedeutungslos; Indien selbst hat seit 1984 zwölf US-amerikanischen Kriegsschiffen erlaubt, in den Häfen Cochin und Bombay anzulegen. Sieben der Schiffe, die nach indischen Pressemeldungen auch Nuklearwaffen an Bord haben sollen, kamen allein im Jahr 1987. Neben dem Flottenstützpunkt Diego Garcia, einer kleinen Insel im Indischen Ozean, scheint sich damit die indische Westküste als wichtiger Zwischenstop für die 7. US-amerikanische Flotte auf ihrem Weg in den arabischen Golf zu entwickeln. Pakistan dagegen, der amerikanische Bündnispartner, hat sich zurückhaltend gezeigt, der US-Marine ihre Häfen zu öffnen, um Komplikationen mit dem Iran zu vermeiden.

Bei einem Besuch des amerikanischen Verteidigungsministers Frank Carlucci im April dieses Jahres in Delhi betonte er, daß die USA bei Rüstungsprojekten künftig enger mit Indien zusammenarbeiten wollten – anschließend flog er nach Pakistan weiter.

Mit dem indo-lankanischen Abkommen hat sich Indien gleichzeitig die Nutzungsrechte für den riesigen Naturhafen Trincomalee an der Ostküste Sri Lankas gesichert, in dem einhundert Treibstofftanks aus dem Zweiten Weltkrieg ihrer Wiederinbetriebnahme harren. Über diesen Hafen hatte es zuvor jahrelang Verhandlungen zwischen den Amerikanern und Colombo gegeben.

In indischen Militärkreisen wird ganz offen erklärt, Sri Lanka sei das ideale Experimentierfeld für militärische Taktiken. Zusammen mit den 80.000 Soldaten ist dort die gesamte Bandbreite modernsten Kriegsgerätes im Einsatz. „Niemand hat mehr Lehren aus Jaffna (Nord-Sri Lanka) gezogen als wir," sagte ein hoher indischer Offizier. Ein Expertenteam ist zur Zeit mit der Analyse der Offensive vom Oktober 87 befaßt. Es ist das erste Mal, so die offiziellen Stellen, daß die indische Marine, Luftwaffe und Armee 'Joint Operations' durchführten, das erste Mal, daß indische Kampfhubschrauber im tatsächlichen Kampf erprobt wurden und das erste Mal, daß zur Unterstützung von Landoperationen Kriegsschiffe eingesetzt wurden. 7,5 Millionen DM kostet dieser Krieg pro Tag.

60 Prozent der indischen Bevölkerung, das sind etwa 500 Millionen Menschen, leben unterhalb der Armutsgrenze. Die Regierenden in Delhi versuchen, die hohen Rüstungsausgaben mit dem Verweis auf „Sicherheitsinteressen" zu rechtfertigen. Doch dahinter stehen Hegemonialansprüche, die auch das Taktieren zwischen den Supermächten bestimmen. Die ständigen Konsultationen, die zwischen Indien, der Sowjetunion und den USA im Zusammenhang mit dem Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan laufen, sind ein weiteres Indiz für Indiens anerkannte Vormachtsstellung in der Region. Von einer 'Friedenszone Indischer Ozean' sind die Menschen Südasiens jedoch weiter entfernt als jemals zuvor.

Biggi Wolff

Alle Fotos von Biggi Wolf.

Indiengruppen-Vernetzungstreffen
SEMINAR
Wissenschaftsbewegung in INDIEN und in der BUNDESREPUBLIK

Das Seminar soll eine Fortführung der in vorangegangenen Indiengruppen-Vernetzungstreffen behandelten Themen wie z.B. Soziale Bewegungen in Indien sein.

Wir wünschen uns, durch dieses Seminar die Möglichkeit für einen Austausch zwischen engagiert 'alternativen' Wissenschaftlern aus einem Dritte-Welt-Land und einem sog. entwickelten Land zu bieten und Perspektiven für eine langfristige solidarische Zusammenarbeit zu geben – im Sinne des Mottos –

GLOBAL denken
LOKAL handeln

Teilnehmer: Dr. Vandara Shiva, Indien, Mr. Vardhan (ASW Indien), Institute der Arbeitsgemeinschaft ökologischer Forschungsinstitute
Zeit: 30.09.–02.10.88
Ort: Schloß Geseke, Paderborn
verantwortlich: VHS Hamm, Arbeitsgemeinschaft EINE WELT e.V., Bremen Indienbüro, Herrsching
Anmeldung: Volkshochschule Hamm, Gustav-Heinemann-Str. 2, 4700 Hamm, Tel.: 02381/172531 u. 172530
Anfragen: Arbeitsgemeinschaft EINE WELT e.V., c/o R. Schwarting, Hastedter Osterdeich 209 E, Bremen, Tel.: 0421/490623

65.000 Stimmen gegen den Vorstand! Kritik auf der Schering-Hauptversammlung '88

Auf der Aktionärs-Hauptversammlung der Schering AG am 15. Juni 1988 im Internationalen Congress Centrum Berlin äußerten mehrere Aktionäre scharfe Kritik an der Firmenleitung. Sie warfen ihr gefährliche Arzneimittel-Exporte in Entwicklungsländer, risikoreichen Umgang mit der Gentechnologie, umwelt- und gesundheitsgefährdende Müllbeseitigung, unverantwortliches Pestizidmarketing und die andauernde Geschäftsaktivität in der Republik Südafrika vor. Aktionäre im Besitz von 65.000 Aktien folgten der Kritik und stimmten gegen die Entlastung der Firmenleitung. Zwar repräsentieren diese 65.000 Stimmen nur 2,8% des auf der Versammlung vertretenen Kapitals, zeigen aber deutlich den Unwillen vieler Kleinaktionäre über das Verhalten ihres Konzerns, denn in den vorhergehenden Jahren sprachen sich lediglich etwa 1000 Stimmen gegen die Vorstandsentlastung aus!

Der Aktionär Robert Hartog, Arzt und ehemaliger Entwicklungshelfer, erinnerte an die bereits 1987 veröffentlichte Untersuchung, in der unabhängige Ärzte und Pharmakologen zu dem Ergebnis kamen, 37% der von Schering in die Dritte Welt exportierten Medikamente seien medizinisch überflüssig oder sogar für den Anwender gesundheitsschädlich. Er warf der Konzernleitung vor, seitdem nur zehn dieser Mittel weltweit aus dem Handel zurückgezogen zu haben. Der Weiterverkauf der 37 Präparate bedeute eine bleibende Gefährdung der Patienten und im Falle der medizinisch überflüssigen Arzneien eine Beteiligung Scherings an der Ausbeutung der Entwicklungsländer, was insbesondere in deren momentaner Verschuldungssituation verheerend sei.

Schering betreibt außerdem gentechnologische Forschung in eigenen Labors in Großbritannien und Berlin-Frohnau, die Firma ist mit 50% am Institut für Genbiologische Forschung Berlin beteiligt, in dem u.a. Versuche zur Manipulation von Kartoffelpflanzen betrieben werden.

Auf der Hauptversammlung wurde auch an die seit Anfang der 70er Jahre bekannte krebserregende Wirkung des insektiziden Wirkstoffes Chlordimeform und seiner Abbauprodukte erinnert. Schering vertreibt diesen Stoff in seinem Pflanzenschutzmittel FUNDAL nur noch im Ausland, seit das Bundesgesundheitsamt 1976 die Zulassung widerrief; Schering will den Vertrieb nun aber zum Ende dieser Saison einstellen.

Beschäftigte der Firma, Anwohner und andere kritische Bürger haben sich im Februar 1988 zum Schering-Aktions-Netzwerk (SchAN) zusammengeschlossen, um die von Schering ausgehenden Probleme öffentlich zu machen und Veränderungen zu bewirken. SchAN strebt die Zusammenarbeit mit weiteren Beschäftigten des Konzerns und Verbänden des Umwelt- und Verbraucherschutzes in aller Welt an, und versteht sich als ein Teil der Dritte-Welt-Bewegung in der Bundesrepublik **uh**

Adresse: SchAN
Schering Aktions Netzwerk
c/o Henry Mathews,
Tel. 030-7825709
Gustav-Müller-Str. 9
1000 Berlin 62

Anteilsbesitz der Schering AG
(Stand 31.12.1987, Beträge in Mio. Landeswährung)

Name und Sitz der Gesellschaft	Währung	Umsatz	Mitarbeiter
Lateinamerika			
Schering Argentina S.A.I.C., Buenos Aires/Argentinien	A	25	247
Berlimed Ltda., São Paulo/Brasilien	Cruz	791	439
Industrias Farmaceuticas Alemana S.A. INFARMA, Quito/Ecuador	Sucre	1.118	30
Quimica Schering Colombia S.A., Bogotá/Kolumbien	Peso	5.282	315
Schering Mexicana S.A., Mexico-City/Mexico	Peso	17.882	193
Productos Quimicos Naturales S.A. (Proquina), Orizaba/Mexiko	Peso	8.358	380
Asien/Australien			
P.T. Schering Indonesia, Djakarta/Indonesien	Rp.	14.124	376
Nihon Schering K.K., Osaka/Japan	Yen	43.289	968
Schering Pty. Ltd., Sydney/Australien	Austr. $	65	153
Afrika			
Berlimed (Pty.) Ltd., Johannesburg/Südafrika*	Rand	103	385

Quelle: Geschäftsbericht 1987

Daten zum Schering-Konzern

	1986		1987	
Umsatz Welt (in Mio. DM)	4.662	100,0%	4.701	100,0%
– davon: Pharma	2.129	45,7%	2.314	49,2%
Pflanzenschutz	1.265	27,1%	1.187	25,3%
Industrie-Chemikalien	735	15,8%	761	16,2%
Galvanotechnik	295	6,3%	269	5,7%
Feinchemikalien	236	5,0%	170	3,6%
Umsatz Ausland	3.768	80,8%	3.760	80,0%
Lateinamerika	248	5,3%	221	4,7%
Asien	642	13,8%	727	15,5%
Afrika, übrige Übersee	251	5,4%	256	5,4%
Gewinn (nach Steuern, Mio. DM)	138		144	
Ausschüttung: Dividende je 50,- DM Aktie (in DM)	12		12	
Beschäftigte	23.880		23.920	

Quellen: Geschäftsberichte 1986 und 1987

125 Jahre unter dem BAYER-Kreuz

Im Jahr 1863 wurde am Ufer der Wupper in Elberfeld (heute Wuppertal) der Grundstein für das weltumspannende BAYER-Imperium gelegt. Wurde unter Leitung des Firmengründers Bayer lediglich in Elberfeld/Wuppertal die Luft und das Wasser verseucht sowie die Gesundheit der Beschäftigten und der Bevölkerung ruiniert, so änderte sich dies radikal mit dem Eintritt eines gewissen Carl Duisberg in das kleine Familienunternehmen. Dieser Mann war vom Ehrgeiz beseelt, die ganze Welt mit den „Errungenschaften" der chemischen Produkte zu beglücken.

Nach der Verseuchung der Wupper kam der Rhein dran. In Wiesdorf (heute Leverkusen) wurden Produktionsanlagen errichtet, die wegen ihres Ausmaßes weltweit Aufsehen erregten. Die Giftabfälle dieses Werkes gingen seither in den Rhein und in den Boden rund um das Werk.

Doch damit nicht genug. Carl Duisberg träumte von einem Imperium. Das Firmenzeichen nahm den Traum vorweg: Ein Löwe legte seine Tatze besitzergreifend auf die Weltkugel.

Und Carl Duisberg realisierte seinen Traum. Er verschmolz eine Reihe der weit größten Chemie-Hersteller zu einem bis dahin noch nie dagewesenen Konzern. Die Realisierung des BAYER-Traums vom weltumspannenden Imperium brachte nicht nur für die Umwelt Verseuchung und Katastrophen mit sich, sondern kostete Hundertausenden, wenn nicht Millionen von Menschen die Gesundheit und das Leben:

- BAYER „erfand" die chemische Waffe. Bereits im Ersten Weltkrieg stellte der Konzern Sprengstoffe und chemische Kampfstoffe in solchen Mengen her, die es der deutschen Regierung nachweislich überhaupt erst ermöglichten, einen Weltkrieg zu führen.
- Aus der Niederlage hatte der Konzern nichts gelernt. Er finanzierte Adolf Hitler und benutzte ihn für seine Welteroberungspläne.
- Der Konzern lieferte das Giftgas, mit dem in den Hitler-KZs der Völkermord an den Juden begangen wurde.

Im Jahr 1949, 86 Jahre nach der Gründung, wurde dieses „Mörderkartell" vor einem internationalen Gerichtshof in Nürnberg zur Rechenschaft gezogen. Alle Verantwortlichen wurden schuldig gesprochen. Der von BAYER geschmiedete Konzern wurde in seine Ursprungsbestandteile BAYER, HOECHST, BASF etc. zerschlagen.

Ein Neuanfang, eine Wende? — Bereits wenige Jahre nach der Verurteilung wurden die Verantwortlichen des Konzerns vorzeitig (!) aus der Haft entlassen und kamen bei BAYER, HOECHST etc. wieder in führende Positionen.

Außer dem Streit um das von BAYER erfundene Rauschgift HEROIN, das der Konzern unter Mißachtung massiver internationaler Proteste von 1898 bis zum Jahr 1958 als Hustenmedikament vermarktete, hörte man bis in die 60er Jahre nichts von BAYER.

Erst zur Zeit des Vietnam-Krieges tauschte der Name BAYER im Zusammenhang mit chemischen Kampfstoffen wieder auf. Und zu Beginn der 80er Jahre wurde enthüllt, daß BAYER das Patent für den ultra-giftigen VX-Kampfstoff der US-Army entwickelt hat.

Heute, 125 Jahre nach Gründung des Konzerns, steht der Name BAYER für ein Imperium, das im Weltmaßstab Mensch und Umwelt mit Pestiziden, anderen Chemikalien und Abfallgiften verseucht; das Milliarden-Profite aus der Arbeit von Hunderttausenden „erwirtschaftet"; das mit seinen Produktionsanlagen in aller Welt mittlerweile einen globalen Risikofaktor darstellt; das mit seinen weltweiten Markteroberungsplänen den Weltfrieden gefährdet; das mit seinen Gentechnik-Plänen auch die letzten ethischen und moralischen Grenzen zu überschreiten droht.

Wenn der BAYER-Konzern 1988 in zahlreichen öffentlichen Veranstaltungen und Publikationen auf seine 125-jährige Geschichte zurückblicken wird, wird dies alles fehlen. Es wird vom Kampf gegen den Hunger und von der Arbeit für die Gesundheit der Menschen, von den Errungenschaften der Chemie die Rede sein.

Um so wichtiger, daß sich auch kritische Stimmen zu Wort melden, daß die Öffentlichkeit auf Verdrehungen, Unterlassungen und Irreführungen aufmerksam gemacht wird.

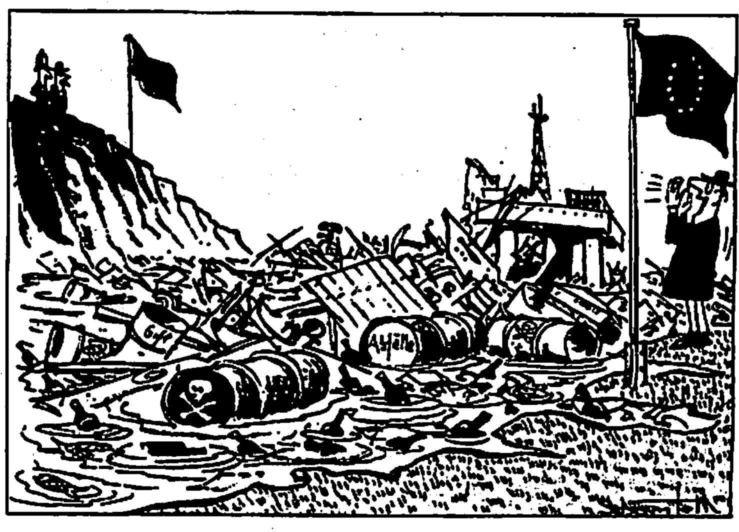
aus: Stichwort BAYER 1—2/88

BAYER AG — mit deutscher Gründlichkeit gegen die Kritiker

Die BAYER AG, die dieses Jahr ihr 125-jähriges Firmenjubiläum feiert und dabei die in der „I.G. Farben" verübten Verbrechen vergessen lassen möchte, ist sich für keine Lächerlichkeit zu schade, wenn es darum geht, die Kritiker mundtod zu machen. Der BAYER-Coordination erteilten die Anwälte des Konzerns im März eine Abmahnung, in der der Coordination unter Androhung eines Prozesses verboten wird, ihren Namen weiter zu benutzen. Als Begründung mußte herhalten, daß der Name verwechslungsfähig sei, und es deshalb schon zu Anfragen an die Firma gekommen sei. Mit einer Frist von drei Monaten verlangte BAYER eine Namensänderung. Andernfalls sollte eine Strafe von 10.000 DM zzgl. 6.000 DM für jede weitere Benutzung des Namens eingeklagt werden. Da die Coordination bereits mit BAYER in der Berufungsverhandlung darum streitet, ob BAYER „... in seiner grenzenlosen Sucht nach Gewinnen und Profiten demokratische Prinzipien, Menschenrechte und politische Fairneß" verletzt, wurde der Name offiziell in „Coordination gegen BAYER-Gefahren" geändert.

Der im Vorstand der „Coordination gegen Bayer-Gefahren" tätigen Pastorin Friedel Geisler wurde von Seiten der evangelischen Kirche der Pastorinnentitel aberkannt, nachdem sie mehrfach aufgefordert worden war, ihre kritische Arbeit bei der Coordination zu beenden oder den Titel freiwillig niederzulegen. Trotz massiver Proteste ist die Kirche bis heute nicht bereit, diese unsinnige Entscheidung zurückzunehmen, sie bestreitet sogar einen Zusammenhang zwischen der Aberkennung des Titels und dem Einfluß der Bayer-Geschäftsleitung auf die zuständige Kirchenleitung. In Anbetracht der menschenvernichtenden Tätigkeiten, die sich der Bayer-Konzern in seiner 125-jährigen Geschichte geleistet hat, fügt dieses Vorgehen der Kirche einen weitaus größeren Schaden zu als die Weiterarbeit der Pastorin vermocht hätte — wieder einmal beugt sich die Kirche der Herr-schenden Machtpolitik, und eine Erinnerung an die Vergangenheit drängt sich mir auf. **uh**

Deutsch-türkischer Giftmülltourismus



„Herrlich, Europa wächst zusammen"

Beträchtlichen Wirbel in der türkischen Presse hatten seit Januar dieses Jahres baden-württembergische Giftmülltransporte ausgelöst. Neben dem Gefühl nationaler Kränkung regt sich ein breites öffentliches Interesse an Umweltfragen, Abfalltechnik und „sauberer Technologie".

Falsche Angaben

Deutsche Firmen haben in der Türkei Filterstäube aus der Müllverbrennung als „ungiftiges" Baumaterial am Meer angeboten. Der Bürgermeister der betroffenen Gemeinde kam zu dem vernünftigen Schluß: wenn es ungiftig ist, sollen die Deutschen es zu Hause einbauen. Wenn es giftig ist, sollen sie es deponieren. Von einem Vogelparadies am Rande der Gemeinde, einem Nationalpark, verspricht er sich auch angenehmere Einkünfte durch Tourismus als durch die einmalige Abnahme einer zweifelhaften Ware.

Die Firma Weber aus Salach auf der Schwäbischen Alb „entsorgt" Daimler, Bosch und Siemens von Lack- und Farbschlämmen, die bei der Lackierung von Metallen abfallen. Weber bot in der Türkei Sägespäne zur Verbrennung in Zementwerken an, die mit diesem Sondermüll getränkt waren („Aglomera Torf – ein Naturstoff mit hohem Brennwert"). Das mit dem hohen Brennwert ist korrekt, der Rest nicht. Kupfer, Zink, Nickel, Cadmium, Kobalt, krebserregende Chlorkohlenwasserstoffe haben die Entsorgungskosten für solche Industrieabfälle in der Bundesrepublik auf über 500,- DM pro Tonne steigen lassen.

Die türkische Regierung hat unter dem Druck der Öffentlichkeit einer Parlamentsresolution vom 3. März nachgegeben: „Kein Import von Industrieabfällen jeglicher Art". Die Verbrennung wurde nicht zugelassen. Den Beamten des zuständigen Umweltdirektorats beim Ministerpräsidenten liegt inzwischen eine Empfehlung der Technischen Universität Ankara vor, den Müll nach Deutschland zurückzuschicken. Begründung: die 1600 Tonnen im Hof einer Zementfabrik gelagerten Abfälle entwickeln durch das Zusammenwirken der Schwermetallsalze und der Chlor-Anteile eine solche Hitze, daß sie im Sommer (40 Grad C Außentemperatur) wahrscheinlich explodieren und verbrennen würden.

Die baden-württembergische Landesregierung trägt die volle Verantwortung für alle Schäden und Folgen aus diesem Giftmülltransport, denn sie hat ihn 1987 genehmigt, ohne sich zu vergewissern, wie in der Türkei damit verfahren werden kann und ohne Kenntnis der Verbrennungstechnologie und Abgasreinigung.

Gefälschte Papiere

Ein Antrag der Firma Altvater aus Bad Wurzach im Landkreis Ravensburg auf Export von 1000 Tonnen Chlorierter Lösemittel wurde unter dem Druck der Öffentlichkeitskampagne in der Türkei und des Engagements der GRÜNEN hier erst gar nicht genehmigt. Jakob Altvater hatte dem Landratsamt die „deutsche Übersetzung" eines Papiers des türkischen Gesundheitsministers vorgelegt, worin diese Exporte befürwortet wurden. Das Papier ist gefälscht. Einen türkischen Originaltext gibt es nicht, wie die Regierung in Ankara versicherte. Einer der beiden Unterzeichner gab inzwischen öffentlich zu, daß er nur einen deutschen Text unterschrieben habe, den er nicht lesen konnte. Er ist bei den städtischen Reinigungsbetrieben der Provinzstadt Tavsanli angestellt.

Geplatzte Geschäfte

Die Minengesellschaft Büyüktemiz in Tavsanli hat von Altvaters Vermittlern, der Zürcher Investment Beratung „Faktum" bereits 170.000 Mark für die Abnahme von Sondermüll kassiert. Jakob Altvater kann nicht liefern, weil das LRA Ravensburg sich nicht mehr traut, die Genehmigung zu erteilen. „Faktum" klagt jetzt gerichtlich auf Rückzahlung der Gelder.

Abenteuerliche Finanzierungsmodelle

Hier geht es politisch nicht nur um Täuschungsmanöver, schmutzige Geschäfte und die Ausnutzung des Devisenmangels in der Türkei. Es geht um neue Wege der Sondermüllentsorgung, die Dieter Honold, Faktum Investment Beratung in Zürich so erklärt: „Wir vermitteln an eine Firma, die Platz für Sondermüll und die Verbrennungskapazitäten frei hat, die z.B. Öl oder Steinkohle dabei einspart. Wir kalkulieren knapp unter den deutschen Entsorgungskosten, nehmen den Müll auf Zwischenlager oder verbrennen ihn. Was dann deponiert werden muß, kommt in eine Deponie, die wir bauen werden von dem Geld, das wir durch die Entsorgung einnehmen."

Wer in Deutschland entsorgen will, muß erst eine Deponie oder eine Sondermüllverbrennungsanlage vorzeigen. Das Modell „Entsorgung ohne Eigenkapital", das Honold hier vorstellt, klappt nur in Ländern ohne Abfallgesetze, z.B. in der Türkei. Für Marokko hat ein Stuttgarter Ingenieurbüro der Landesregierung und der Industrie genau das gleiche Modell vorgeschlagen: Sondermüll auf Zwischenlager, 800,- DM Einheitspreis pro Tonne kassieren, wenn genug Geld zusammen ist, eine Deponie bauen und dort endlagern.

Wer weiß, wie diese Schweizer und andere Vermittler arbeiten, dem wird bei diesen Vorschlägen Angst und Bange: heute eine Rinderfarm in Venezuela, morgen eine Traktorenfabrik nach Kenia, übermorgen Sondermüll..., und wenn der Deponiebau fällig wird, dann sind sie fort in alle Winde. Die Gelder verschwinden auf dem internationalen Finanzmarkt, die Firma ist erloschen, der Müll liegt da, das Zwischenlager wird zum Endlager. Oder jemand fährt es in die Berge oder kippt alles ins Meer.

Andreas Bernstorff

Kultur

Die Südafrikanische Gruppe „Soyikwa" ist zur Zeit auf Europatournee mit ihrem Stück „Siza". „Soyikwa" steht für das Institut für afrikanisches Theater, eine gemeinnützige Organisation, gegründet von der „Creative Youth Association" 1978.

Das Theaterinstitut unterstützt Theaterprojekte in verschiedenen ländlichen Gebieten. Unterstützt wird die Gruppe von unterschiedlichen Sponsoren: USAID (United States Agency for International Development) Human Rights Grant USA, der deutsche Kulturattache, der französische Kulturattache, eine Aktion für Weltsolidarität Westdeutschland, Freie Theatergruppe Schweden, Südafrikanische Brauereien, u.a.[1]

Soyikwa hat viele Stücke gestaltet und aufgeführt. „Siza", eines ihrer neuesten Stücke, wurde inzwischen über 200 mal in der Republik Südafrika aufgeführt. Am „Market Theater" in Johannesburg z.B. lief es acht Wochen mit insgesamt 56 Vorstellungen. Einige Zeitungen in Südafrika schrieben positive, ermutigende Kritiken, betonten jedoch gleichzeitig, es handele sich um Volksstamm-bezogene kulturelle Ausdrucksformen und Inhalte. (Citizen 14.5.87, The Star tonight, 14.5.87) Nicht erwähnt haben sie die tragende Thematik des Stücks: Ausbeutung am Arbeitsplatz und Arbeitsbedingungen.

Die Mitglieder von 'Soyikwa' erzählen, daß sie das Stück entwickelten, um die Gleichheit und Einigkeit zwischen den Schwarzen herauszustellen: „Let's talk together!", nach der Aufführung werden die Leute aufgefordert, die angesprochenen Dinge zu diskutieren. 'Soyikwa' will mit ihrer Darstellung zeigen, daß sie „nur vorwärts können", aus dem Elend raus. Leider müssen sie auch öfters Straßensperren, Kontrollen, Bannung von Spielorten auf sich nehmen.

'Soyikwa' glaubt, daß sie nicht selbst vom Bann betroffen werden, solange sie nur kleinere Gruppen erreichen. 'Soyikwa' hofft, mit ihrem Engagement in Europa, hier die Probleme der schwarzen Afrikaner zu vermitteln: „Die Zeit ist nicht stehen geblieben, — daran können wir und ihr arbeiten!"

„Siza" bedeutet „Hilfe", im Sinne von Selbsthilfe der Schwarzen. Der Inhalt des Stücks spielt auf dem südafrikanischen Marktplatz:

„Welcome to the african market place," „Welcome to africa"!

Bei Abwesenheit des Standbesitzers bereichern sich der Freund und Bekannte persönlich um ein paar Dinge und durch einen Verkauf. Er hat ein schlechtes Gewissen und auch einen leeren Magen und ist etwas alkoholisiert. Es wird entdeckt, — doch er wird wieder integriert. Einer der Hauptinhalte dreht sich um Ursachen der Arbeitslosigkeit (in Südafrika um die 50 %) und deren Begleiterscheinungen, z.B. Probleme mit der Gesundheit und mit dem Alkohol. Neben den Plänen, die sie schmieden, in ihrem beschränkten Alltag — „Du wirst sehen, ich werde hier auch noch einen Weissen beschäftigen und werde ihn nicht schlecht bezahlen" — haben sie sich laufend, mit den Apartheidsproblemen rumzuschlagen. Szenenwechsel:

Es kommt ein fein gekleideter Herr und schreibt den Standbesitzer auf, da er keine Steuern bezahlt habe. Der Standbetreiber klagt: „Steuer bezahlen sollen wir, aber es ist unser Schweiß, der in die Arbeit floß: Die Regierung, sie hat keinen Tropfen Schweiß vergossen!" ... „schreiben Sie's nicht auf, verzeihen Sie mir, ich wußte nicht", ... „was, 150 Rand soll ich zahlen, ich hab Kinder", ... „ich kann nicht ins Gefängnis". Der falsche Inspektor läßt sich 30 Rand geben und wird jede weitere Woche 50 Rand kassieren kommen. Er wird jedoch enttarnt.

„Siza" — südafrikanisches Theater von 'Soyikwa'.

Der leicht alkoholisierte Freund, modern, fast wie ein Europäer in seinem hellblauen Overall, greift auf eine stereotype Formel zurück: „Du mußt es im Kopf haben, dann findest du Arbeit, dann kannst du groß rauskommen — alles ist möglich!"

Die Schwarzen erfahren auch, daß es Lebensfreude gibt, daß es wert ist, einzusteigen, in die Musik, in den Tanz: Belohnung ist die Wärme, die Dynamik, das Feuer, das die Frauen ausstrahlen.

Auch die Schickeria tritt mit gekünstelt europäischem Verhalten, mit Disco, Pop, Funk und Überheblichkeit auf die Bühne. Extrem dargestellt in der Überfremdung und Manipulierbarkeit, in dem, was „In" ist. Als sie brüskiert werden, erkennen die Marktplatzbetreiber, wie schädlich diese Mode-Fratzen sind, wie sie konkretes menschliches Miteinander verhindern. Überzeugungen, die sich auf lang ertragene Situationen beziehen, werden auf der Bühne dargestellt, die die zerrissenen Familien in den Ghettos und in den group-areas' verbinden. Sie werden als Notwendigkeit erkannt, um die Zerstückeltheit des Apartheid-Alltags zu bewältigen. Dabei können sie nicht zulassen, daß Dinge wie geschnitzte Figuren, Krieger, gearbeitete Puppen, Speere, die spitzen Hüte der Sothos, die Beinfelle, die Ziegenfelle als Tanztracht verkäuflich sind. Sie sind Träger von Identität und erinnern an gemeinsames Handeln — etwa in früheren Feldschlachten gegen die Landräuber und Kolonisatoren.

Im Stück werden die Schwarzen unsanft aus ihren Träumen wieder auf die Erde geholt: Der Standbetreiber hatte den Bescheid über die Lizenz nicht zu Ende gelesen, die besagte, daß er an diesem Platz sein Gewerbe nicht mehr betreiben dürfe, da er einer anderen „group area" zugeordnet sei. Obwohl er woanders geboren und nur mit Sotho als Sprache aufgewachsen ist, soll er jetzt ein „Sotho" sein und weggeschoben werden. Sie sind sich alle wieder einig und stehen mit geballter Faust singend da: Wir gehen hier nicht weg! — „Siza!" peter z.

Anmerkung

1 Soyikwa ist kein Einzelfall, auch das „Market-theatre" in Johannesburg wird vom weissen Business gesponsert.

Schwarze Poesie — Poesia Negra

Am 13. April wurde in Brasilien der 100. Jahrestag der Sklaverei festlich begangen — für die farbige Bevölkerung gab es jedoch keinen Grund sich den Feierlichkeiten anzuschließen, denn für die Nicht-Weißen in Brasilien dauert die soziale und rassistische Unterdrückung bis heute an.

Eine kürzlich erschienene Anthologie mit dem Titel „Schwarze Poesie — Poesia Negra" nimmt sich dieser Problematik an. Sie beinhaltet eine Anzahl von Schwarzen verfaßter Gedichte, die die Unterdrückung der Schwarzen, den daraus entstehenden Haß, die Revolte, aber auch das Selbstmitleid, die Ironie und die Aggression thematisieren und schließt ein ausführliches Vorwort über die brasilianische Kolonialgeschichte mit ein.

(IN)FORMELLES GESPRÄCH
Haben Sie Kafka gelesen?
Nein, junger Mann.
Und die neuen afrikanischen Dichter?
Nein, junger Mann.
Und Jean-Paul Satre?
Nein, kenne ich nicht.
Marcuse, Marx?
Nein!
Nicht mal Jorge Amado?
Nein, mein Herr!
Aber wie ist das möglich?
Ganz einfach, mein werter Herr:
Während sie lasen, wissen Sie, was ich tat? Ich hütete das Vieh, pflanzte die Kartoffeln, erntete, was heute Ihr Filet mit Fritten ist im Restaurant Lamas.

Schwarze Poesie · Poesia Negra
Afrobrasilianische Dichtung der Gegenwart
Herausgegeben mit einer Einleitung von Moema Parente Augel
Originalausgabe
Aus dem brasilianischen Portugiesisch von Johannes Augel
Portugiesisch · Deutsch
184 Seiten
22,80 DM/FR
ISBN 3-905482-38-X

(K)ein Urlaub im Land der Scheindemokratie

Ferien in der Türkei – noch vor wenigen Jahren heftig umstritten – sind heute auch bei politisch Engagierten in Mode gekommen. Nur noch vage erinnern wir uns an die Türkei-Boykott-Aufrufe wie „Kein Urlaub im Land es Hungers und der Folter!" Nicht einmal Türkei-Solidaritätsgruppen halten zum gegenwärtigen Zeitpunkt einen Reiseboykott für angemessen. Womit nun der letzte Zweifler mit politisch reinem Gewissen die Türkei erobern kann, möglichst schnell, bevor die „Verschmelzung von Antike und Moderne, von Morgen- und Abendland" abgenutzt sein wird. Daß jedoch nicht alles paletti ist mit dem Tourismus in der Türkei, können alle vom Türkei-Reisefieber Erfaßten in der neuesten Veröffentlichung der Gruppe Neues Reisen mit dem Titel „Zwischen Minarett und Badestrand – Tourismus in der Türkei" nachlesen. Dort finden die Leser auch die Diskussion für oder gegen Reiseboykott dokumentiert. Die Herausgeber wollen nicht das Reisen miesmachen, sondern auf die Probleme eines expandierenden Tourismus hinweisen.

Wir tragen unseren Teil zur Vergrößerung dieser Probleme bei, wenn wir unserem Wunsch nachgeben, schnell noch dorthin zu reisen, wo wir noch ursprünglichen Charme und Gastfreundschaft erleben können. Die Textsammlung enthält unterschiedliche Beiträge (Analysen, Dokumente, Literarische Darstellungen) über die Entwicklung und Auswirkung des Tourismus, die türkische Tourismuspolitik, die Geschäfte mit dem Tourismus, über die türkische Kultur und deren Veränderung, Probleme von reisenden Frauen in der Türkei u.a.

Nach dem Muster von Kolonialismus zum Tourismus versuchen die Autor/innen, zunächst das Phänomen Tourismus in der Türkei zu erschließen. Sie vergleichen das Türkeibild von 1942 mit dem von heute und erinnern an das imperiale Interesse Deutschlands. Sie legen dabei großen Wert auf die überzeugende optische Darstellung, leider mit dem Preis, daß die Fakten und Informationen eher dürftig geblieben sind.

Der Autor Michael Penners untersucht in einem weiteren Beitrag die Ursachen der rasch anwachsenden Touristenströme in der Türkei. Mehrere Gründe sind verantwortlich, daß das Land bis 1980 vom Tourismusboom weitgehend verschont geblieben ist. Einen sieht der Autor in der damals schwerfälligen Bürokratie, die – glücklicherweise – nicht in der Lage war, umfangreiche Investitionen ins Land zu holen. Nach dem Militärputsch stiegen die Touristenzahlen an; die für die Touristen wichtige Ruhe und Ordnung war ja wieder hergestellt. Mit der Einleitung von wirtschaftspolitischen Reformen, die den ausländischen Investoren die Türen öffneten, meldeten die Tourismusunternehmen großes Interesse an. Leider verzichtet Penner hier darauf, den Einfluß des IWF auf den Ausbau der Tourismusindustrie darzustellen. Mit den touristischen Deviseneinnahmen sollte die Auslandsverschuldung abgebaut werden. Auch dienen die Gesetze zur Förderung des Tourismus dazu, die Profite der Tourismusunternehmen kräftig zu erhöhen, die meist außerhalb der Türkei ihren Sitz haben. So sind die Chancen für einen angepaßten Tourismus, wie ihn die Regierung permanent verspricht, sehr gering. Z.B. ist in den Gesetzen zur Förderung des ausländischen Kapitaleinsatzes und zur Förderung des Tourismus festgelegt, daß ausländisches Kapital bis zu 100% Anteil an den Gesamtinvestitionen haben kann, daß 20% der Gewinne steuerfrei sind, daß die Gewinne vollständig ins Ausland transferiert werden können.

Bauelemente, Maschinen, bishin zu Motorbooten können zollfrei eingeführt werden; es wird keine Grundstückssteuer erhoben und sogar Konsumgüter wie Alkohol, Zigaretten für den Hotelbetrieb sind neuerdings steuerfrei. Bei den geringen Löhnen in der Türkei können die Touristen bis zu 20 Prozent günstigere Pauschalreisen als nach Spanien buchen, was den Türkeitourismus noch attraktiver für den deutschen Urlauber macht. Der Autor weist nach, daß die Beteuerungen der türkischen Behörden, den Tourismus maßvoll, behutsam und ökologisch angepaßt auszubauen, leere Versprechungen sind und die Tourismusmasterpläne eine Entwicklung wie an der Costa Brava vorprogrammiert haben: eine mit Bettenburgen zubetonierte Küste. Offiziell wollen die türkischen Behörden bis 1989 ihre Bettenkapazität auf 200.000 erhöhen. Die Autoren untersuchten den Masterplan von Antalya und stellten anhand der Grundstückskataster fest, das allein auf einem 400 km langen Küstenstreifen 327.000 Betten eingezeichnet sind, wovon bisher 16.000 schon vorhanden sind. Offensichtlich zeichnet sich in der Türkei eine Wiederholung aller bekannten Fehler im Ausbau des Tourismus ab.

Ein anderes in diesem Buch aufgegriffenes Beispiel unterstützt diese These: Ein mit bundesdeutscher Beteiligung geplantes Hotelprojekt in Koycegiz. Dort, wo das riesige Projekt geplant ist, im Süden nahe am Iztuzu-Strand an der Dalyan-Mündung, hat die Riesenschildkröte ihre letzte Brutstätte in Europa. Die Auswirkungen des ökologisch umstrittenen Tourismusprojekts dokumentieren türkische Pressestimmen und ein Flugblatt türkischer Naturschützer, die auf die Verletzung des europäischen Naturschutzrechtes aufmerksam machen und die türkische Öffentlichkeit an das Nichtinkrafttreten des türkischen Umweltgesetzes erinnern. Sie fordern, daß das Naturwunder zum Schutzgebiet erklärt wird. Schon bei der Grundsteinlegung des Projekts kritisierten Umweltschützer die bundesdeutsche Beteiligung. Allerdings konnten sie erst viel später die Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung erwirken. In der Zwischenzeit sind die Umweltgutachten erstellt, die vom Bau des Riesenprojekts in der geplanten Form abraten und für einen sanften, angepaßten Tourismus plädieren, der dem Naturschutzwillen Rechnung tragen könnte. Ende Juni dieses Jahres erklärte die Bundesregierung, sie wolle vom Projekt Abstand nehmen. Da jedoch größere Schadensforderungen von Seiten der türkischen Counterparts ange-



Die Bewohnerinnen von Kale haben sich auf den Tourismus eingestellt

nommen werden, bleibt abzuwarten, ob dieses Projekt nun endgültig gestorben ist, wie Anfang Juli in Pressemitteilungen verbreitet wurde, oder ob es mit anderen Teilhabern doch noch gebaut werden wird.

In einem Interview mit einem türkischen Rückkehrer, der sich im Rahmen eines Genossenschaftsprojektes im Tourismus engagieren will, wird deutlich, wie eng die Tourismusunternehmen mit dem türkischen Staat zusammenarbeiten. Diese Gruppen sind z.B. von der Tourismusförderung im Rahmen des Gesetzes ausgeschlossen, da erst Projekte ab 100 Betten gefördert werden. Auf billige Weise informieren sich anscheinend deutsche Investoren, wo Rückkehrer ihre Kleinprojekte planen, um dann selbst dort in größerem Maßstab Tourismus aufzuziehen: In dem von der DEG angebotenen Seminar zur Tourismusförderung für Rückkehrer müssen die Teilnehmer ihre Finanz- und Baupläne abgeben. Auf wundersame Weise tauchten plötzlich deutsche Unternehmen mit Projektplänen genau in den von den Rückkehrern ausgesuchten, oftmals sehr unbekannten Orten auf.

Harald Taner vergleicht in seinem Beitrag „Gangster, Gräber und Gelehrte" die Raubzüge und die touristische Reise miteinander. Er beschuldigt die Mitteleuropäer, Sitten aus der Zeit der Raubzüge ins 20. Jahrhundert gerettet zu haben: Besitz aller gefundenen Schätze. Touristen sind die amateurhaften Kunsträuber, doch die professionellen folgen ihnen umgehend. Der Ausverkauf der türkischen Kultur ist in vollem Gange.

Desweiteren wird in zwei Darstellungen auf die Frau und ihr Selbstverständnis in der türkischen Kultur eingegangen. Ein Thema, das von reisenden Frauen, gerade bei Reisen in den islamischen Kulturkreis, sehr kontrovers diskutiert wird, greifen die Autorinnen auf: Sollen sich Frauen einer Männergesellschaft wie der in der Türkei im Urlaub unterordnen, nur weil sie Gast sind?

Erwähnenswert sind auch die literarischen Reportagen von Bekir Yldiz, der seine Veränderung und die seines Heimatlandes bei seiner Rückkehr in die Türkei schildert.

Ein Buch mit empfehlenswerten Beiträgen, auch wenn die Auswahl einiger Texte beliebig erscheint, wie z.B. die eines Cartoons und eines Gedichtes an „alle Easy Rider" auf Seite 104. Um den Leser/innen die sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen des Tourismus aufzuzeigen, wählten die Autorinnen Beispiele aus, in denen der Tourismus „gerade niederkommt", wie z.B. der Ort Kale und die Insel Kekova. Auch bei mir weckte diese Schilderung den Wunsch, noch möglichst schnell diese Orte mit ihrem ursprünglichen Charme aufzusuchen, bevor sie abgenutzt sind. In dieser Weise unterschieden sich wohl auch solche tourismuskritischen Darstellungen nicht von Reiseführern: beide verstärken sie den Wunsch nach Reisen. Die Folge sind noch mehr Touristen in kürzerer Zeit im neuentdeckten Ferienparadies. Sollte die Lektüre von der Gruppe Neues Reisen die Touristen jedoch zu einem verantwortungsvollerem Reisen animieren, wäre die Absicht der Autor/innen erreicht. mm

Gruppe Neues Reisen (Hrsg): Zwischen Minarett und Badestrand — Tourismus in der Türkei. Reihe Reisebriefe 19/20 Berlin 1988, Preis 9,80 DM.
Bezug: Gruppe Neues Reisen; Fidicinistr. 8 a; 1000 Berlin 61

Anläßlich der 500-Jahrfeier im Jahr 1992 der „Entdeckung Amerikas" planen Regierungen in Lateinamerika und Europa Jubelfeiern. Wir von der Heinrich-Böll-Stiftung sind der Meinung, daß es notwendig ist, eine breite Gegenöffentlichkeit herzustellen. Wir bitten darum alle, die sich mit diesem Thema beschäftigen bzw. beschäftigen wollen, sich bei uns zwecks Gedankenaustauschs und eventueller gemeinsamer Aktivitäten zu melden.

Adresse:
Heinrich-Böll-Stiftung
Colmantstr. 18
5300 Bonn 1
Tel. 0228/69 38 40

Kritische Tourismusreportage über Sri Lanka

Bei Radio Bremen wurde im April '88 eine Hörfunksendung zum Thema 'Sri Lanka — Tourismus im Krisenland' ausgestrahlt. Die 55-minütige Sendung hat folgenden Inhalt:
Sinkende Touristenzahlen — steigende Arbeitslosigkeit auf dem Hintergrund der politischen Unruhen. Zu Wort kommen: der Direktor der ceylonesischen Tourismusbehörde, arbeitslose Jugendliche, Vertreter der singhalesischen und tamilischen Volksgruppen, Hotelbesitzer, deutsche Touristen, Gewerkschafter. Der Wortanteil der Sendung beträgt 25 Minuten, dazwischen sind lankanische Lieder (teilweise übersetzt) eingeblendet.
Interessierte können die Cassette bei der Autorin für 15,- DM Unkostenbeitrag bestellen.

Biggi Wolff,
Celler Str. 37,
2800 Bremen
Tel.: 04 21/44 61 92

Vom Regen in die Traufe — Neue Bücher zum Flüchtlingsproblem

Zwei neu erschienene Bücher beschäftigen sich mit den Gründen für die Flucht in die BRD. Das am Berliner Institut für vergleichende Sozialforschung herausgegebene Buch: *Flucht und Asyl — Berichte über Flüchtlingsgruppen* behandelt die Asylpolitik in der Bundesrepublik und die Situation der einzelnen Flüchtlingsgruppen in ihren Heimatländern. In dem kurz gehaltenen ersten Teil werden die Hauptfluchtursachen, soziale Probleme der Flüchtlinge und die Stellung der Kirchen zu Asyl angerissen, der Flüchtlingsbegriff wird juristisch abgegrenzt.

Hans Branscheidt von medico international schreibt über den wahren und den falschen Flüchtling:

„Das gemütliche Bild, das als juristischer Code im Asylrechtsparagraphen des Grundgesetzes innewohnt, stammt aus dem 19. Jahrhundert: Der individuell querdenkende Gelehrte und der republikanische Student, die vor ihrer jeweiligen Herrschaft fliehen müssen, finden anderswo politisches Asyl.

Nirgendwo mehr entspircht diese auf den einzelnen Fall bezogene Auffassung der aktuellen Realität einer ebenso massenhaften wie weltweiten Völkerwanderung der Armen, Flüchtenden und Vertriebenen. Wir sollten deshalb versuchen, diese Flüchtlingsströme, die einer neuen Völkerwanderung gleichen, als ein weltsoziales Problem zu begreifen. Sie sind das Produkt der Vertreibung infolge einer ursächlich genau beschreibbaren Vernichtung der materiellen Lebensgrundlagen und der systematischen Eskalation von Kriegen und Pogromen in den Herkunftsländern.

Vor diesem Hintergrund läßt sich heute die Verteidigung und das Drängen auf Einhaltung des Artikel 16 des Grundgesetzes nur dann rechtfertigen, wenn gleichzeitig der Katalog der Asyl rechtfertigenden Gründe ausgeweitet wird: auf soziale Fluchtgründe, auf Kriege und auf bürgerkriegsähnliche Situationen. Wer heute angesichts dieses Vernichtungsprozesses von Menschen in den drei armen Kontinenten behauptet, es gebe eine stabile und signifikante Unterscheidungsmöglichkeit zwischen dem wahren und dem falschen Flüchtling, der irrt entweder entsetzlich — oder er macht sich der Lüge schuldig." (S. 43)

Im Hauptteil des Buches werden dann die politische und soziale Situation der Flüchtlinge in ihren Heimatländern, ihre Verfolgung aus ethnischen, religiösen oder politischen Gründen und ihre Fluchtwege dargestellt. Die juristische Situation der Asylbewerber vor den bundesdeutschen Behörden wird untersucht.

Aufgrund der Vielzahl der angesprochenen Probleme können die Länderbeispiele nur oberflächlich bleiben. Für die weitere Beschäftigung sind jedoch den meisten Artikeln Literaturhinweise angehängt, die sich aber wie das gesamte Buch eher auf die juristische Ebene konzentrieren.

Das Buch ist als einführendes Handbuch geeignet, es gibt eine gute Übersicht über die Situation der Asylbewerber, die die BRD erreichen. Was dem Buch leider fehlt, sind Adressen von Flüchtlingsgruppen — und die Flüchtlinge selbst. Sie kommen nicht zu Wort.

Deshalb ist unbedingt das neue Buch aus dem Dreisam-Verlag: *Flucht nach Deutschland* zu empfehlen. In dieser Veröffentlichung werden ebenfalls anhand von Beispielen aus den Ländern: Libanon, Iran, Kurdistan, Afghanistan, Sri Lanka, Eritrea, Ghana und Chile die Lage der Flüchtlinge beschrieben und die Gründe, die zu ihrer Flucht geführt haben. Doch wieviel klarer und erschreckender treten hier Angst und Verzweiflung, Flucht und Verfolgung, Hoffnung und Enttäuschung der Flüchtlinge in der BRD zutage — denn die Betroffenen erzählen selbst die Geschichte ihrer Flucht. Aus den Aussagen der Flüchtlinge wird wieder deutlich, wie menschenunwürdig ihre Behandlung in der BRD ist. Behördlich verordnetes Nichtstun, die Zwangskasernierung und „Fertigmenü"-Verpflegung stellen für die Flüchtlinge eine erneute psychische Folter dar. Sie, die ohnehin lieber heute als morgen in ihre Heimat zurückwollen, werden mit deutscher Gründlichkeit von den Verwaltungsbehörden nachträglich dafür bestraft, gewagt zu haben, sich vor Krieg und Folter in die BRD zu flüchten. Die Politiker und Schreibtischtäter, die sich solche Maßnahmen ausgedacht haben, sollten dieses Buch lesen. Sie würden sich selbst fünf Jahre Arbeitsverbot verhängen danach. **uh**

Komitee für Grundrechte und Demokratie/medico international: Flucht und Asyl — Berichte über Flüchtlingsgruppen Edition Parabolis, PF 1125, 1 Bln 30, 162 Seiten, ca. 14 DM

Horst Hamm/Wolfgang Jung/Heidi Knott: Flucht nach Deutschland — Lebensberichte Dreisam-Verlag Freiburg, 165 Seiten, 19,80 DM

Zweierlei Maß

Die Ereignisse jenes Augusttages, als ein als Ladendieb verdächtigter junger Iraner im Hof eines Tübinger Lebensmittelgeschäfts dem tödlichen Würgegriff eines Lehrlings zum Opfer fiel, sind grausig genug. Rache, die den Täter durchaus für Jahre hinter Gittern sehen will mitsamt dem mitbeteiligten Filialleiter, ist fehl am Platze, und deswegen soll nicht das außerordentlich milde Strafmaß von je eineinhalb Jahren Freiheitsentzug kritisiert werden, auf das das Landgericht erkannte. Rügenswert ist die Art und Weise, wie dieses Urteil zustande kam.

Da setzt sich ein Richter ohne langes Zaudern über einen Sachverständigen hinweg, der meint, der Lehrling hätte den bedrohlichen Zustand bemerken müssen, in den sein Opfer bald geriet. Da behauptet der Richter, „völlig emotionslos", der Iraner habe, weil er einen Angestellten in den Finger gebissen hatte, „bedauerlicherweise durch sein Verhalten wesentlich zur Unglückstat beigetragen". Und da darf natürlich auch nicht die Presseschelte fehlen, weil die örtliche Zeitung Ausländerfeindlichkeit unterstellt und Vorverurteilung betrieben habe. Die Witwe, als Nebenklägerin auftretend, mahnte der Richter, sie „möge sich mäßigen, auch wenn sie aus dem Orient kommt".

Jener Lokalzeitung verdanken wir übrigens folgenden Hinweis: Kürzlich saß derselbe Richter über einen jungen Türken zu Gericht, der ohne aktives Eingreifen dabei war, als seine Kumpel einem Geschäftsmann auf der Straße die Geldbombe entrissen. Das Urteil lautete auf drei Jahre Haft, natürlich ohne Bewährung. he (Stuttgart)

FR, 2.7.1988

1\. Karikatur- und Zeichenwettbewerb für Flüchtlinge der GRÜNEN im Bayrischen Landtag
Einsendeschluß: 15. August 1988

Im Rahmen unserer Anhörung zum Tag des Flüchtlings am 29.9.88 im Bayrischen Landtag wollen wir begleitend eine Karikatur- und Zeichnungen-Ausstellung vorbereiten. Das Thema lautet:

DIE SITUATION ALS FLÜCHTLING INSBESONDERE IN DEUTSCHLAND

Die Arbeiten werden unter fachkundiger Jury ausgezeichnet und Preise im Gesamtwert von 1.000 DM vergeben. Zusätzlich werden alle eingegangenen Arbeit mit einem kleinen Preis bedacht. Die Arbeiten können auf Papier, Karton oder auf beliebigen Materialien eingereicht werden. Jede/r kann mitmachen und ihre/seine Situation als Flüchtling darstellen.

Die eingereichten Arbeiten werden auf einer Begleitausstellung zur Anhörung gezeigt und so auch der Öffentlichkeit bekannt gemacht. Bei entsprechendem Interesse soll die Ausstellung als Wanderausstellung weiterverliehen werden.

Einsendungen an:
Die GRÜNEN im Bayrischen Landtag
Maximilianeum
8000 München 85

Kurz belichtet

Wissenschaftlicher Verein „Projekt ID-Asyl e.V." gegründet

Am 26.6.88 fand in Mülheim die Gründungsversammlung des „Projekt ID-Asyl e.V." statt. Noch während der Tagung in der Evang. Akademie zum Thema „Neue Ausländergesetze" trafen sich 13 Menschen auf Initiative des Düsseldorfer „ID Info-dienstes Asyl" und vollzogen diesen längst notwendigen Schritt.

Bereits seit einiger Zeit hatte der „ID-Info-dienst Asyl" zusätzliche Aufgaben für die Flüchtlingsinitiativen übernommen.

Der neugegründete wissenschaftliche Verein hat als zentrale Aufgabe das Erstellen von Untersuchungen und Dokumentationen. Darüberhinaus wird er an Vernetzung und konkreter Koordinierung von Flüchtlingsarbeiten weiterarbeiten.

Insbesondere im Hinblick auf die noch in diesem Jahr zu erwartende neue Ausländer-/Asylgesetzgebung sowie die angestrebte „EG-Harmonisierung" wird dies immer wichtiger.

Die psychischen und physischen Auswirkungen auf Alltag und Gesundheit der Flüchtlinge (z.B. unter dem Druck der bisherigen Gesetzgebung und ihren Anwendungen) werden ebenso untersucht werden wie die Folgen von Abschiebungen, deren bloßer Androhung und anderer restriktiver Maßnahmen. Die Veröffentlichungen werden der interessierten Öffentlichkeit als Arbeitsmaterialien zur Verfügung gestellt und zugängig gemacht.

Selbstverständlich wird der „Info-dienst Asyl" weiter und verstärkt erscheinen und steht den Initiativen als Nachrichtendienst zur Verfügung.

Auf der Gründungsversammlung wurde ein fünfköpfiger Vorstand, Mo Kuball als Vorstandssprecherin, sowie Günter Haverkamp als Geschäftsführer gewählt. Die nächste Mitgliederversammlung wurde für Oktober anberaumt. Bis dahin sollen weitere Mitglieder gewonnen und eine solide Finanzplanung für die Arbeit erstellt werden, da der Verein noch über zu wenig Eigenmittel verfügt.

Anschrift des Vereins:
„Projekt ID-Asyl e.V.",
c/o Günter Haverkamp, Worringer Str. 70,
4000 Düsseldorf 1, Telefon: 0211/
35 02 61.

Chile Informationsbüro e.V.

„Die Chile-Solidaritätsarbeit in der BRD muß schlagkräftiger werden und bedarf längst einer effektiveren Organisierung, um ihren Einfluß auf den Sturz des Militärregimes und die Entwicklung einer demokratischen Gesellschaft bestmöglichst geltend zu machen" heißt es in der Gründungsplattform des Chile Informationsbüros.

Diese solidaritätspolitische Notwendigkeit hatten verschiedenste Gruppen und Organisationen in der BRD sowie die demokratischen Kräfte in Chile seit Jahren immer wieder betont. Nach mehreren Kontakten mit anderen Solidaritätsgruppen bildete sich in Münster eine Gruppe zum Aufbau einer entsprechenden Koordinierungsstelle. Das Chile Informationsbüro sieht den Diskussionsprozeß um die Zielvorstellungen und die Arbeitsformen der Koordinierung als noch nicht abgeschlossen an und wird in diesem Jahr verstärkt den engen Kontakt zu Gruppen, Komitees und Organisationen der Chile-Solidarität suchen (Präsenz auf Seminaren, Kongressen etc.; Rundbriefe, Delegiertentreffen). Folgende Arbeitsbereiche sind bislang in Blick genommen worden:

- ständige Informationsarbeit zwischen den verschiedenen Gruppen (Rundbriefe mit aktuellen Infos, Mitteilungen, Publikationen etc.)
- Zusammenarbeit mit den Gruppen zur Unterstützung konkreter Informations- und Öffentlichkeitsvorhaben (ReferentInnen, Kulturgruppen, Sachinfos, Medien etc.)
- publizistische und organisatorische Unterstützung von Initiativen und Aktionen in der BRD und Chile
- Durchführung von regionalen Seminaren und Bildungsveranstaltungen
- ein bis zwei größere überregionale Veranstaltungen im Jahr zu aktuellen Themen.

Chile Informationsbüro e.V.
Kath. StudentInnen Gemeinde
Frauenstraße 3–7
4400 Münster
Telefon: 02 51/66 18 05 (Anne)

Erfolg für Aachener Kontokündigungskampagne — SSK stellt Krügerrand-Verkauf endgültig ein

Die halbjährlich durchgeführte Kontokündigungskampagne gegen die Unterstützung Südafrikas durch deutsche Banken und Sparkassen kann einen weiteren Erfolg verbuchen: Die Stadtsparkasse Aachen gab in einer Pressemitteilung bekannt, in Zukunft generell auf den Verkauf von Krügerrand-Münzen zu verzichten.

Während sich die PAX-Bank Aachen bereits im Frühjahr '87 zu einem Vermittlungsstop für Krügerrands und staatliche südafrikanische Anleihen entschlossen hatte, war die Stadtsparkasse bisher lediglich bereit, die Werbung für Krügerrands einzustellen. Der Verkauf ging weiter und 'Testern' war es immer wieder 'gelungen', Krügerrands angeboten zu bekommen. Dies hatte wiederholt zu Protestdemonstrationen vor und in der Hauptgeschäftsstelle geführt. Um deutlich zu machen, daß sie mit ihren Bankeinlagen keinen Rassismus finanzieren wollen, hatten zuletzt am 26. Mai 32 Menschen ihre gekündigten Sparbücher vor der Stadtsparkasse verbrannt.

In Rundbriefen an die Mitarbeiter und einem Pressegespräch betont die Stadtsparkasse, daß sie sich mit dem Verkaufsstop lediglich am Anliegen ihrer Kunden orientiert. Bisher haben sich 1.200 Aachener an der seit Mai '86 angelaufenen Kündigungskampagne beteiligt, und alleine bei der Stadtsparkasse Aachen sind im Rahmen dieser Aktion über 190 Konten gekündigt worden.

Kontakt: Kurt Lennartz,
Tel.: 02 41/87 33 91 (abends)



- Kaufen Sie keine Krügerrand-Goldstücke
- Fragen Sie Ihre Bank oder Sparkasse, ob sie Südafrika-Geschäfte macht
- Wenn ja: Machen Sie Ihrer Bank klar: Nicht mit meinem Geld!
- Wechseln Sie zu einer „sauberen" Bank oder Sparkasse

Tagungsberichte

ISSA FORUM

„Was bewegt die Solidaritätsbewegung"

Am 28. und 29. Mai veranstaltete die Informationsstelle Südliches Afrika e.V. zum ersten Mal seit vielen Jahren wieder ein Forum im Anschluß an ihre alljährliche Mitgliederversammlung. Thema: „Was bewegt die Solidaritätsbewegung im Südlichen Afrika?", eine eher doppeldeutig gehaltene Frage. Ergangen war die Einladung an rund 80 Einzelpersonen, versammelt waren dann in Bonn rund 50 'solidarische Menschen', Vertreter verschiedener Strömungen der Solidaritätsbewegung, unterschiedlicher Arbeitszusammenhänge und zumeist mit vielen Jahren praktischer Erfahrung auf dem Buckel.

„Solidaritätsbewegung ist mehr als nur das übliche Ritual von Demo, Infostand, Flugblattverteilen und Unterstützung eines Projektes." Die vordergründig ironischen Aussagen von Peter Wahl vom Anti-Imperialistischen Solidaritätskomitee (ASK) auf dem ISSA-Forum löste nicht nur Gelächter aus; Eckhard Krallmann aus Hamburg, der mit der Verbreitung von Video-Filmen aus und über Südafrika so seine Erfahrungen gemacht hat, stellte in Frage, ob man überhaupt von Solidaritäts*bewegung* reden könne, ob es sich wirklich um eine *Bewegung* handele oder nicht vielmehr um eine Ansammlung von mehr oder minder nebeneinanderher arbeitenden Initiativen und Gruppen. Andere Teilnehmer der ISSA-Forums hatten gar ihre Zweifel, ob das, was es an politischer Arbeit im Südlichen Afrika in den letzten Jahren gegeben habe, dem hehren Wort von Solidarität überhaupt entspräche.

Selbstkritik war angesagt auf dem ISSA-Forum, das wohl erstmals die unterschiedlichen Tendenzen unter denjenigen, die hierzulande zum Südlichen Afrika arbeiten und Teil dieser Solidaritätsbewegung sein wollen, zur Diskussion stellte. Ausgangspunkt des Gesprächs war zweierlei: zum einen die Erfahrung, daß zwar über Südafrika und Namibia in Medien und offizieller Politik mehr denn je die Rede ist, daß aber die Gruppen, die z.T. zum Südlichen Afrika seit vielen Jahren arbeiten und Solidarität mit der Befreiungsbewegung zu praktizieren versuchen, auf eigenartige Weise dem Diskurs dieser Politik entrückt sind, kaum Einfluß auf sie nehmen (können); woher also – trotz unbestrittener Erfolge z.B. beim Früchteboykott, bei der Bankenaktion, bei der Zusammenarbeit zur Unterstützung der Frontstaaten – diese Ohnmacht?

Zum anderen hatte gerade die ISSA in den letzten Jahren immer deutlicher gespürt, daß die verschiedenen Strömungen der Solidaritätsbewegung viel zu wenig voneinander wußten, daß Kooperation oft an ideologischen Fixierungen scheiterte, daß engagierte Individuen sich in den Organisationen und Gruppen, die sich dieser Bewegung zurechnen, nicht wiederfanden.

In drei Gesprächsrunden gingen die Teilnehmer im ISSA-Forum – durchweg mit vielen Jahren Praxis geschlagene Menschen, so daß ein Teilnehmer sogar von „Grufties" reden konnte – dem Problem nach, warum sich in der Politik der Bundesrepublik eher rückschrittliche Tendenzen zeigen (wie z.B. die ritualistische Verkürzung der Sanktionsfrage auf einige 'Maßnahmen' zeige, über die sich dann trefflich, aber folgenlos streiten ließe), während die Gruppen der Afrika-Solidarität sich in nur je neu zurechtgeschneiderten Formen der Informationsvermittlung ergingen, die schon in den 70er Jahren kaum etwas bewegt hätten. „Bewegung in der offiziellen Politik?", „Widersprüche im Befreiungsprozeß im Südlichen Afrika" und „Partnerschaft oder Instrumentalisierung – unser Verhältnis zur Befreiungsbewegung – wem gilt unsere Solidarität?" waren die Stichworte, zu denen Vorstandsmitglieder der ISSA einleitende Beiträge lieferten.

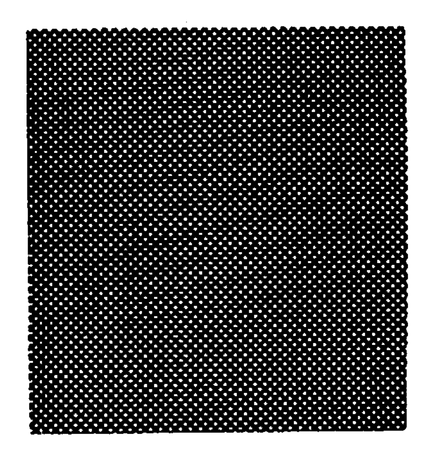
Für die meisten Teilnehmer war zwar eindeutig, daß der ANC die führende Kraft des Befreiungsprozeßes in Südafrika sei, daß seine Programmatik und organisatorische Stärke die deutlichste Perspektive zur Überwindung von Apartheid darstelle; andere Gruppen, die sich eher dem politischen Spektrum der Black Consciousness-Bewegung nahe fühlen, beharren aber darauf, daß man den Befreiungsprozeß in Südafrika in all seinen Widersprüchen und Ausprägungen differenziert betrachten müsse, daß man auch andere Organisationen als nur den ANC unterstützen müsse, hierzulande wäre man schlecht beraten, wenn man etwa die Diskussion um das Programm des ANC, die Freiheits-Charta, ignoriere, die in Südafrika z.T. heftig geführt würde. Diese unterschiedlichen Akzentsetzungen freilich haben in der Vergangenheit oft zu kleinlichem Hick-Hack geführt, etwa in der Frage, wer auf welchem Podium mit wem diskutieren könne und solle, welche Formulierung für ein Flugblatt die 'korrekteste' sei. Zwar bestand auf dem ISSA-Forum Einigkeit, daß solcher Streit lähmen könne, also überwunden werden müsse; aber ob in der Zukunft aus dieser Einsicht Taten folgen werden, blieb offen. Einigkeit bestand hingegen eher in der Bekundung, daß für alle Gruppen der Solidaritätsbewegung vorrangig sein müsse, auf die verhängnisvolle Rolle abzustellen, die die Bundesrepublik bei der Aufrechterhaltung des Apartheid-Regimes spiele. In diesem Zusammenhang wiesen die Frauen der Südafrika-Gruppen der evangelischen Frauenarbeit auf ihre erfolgreiche Arbeit der letzten zehn Jahre hin, die sie als richtungsweisend verstanden wissen wollen; für sie ist die Frage, ob der ANC 'relevanter' sei als die BCM-Gruppen, zweitrangig.

Offen blieb indes auch die Frage, ob es in der – in der Bundesrepublik ja weithin tabuisierten – Sanktionsfrage ein abgestuftes, gewissermaßen arbeitsteiliges Vorgehen geben dürfe, oder ob die Forderung nach verbindlichen und umfassenden Sanktionen die einzig 'korrekte Linie' sein müsse.

Befürchtet wurde schließlich auf dem ISSA-Forum, daß die in der Solidaritätsbewegung offenbar unvermeidliche Haltung der Projektion und Identifikation mit einer Bewegung in Südafrika nicht nur zu Verkürzungen der Analyse, sondern auch dazu führen könne, daß die Gruppen von praktischer Politik 'überrollt' würden: wer den Partner (oder das Objekt seiner Solidarität) idealisiere (oder gar instrumentalisiere), könnte mit pragmatischer Politik, wie sie eine Befreiungsbewegung wie der ANC notwendig betreiben müssen, leicht in Enttäuschungen geraten; das Schweigen der Solidaritätsbewegung etwa zum Nkomati-Abkommen, das Mosambiks Präsident Samora Machel im März 1984 mit dem Erzfeind Südafrika abschloß, sei ein solcher Fall gewesen, in dem Idealisierung in Enttäuschung umgekippt sei.

Die Gespräche auf dem ISSA-Forum waren ein Anfang, die z.T. überkommenen Frontstellungen zwischen Teilen der Solidaritätsbewegung zu überwinden, ein Beitrag dazu, daß immer wieder neu begriffen werden muß, daß allen Widersprüchen zum Trotz der Hauptkonflikt immer noch mit dem Apartheid-Regime und seinen Verbündeten hierzulande besteht.

Peter Ripken



„Low Intensity Conflict" — ein Hearing der Grünen

Mit hochkarätigen Referenten haben die Bundestagsgrünen am ersten Juliwochenende etliche Interessierte zu einem öffentlichen Hearing über die US-Strategie des „Low Intensity Conflict" (LIC) ins Bonner Gustav Heinemann Haus gelockt. Ramsey Clark, „Justizminister" unter Kennedy, Ex-CIA David McMichael, die Publizistin Sarah Miles, Joel Rocamora aus den Philippinen – diese Prominenz ließ sich über die militärischen, völkerrechtlichen, soziologischen und schließlich medienpolitischen Aspekte von LIC aus. Schade war die aus privaten Gründen notwendige Absage von Michael T. Klare, dem wohl profundesten Kenner und schärfsten Kritiker von LIC.

LIC ist der Name für die Strategie, mit der die USA – belehrt durch die Erfahrungen in Vietnam – in den 80er und 90er Jahren ihre politischen Ziele gegenüber der Dritten Welt durchsetzen wollen. Daß LIC keine neue Militärstrategie, sondern ein integriertes Politikkonzept mit militärischen, wirtschaftspolitischen und psychologischen Elementen ist, verdeutlicht eine Definition aus dem Handbuch der Dienstvorschriften des US-Heeres FC 100–20 vom Mai 1986:

„LIC ist ein begrenzter politisch-militärischer Kampf zur Erreichung politischer, militärischer, sozialer, wirtschaftlicher oder psychologischer Ziele. Er ist oft von längerer Dauer und reicht von diplomatischem, wirtschaftlichem und psychologischem Druck bis zu Terrorismus und Aufständen. LIC ist im allgemeinen auf ein bestimtes geographisches Gebiet begrenzt und wird oft durch Einschränkungen der Bewaffnung, Taktik und des Gewaltniveaus gekennzeichnet. LIC beinhaltet die tatsächliche oder erwogene Anwendung militärischer Mittel bis unterhalb der Schwelle des Kampfes zwischen regulären Streitkräften."

Diese Definition macht auch deutlich, daß LIC eine Sammelkategorie zur Bezeichnung unterschiedlicher Konkliktformen darstellt: Sie reichen von counterinsurgency über Contra-Operationen bis hin zum sogenannten Counterterrorismus, wie er 1986 gegenüber Libyen zur Anwendung kam.

Das Hearing sah für jede dieser drei Konfliktformen eine gesonderte Arbeitsgruppe vor, die die Möglichkeit zur konkreten Erarbeitung des US-Vorgehens am Beispiel ausgewählter Länder bieten sollte.

Eine bereits eine Stunde nach dem verspäteten Beginn der Arbeitsgruppen angesetzte Pressekonferenz durchkreuzte diese Absicht: die knappe Zeit ließ nur einen sehr groben Blick auf die einzelnen Länder und Operationen zu.

Schade – denn gerade in der Anwesenheit von Ländervertretern wie Joel Rocamora aus den Philippinen lag die Chance, das zuvor aus der Perspektive politischer Planung in den USA Analysierte endlich einmal aus der Sicht der betroffenen Länder anschaulich werden zu lassen.

Überhaupt war der Kongreß überfrachtet: Innerhalb der kurzen Zeitspanne von Freitag 18 Uhr bis Samstag 19 Uhr sollten nicht weniger als zehn Einzelveranstaltungen (Referate und Podiumsdiskussionen) durchgepeitscht werden. Die für Anschlußdiskussionen angesetzte Zeit war schon im Programm sehr knapp bemessen; faktisch, aufgrund der (wie gewohnt) länger als geplant ausgefallenen Referate, ging sie gegen null.

Insgesamt sollte der Kongreß als ein begrüßenswerter erster Schritt gewertet werden, die Diskussion um LIC aus Expertenzirkeln und aus Kreisen politisch relativ isolierter Gruppen in eine breitere Öffentlichkeit hineinzutragen. Ein zweiter wichtiger Schritt wäre die erfolgreiche Umsetzung des auf dem Kongress formulierten Anspruchs, der Friedensbewegung (die immer noch wie gebannt auf den an Bedeutung verlierenden Kriegsschauplatz Mitteleuropa starrt) neue Impulse zu geben, indem ihre Aufmerksamkeit auf die zunächst regional begrenzten Konflikte in der Dritten Welt gelenkt wird, von denen heute die eigentlich Bedrohung des Weltfriedens ausgeht.

Bemerkungen zum Hearing

Es schmälert den Verdienst der Grünen, diese Thematik zu popularisieren, nicht, wenn darauf hingeweisen wird, daß die skizzierte Strategie schon seit Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre angewendet wird, und daß in der BRD Personen und Gruppen, die sich mit Befreiungsbewegungen und Guerilla in der Dritten Welt und in den Metropolen auseinandergesetzt haben, diese Strategie zum Thema gemacht haben. Die auf dem Hearing getroffene Einschätzung, daß der Ost-West Konflikt künftig weniger in Mitteleuropa denn – vermittelt durch lokale politische Kräfte – auf Schauplätzen in der Dritten Welt ausgetragen wird, war schon Arbeitshypothese antiimperialistischer Gruppen seit Ende der 60er Jahre. Die mittlerweile offensichtliche Tatsache, daß die innerimperialistischen Widersprüche (z.B. USA – Europa – Japan) sich zunehmend entfalten, und die Hegemonie der USA abbrökkelt, war Streitpunkt der antiimperialistischen Bewegung in den 70er Jahren.

Ohne globale und konkrete polit-ökonomische und soziologische Analyse, nur mit dem zum Schlagwort verkommenen Hinweis, daß es veränderte wirtschaftliche, gesellschaftliche und militärische Bedingungen gibt, wird man die alle Lebensbereiche umfassende Bedrohung durch diese Strategie nicht begreifen und letztlich nicht in der Lage sein, Gegenkonzepte zu entwikkeln. Und ohne eine Diskussion über innerimperialistische Widersprüche vertut man die Möglichkeit, die Relevanz und den Zusammenhang von LIC und jener imperialistischen Vereinigung zu erfassen, die sich TRILATERALE KOMMISSION nennt. Die Trilaterale ist ein Zusammenschluß führender Militärs, Politiker und Wirtschaftler aus den USA, Europa und Japan, die ab Mitte der 70er Jahre globalstrategische Krisenszenarios entwarfen. Gemeinsam versuchten sie eine Ebene zu finden, die das kapitalistische System trotz der Konkurrenz zwischen einzelnen Staaten und Machtgruppieren handlungs-, verteidigungs- und expansionsfähig erhält.

Diese Diskussion blieb auf dem Hearing der Grünen ausgeklammert. Weitere Einschränkungen wurden beim letzten Programmpunkt und der sich daran anschließenden Diskussion deutlich: „Warum sind die Europäer von LIC betroffen"?

Es wurde **erstens** vorgegeben, daß die USA durch ihre Dominanz und ihre Druckmöglichkeiten die Euroäer in ihre Strategie einbeziehen können. Die Möglichkeit, daß diese Länder von sich aus Zusammenarbeit anbieten oder selbständig gleiche Strategien anwenden, wurde nur ansatzweise erwähnt.

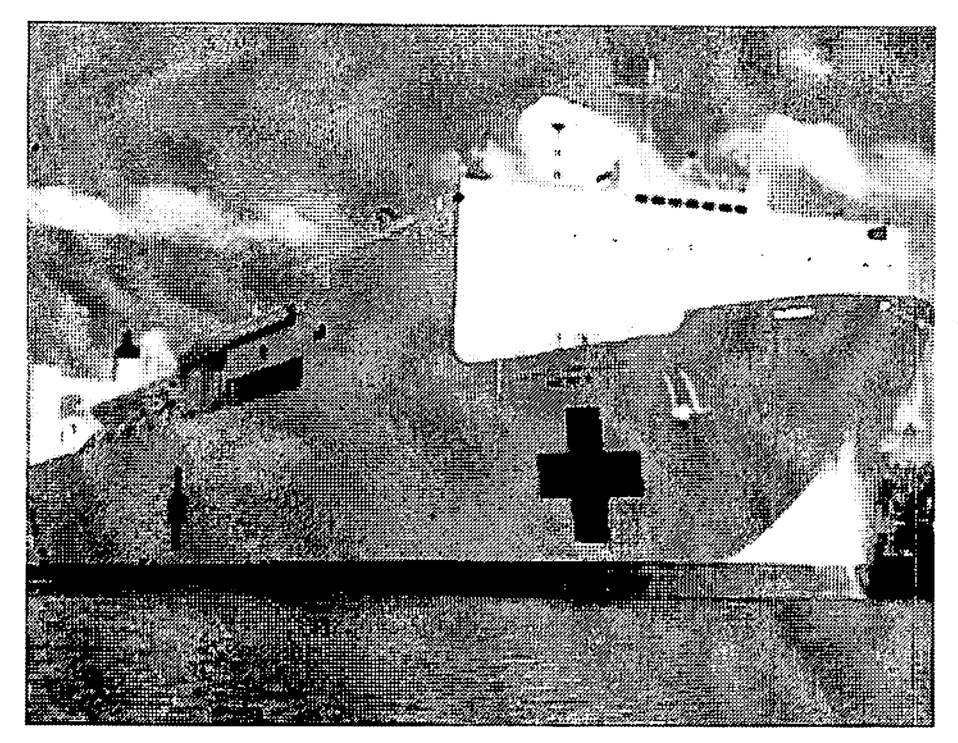
Die Einbeziehung der BRD wurde nur unter dem Gesichtspunkt des zur Zeit diskutierten Truppeneinsatzes außerhalb des NATO- bzw. des vom Grundgesetz vorgegebenen Bereichs dargestellt. Also selbst in dieser Einschränkung wurde nur der militärische Truppeneinsatz erörtert. Keine Darstellung der im LIC-Konzept enthaltenen Möglichkeiten der Ausbildung und Beratung von Militär und Polizei (etwa an BW-Hochschulen und Polizeiakademien). Keine Diskussion über Wirtschaftshilfe und Entwicklungsprojekte, nichts über technologische Hilfe wie Ausbau von Telekommunikationssystemen (Philippinen, Südafrika).

Zum zweiten wurde vorgegeben, daß LIC eine Strategie für die Dritte Welt ist und nur dort und gegen dortige Oppositionsbewegungen zur Anwendung kommen soll. In den wichtigsten Dokumenten über LIC wird aber ausdrücklich **auch** die Anwendungsmöglichkeit in industrialisierten Ländern beschrieben. Ein Beispiel, auch wenn es Geschichte ist: Die aus der Parteizentrale der SPD in Bonn geplante und durchgeführte Gründung der portugiesischen Sozialdemokraten während der Nelkenrevolution. Diese „Operation" war nichts anderes als der leider gelungene Ver-

such, der Revolution die Spitze zu brechen und sie stattdessen reformistisch zu dekkeln. Die geostrategischen, politisch-ideologischen, wirtschaftlichen und selbst militärischen Hintergedanken der Sozialdemokratie traten — Brandt/Schmidt sei Dank — auf diese Weise offen zutage.

Drittens wurde überhaupt nicht berücksichtigt, daß LIC in modifizierter Form auch zur Aufstandsbekämpfung im eigenen Land eingesetzt werden kann, nämlich zur Unterdrückung und Kontrolle aller Schattierungen von Opposition, die das jeweilige System in Frage stellt. Auf die BRD bezogen geht es dabei nicht nur um „Terrorismus"-bekämpfung, sondern um die Vorbereitung auf mögliche Bürgerkriegssituationen. Weil jeder Leser ja selbst Augen und Ohren hat, seien nur wenige Beispiele angeführt: Mitte der 70er Jahre gab es eine erste Umstrukturierung in der Bundeswehr und beim BGS: leichte Jägerverbände, Fallschirmjäger und Hubschraubereinheiten wurden von der DDR-Grenze abgezogen und vor allem um die Städte des Ruhrgebietes stationiert. Gleichzeitig änderten sich Manöverszenarios. Es wurde von Fabrikbesetzungen durch Saboteure und Agenten ausgegangen.

In diesem Jahr (1988) übten im Raum Tübingen Polizei und Zivilschutzverbände schon die Erstürmung von durch radikalisierte BIs besetzte Fabrikanlagen. Daß die Daten der vorletzten Volkszählung vom BKA zur Erstellung kriminalgeographischer Atlanten genutzt wurden, reiht sich in diesen Komplex ein. Und schließlich: Auch die Rolle der Alternativökonomie in unserem Lande, nämlich daß ihr die Funktion der Befriedung zukommt, wäre (mal wieder) eine Diskussion wert.



US-Krankenhausschiff „Mercy" auf den Philippinen — Kostenlose aber zweifelhafte Hilfe zur Gewinnung des Volkes.

Zum Schluß noch ein paar Anmerkungen zum Begriff des LIC: Der Begriff wurde in den 80er Jahren in den USA geprägt. Er löste den früher — vor allem während des Vietnamkrieges — gebräuchlichen Begriff COUNTERINSURGENCY in der Fachdiskussion und in der Öffentlichkeit ab, ohne daß damit wesentliche neue Inhalte zum Ausdruck gebracht wurden. Geht man davon aus, daß die Planer dieser Strategie bei der Wortfindung bewußt vorgingen, ist zu vermuten, daß die Wortwahl selbst unter propagandistisch-ideologischen Gesichtspunkten erfolgte. Eine Kriegsführung, selbst wenn sie von niedriger Intensität ist, als Konflikt zu beschreiben, bedeutet eine Verharmlosung, eine scheinbar wissenschaftlich objektive, technokratische Beschreibung. Counterinsurgency und selbst der — hauptsächlich in England gebräuchliche — Begriff „Low-Intensitiy Warfare" beschreiben Aufgabe und Stoßrichtung dieser Strategie viel präziser und geben deutlicher den Standpunkt an. Es scheint daher angebracht, den Begriff Counterinsurgency wieder in die Diskussion zu bringen. Das läßt sich auch inhaltlich rechtfertigen. Denn, wie gesagt, liegen die Unterschiede von Low-Intensity Conflict zu Counterinsurgency (bis auf einen die Zielbestimmung betreffenden) nicht im Qualitativen, sondern in der Konkretisierung, der flexibleren Schwerpunktverlagerung und der Differenzierung. Alle Elemente wie das Geostrategische, Militärische, Wirtschaftliche, Gesellschaftliche, Politische, Kulturelle und Psychologische, die in Low-Intensity Conflict enthalten sind, waren bereits in Counterinsurgency vorhanden. Es wird sogar die Abstufung der Aufstandsbekämpfung (präventiv und nachpräventiv) beschrieben, entsprechend der Stärke einer Oppositions- oder Guerillabewegung. Auch die Mittel und Instrumentarien im strategischen, operativen, logistischen Bereich auf militärischer und ziviler Ebene werden angegeben. Selbst das Verhältnis der USA zu den entsprechenden Ländern, die Grade der Einflußnahme bis hin zur offenen Intervention wird angesprochen...

Obwohl bei der Zielbestimmung von Counterinsurgency neben dem absolut vorrangigen Ziel der totalen Vernichtung des Gegners und dem Willen, den Krieg auf allen Ebenen zu gewinnen, auch die Möglichkeit der bloßen Neutralisierung des Gegners angesprochen wird, liegt in der stärkeren Betonung des letztgenannten Aspektes die einzige signifikante Neuerung der „Low-Intensity Conflict" Strategie. Dieser Aspekt wurde von einem Kongreßteilnehmer in die Diskussion gebracht. Er meinte, das Neue an LIC sei, daß man nicht mehr von einem Sieg, sondern von der Permanenz eines Kriegszustandes ausgehe.

Abschließend ist zu hoffen, daß die Diskussion über diese Problematik die Breite und Tiefe erlangt, die ihr zukommt, und daß das Engagement gegen diese mörderische, menschenverachtende Politik wächst und in breiten Widerstand umschlägt. Trotz aller noch offener Fragen und noch ausstehender Diskussionen — die GRÜNEN haben sich durch den ersten Schritt eines Hearings darum verdient gemacht... **Jü We**

Leserbriefe

Zur Antizionismus-Debatte
Ausgabe Nr. 150, Juni 1988

Daß ein Volk seine Identität nur in einem eigenen Staat finden könne, ist der Irrtum sowohl der Zionisten wie der Palästinenser: es ist der Irrtum aller Befreiungsbewegungen. Die Ablehnung des Staats Israel hat mit Antisemitismus nichts zu tun; streng orthodoxe Juden lehnen ihn selber ab. Der Vorwurf des „wurzellosen Volks" entstammt der nationalstaatlichen Ideologie, die jeden abwertet, der nicht Nationalist ist. Folgerichtig hat die bürgerliche Rechte keine Probleme mit dem Zionismus. Aber Nationalismus und Antiimperialismus schließen einander aus. Es geht nicht darum, daß einzig den Juden ihr Nationalstaat verwehrt werden soll, sondern eben der Nationalstaat muß das Angriffsziel sein. Das „imperialistische Zeitalter, in dem der Mensch gar nichts, der Staatsbürger aber immerhin etwas gilt" (Flugblatt), hat sich überlebt. Oder muß man mit den Wölfen heulen? Staat bedeutet Unfreiheit und Zwang, bedeutet Armee und Polizei. Doch die diente nie dem Schutz des Bürgers, immer nur dem Schutz des Staats vor dem Bürger. Insofern kann man die Notstandsgesetze allerdings als „normale Politik einer bürgerlichen Demokratie" (Flugblatt) rechtfertigen.

Daß unsere Welt in Staaten aufgeteilt ist und es keine weißen Flecken auf der Landkarte gibt, beschreibt einen Zustand, ist aber kein Naturgesetz. Es war nicht immer so und wird nicht immer so bleiben. Wenn auch die Stammesordnung, die der staatlichen Ordnung voranging und von ihr, z.B. im Kolonialismus, bewußt zerstört wurde, nicht wiederbelebt werden kann — die „bedrohten Völker" werden kaum noch zu retten sein —, die Menschen werden, wenn ihnen überhaupt Zeit bleibt, eine herrschaftsfreie Organisationsform finden, von der aus gesehen der Zwangsapparat Staat nur ein museales Versatzstück ist. Wie das im einzelnen aussehen wird, läßt sich freilich noch kaum erkennen. **Stefan Kafka**

Ausgabe Nr. 150
Betr. Art. der Freiburger Nahost-Gruppe (S. 42—44)

Da der Artikel der Freiburger Nahost-Gruppe zur Notwendigkeit des Kampfes des palästinensischen Volkes um einen wesentlichen Abschnitt gekürzt wurde, legen wir Wert darauf, daß auch dieser Teil noch veröffentlicht wird.

Wir halten die Kontroverse um den Anti-Zionismus nicht für eine „Provinz-Posse", derer sich zu entledigen (zu verdrängen) ein leichtes sein sollte, sondern fordern zur Klärung auf. Keine Mode- und Zeitfragen also, die nach Belieben wiederbelebt werden dürfen, sondern hier geht es um die Verbindung anti-imperialistischer Kämpfe in den drei Kontinenten mit Initiativen in den Metropolen.

Es folgt der letzte Abschnitt des Artikels:

In Kenntnis der Bedeutung der Unterstützung des palästinesischen Aufstandes und, daß diese Unterstützung nicht alles sein kann, fordern wir dazu auf:
— Waren aus Israel zu boykottieren
— den Tourismus nach Israel einzufrieren
— nicht in Kibbuzim zu arbeiten.

Der ökonomische und politische Boykott des Staates Israel ist *ein* wichtiges Mittel des palästinensischen Aufstands, dem Feind Stiche zu versetzen.

„Wenn es so weitergeht, werden Israels Produkte auf dem Weltmarkt ähnliche Schwierigkeiten haben wie südafrikanische oder chilenische. Vergleiche, vor denen den Israelis nicht zu Unrecht graut", Bonner Generalanzeiger, 2.3.88

Achtet darauf, woher die Waren kommen, die ihr kauft (Avocados, Grapefruit, Jaffa-Orangen, Auberginen, Blumen — 68 % der landwirtschaftlichen Exporte Israels gehen in die EG).

Der Tourismus hatte 1987 eine Rekordbilanz: 1,5 Mio. Gäste, davon 200.000 aus der BRD. Mit dem daraus resultierenden Devisen-Überschuß wird das staatliche Defizit teilweise gedeckt, also Siedlungsprojekte, Militärausgaben etc.

Inzwischen haben erste Reisegruppen aus Westeuropa abgesagt. Deshalb: Kein Tourismus nach Israel!

Und arbeitet nicht in Kibbuzim — der Mythos ist schon längst zerstört. Die Propaganda, die den Kibbuz als sozialistisches Projekt hinstellen wollte, ist widerlegt. Kibbuzim sind Wehrdörfer (in der Mehrzahl), die auf enteignetem Land an strategisch wichtigen Punkten errichtet worden sind. Diese Siedlungen sind Eckpunkte für die Vertreibung der palästinensischen Bevölkerung.

Wer in einem Kibuzz arbeitet, ersetzt außerdem die Reservisten, die für die Aufstandsbekämpfung benötigt werden.[14]

Nahost-Gruppe Freiburg

14) vgl. Palästina-Info Nr. 2, Hamburg 1988, FreundInnen des palästinensischen Volkes, Postfach 304 145, 2000 Hamburg 4
vgl. „Mythos Kibbuz" von Afif Tahir, Hamburg 1988
vgl. „Imperialismus und Judenfrage", Hamburg 1988
vgl. Wochenzeitung Zürich vom 3.6.88
vgl. Palästina-Info Nr. 3, Hamburg, 18.5.88

Kolonialismus katholisch
Ausgabe Nr. 149, Mai 1988

In seiner Schreibübung versucht Ihr Autor Ulrich Bröckling (Glosse, S. 57), ein MISSIO-Plakat in die Zeit der Altvorderen zu datieren und damit ein Werk und seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie fast eine Million Mitglieder zu diskriminieren, denen nichts mehr am Herzen liegt, als den heutigen Missionsauftrag der Kirche in den Alltag der Gemeinden umzusetzen. Er muß seinen skurrilen Religionsunterricht wohl vor dem Ersten Weltkrieg erlitten ha-

ben, als Ungetaufte noch „Heidenkinder" genannt wurden wie analog dazu die Staatsbürger „Untertanen". Nach Jahrzehnten hatte er kürzlich wohl zum ersten Mal wieder Augenkontakt mit unserer Kirche und ihrer Mission: durch ein MISSIO-Plakat zum Sonntag der Weltmission. Mit hämischen Randbemerkungen dementiert hier ein Kritiker, was keiner gesagt hat, und verrät wenig Ahnung von dem, was sich in den letzten 50 Jahren in unserer Kirche getan hat. Seine sogenannte Glosse scheitert im übrigen schlicht am Leiden vieler Journalisten seiner Couleur: der Farbenblindheit und der mangelnden seriösen Beobachtung. Sonst wäre es ihm wohl leichtgefallen zu entdecken, daß der Arm und die Hand auf dem Kopf des Kindes mit den unretuschierten Augen von gleicher Farbe wie das Kind sind, weil sie — ganz einfach — seiner Mutter gehören. Dann aber interpretiert sich unser Hinweis „MISSIO investiert in Menschen, die anderen helfen" ganz anders, gell? Etwa so nämlich, wie Sie es für Ihr eigenes Engagement beanspruchen. Aber das paßt natürlich nicht so gut in Ihr Welt- bzw. Kirchenbild. Wir beschäftigen auch keinen Verkaufspsychologen, da es uns nicht um den Pawlow'schen Effekt geht, sondern um die eigenständige Zukunft der Kirche in der sogenannten Dritten Welt, die von jungen Menschen geprägt wird.

Denn MISSIOs Aufgabe ist es, die wachsenden Ortskirchen zu unterstützen. Deshalb wird — wie bei den anderen kirchlichen Hilfswerken in der Bundesrepublik Deutschland — in unserem Hause nicht ein einziges Projekt konzipiert. Unsere Projektarbeit ist ausschließlich ein Echo auf Anträge und Konzeptionen aus den Ortskirchen der sogenannten Dritten Welt. Und ebendort investieren wir in Menschen, die anderen helfen.

Die überflüssigen Zeilen von Herrn Ulrich Bröckling bestätigen einmal mehr unsere These, daß die „Heidenkinder" heutzutage in unseren Breiten- und Längengraden angesiedelt sind. Ziemlich lieblos verunglimpfte er jene, die von helfenden Händen mehr halten als von Ärmeln ohne Arm. Im wahrsten Sinn des Wortes: Gott sei Dank wird MISSIO auch das hämische Grinsen solcher Autoren überleben und dürfen unsere Partner allüberall in der Welt auch weiterhin mit unserer seriösen Solidarität rechnen.

Vielleicht sollte Herr Bröckling MISSIO in Aachen einmal einen Besuch abstatten, um die Diskrepanz zwischen zynischen Gemeinplätzchen und der Mobilität des Evangeliums zu erfahren. Dazu ist er jederzeit herzlich willkommen.

Msgr. Bernd Kauf
Präsident

Herzlichen Glückwunsch zu Ihrer Glosse 'Kolonialismus katholisch' in Nr. 149 der blätter des iz3w. Als ich seinerzeit diese Anzeige sah, packte micht ebenfalls das Entsetzen. Ich sprach daraufhin die Verantwortlichen für diese Anzeige an — immerhin bin ich ein guter Katholik —. Man antwortete mir, daß die Werbeagentur, die die Kampagne gesponsert hat, das Foto Was soll man da tun, angesichts dieses Materialismus — Spendenergebnis ist der Beweis für die Richtigkeit — in der katholischen Kirche?

Gerd Riepe

Tagungshinweise

Eritrea-Semiar vom 7.–9.10.88, Seminar zum Thema: **Die Berber. Zur Minderheitenproblematik in Nordafrika**, Information und Anmeldung: Jugendhof Vlotho, Oeynhausener Str. 1, 4973 Vlotho

---

3. Internationales Solidaritäts-Fußballturnier um den „Copa Sandino" in Darmstadt am 10./11. Sept. 1988, Information und Anmeldung über das Grüne Büro, 6100 Darmstadt, Ludwigshöhestr. 55

---

2. Bundesweiter Kongreß Frauen gegen Gen- und Reproduktionstechnologie vom 28.–30.10.1988 in Frankfurt/M., Uni, Information und Anmeldung: Feministisches Frauengesundheitszentrum, Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt/M. 90

Seminar **„Strukturwandel statt Protektionismus: Was kostet die Neuordnung des Welthandels?"** 16.–18.9.1988, Information und Anmeldung: Gesellschaft Evangelische Akademie Niedersachsen e.V., 3056 Rehburg-Loccum

---

Tagung **„Heimat ist, wo ich wachsen kann"** Kultur mit Flüchtlingen, 26.–28.8.1988 in der Evangelischen Akademie Tutzing, Information: Evangelische Akademie Tutzing, Schloßstr. 2–4, 8132 Tutzing

---

Wochenendseminar: **„Ökologische Krise und Dritte Welt"**, 19.8.–21.8.1988, 5275 Bergneustadt 1, Alfred-Nau-Bildungszentrum

Seminar: **„Bedeutung der Weltwirtschaft und der Entwicklungspolitik für die Arbeitsplatzsicherung"**, 4.8.–8.8.1988, 5358 Bad Münstereifel, Kurt-Schumacher-Bildungszentrum

Seminar: **„Bedeutung der Weltwirtschaft und der Entwicklungspolitik für die Arbeitsplatzsicherung"**, 22.8.–2.9.1988, 5905 Freudenberg, Gustav-Heinemann-Akademie

Seminar: **„Arbeitsplätze und Arbeitslosigkeit in den Entwicklungsländern und der Bundesrepublik Deutschland"**, 12.9.–16.9.1988, 5275 Bergneustadt, Alfred-Nau-Bildungszentrum

Seminar: **„Literatur aus der Dritten Welt"**, 12.9.–16.9.1988, 5358 Bad Münstereifel, Kurt Schumacher-Bildungszentrum, Friedrich-Ebert-Stiftung (Bergneustadt), Tel. (02261) 4641

Seminar: **„Rückblicke und Perspektiven der Förderung von Kinderbüchern zum Thema Dritte Welt"**, 30.9.–2.10.1988, 4330 Mülheim 1, Uhlenhorstweg 29, Ev. Adademie, Aktion '88: Dritte Welt im Kinderbuch, Tel. (0202) 300376

Entwicklungspolitische Studientagung: **„Zucker"**, 30.9.–2.10.1988, 4236 Hamminkeln-Dingden, Klausenhofstr. 100, Akademie Klausenhof

---

„Neun Jahre Revolution in Nicaragua: Wo stehen die Christen?", (in Zusammenarbeit mit der Christlichen Initiative Romero) 9.–11.9.1988, in Radevormwald, Anmeldung: Informationsbüro Nicaragua e.V., Hofane 51, 5600 Wuppertal

---

„Wasser in Trockengebieten", Nutzen und Schaden für Pflanze, Tier und Mensch, 13.–14.10.1988, Forschungs- und Studienzentrum der Agrar- und Forstwissenschaften der Tropen und Subtropen der Georg-August-Universität Göttingen, Büsgenweg 2, 3400 Göttingen

---

„Das neue Welttheater", (Tagung in Zusammenarbeit mit dem Kulturbüro 3. Welt), 30.9.–2.10.1988, Evangelische Akademie Iserlohn, Berliner Platz 12, 5860 Iserlohn

---

„Die Ausbreitung der westlichen Zivilisation – der Untergang der Stammeskulturen", Seminar für Lehrerinnen und Lehrer der Sekundarstufe II, 18.–20.11.1988 im Heinrich-Fabri-Haus Blaubeuren, Anmeldung: Zentrum für Entwicklungsbezogene Bildung, Gerokstr. 17, 7000 Stuttgart 1

Sommerwerkstätten **„Basisgesundheitsversorgung, einfache Kommunikationstechniken, Angepaßte Technologie"**, für Studentinnen und Studenten aus der 'Dritten Welt' an Hochschulen in Baden-Württemberg, 11.–24.9.1988, Anmeldung bis zum 26.8.1988, Studienbegleitprogramm für Student(inn)en aus der Dritten Welt in Baden-Württemberg (Stube), 7000 Stuttgart 1, Kniebisstr. 29

Seminar **„Bürger gegen Burger – Das Hackfleischimperium stoppen!"**, 2.9.-4.9. 1988, Bildungsstätte Alte Schule Anspach e.V., 6392 Neu-Anspach, Schulstr. 3, Information: Volksmund, Fast Food Info- und Koordinationsbüro, c/o Dritte Welt-Haus, Friesengasse 13, 6000 Frankfurt 90.

Seminar: **„Didaktik Dritte Welt"**, 26.9.–30.9.1988, 5300 Bonn 2, Venner Str. 55, Karl-Arnold-Bildungsstätte

---

Tagung: **„Theater der Dritten Welt"**, 30.9.–2.10.1988, 5860 Iserlohn, Berliner Platz 12, Evangelische Akademie

---

„Welchen Frieden für Nicaragua? Ein Jahr Friedensprozeß von Esquipulas", 26.–28.8.1988 in Dortmund-Syburg, Anmeldung: Informationsbüro Nicaragua e.V., Hofaue 51, 5600 Wuppertal 1

„Contra in der BRD", 2.–4.1988, in Geseske-Ehringerfeld, Anmeldung: Informationsbüro Nicaragua e.V.

Gewaltfreies Training zur Vorbereitung von Freiwilligen für die Projekte der Internationalen Friedensbrigaden in Guatemala und El Salvador

5.–11.9.1988 in der Archegemeinschaft Soto Iruz, Kantabrien, Spanien

Information und Anmeldung:
Christel Könemund, Am Schütting 4, 2803 Weyhe-Sudweyhe.

Neuerscheinungen

Thomas Koszinowski/Hanspeter Mattes – **Nahost Jahrbuch 1987** – Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in Nordafrika und dem Nahen und Mittleren Osten. Herausgeber: Deutsches Orient-Institut, Leske und Budrich, Opladen 1988, 212 S.

Nazim Hikmet – **Die Luft ist schwer wie Blei** (Hava Kursun Gibi Agir) – türkische Gedichte mit deutscher Übersetzung. Dagyeli Verlag, 6000 Frankfurt 1, 270 S.

Komitee für Grundrechte und Demokratie und Medico International am Berliner Institut für vergleichende Sozialforschung (Hrsg.) – **Flucht und Asyl** – Berichte über Flüchtlingsgruppen. Verlag und Vertrieb: Edition Parabolis, 1000 Berlin 30, 162 S.

Unterwegs-Lexikon Entwicklungspolitik – ein Hand- und Gebrauchsbuch für Reiseleiter, Touristen, Entwicklungshelfer und andere Dritte-Welt-Reisende, 120 S., 10,- DM (incl. Verpackungs- und Versandkosten, Rabatte bei Mehrfachabnahme), Bestellung an J. Horlemann Verlag, Lohfelder Str. 14, 5340 Bad Honnef.

Lanza del Vasto – **Vinoba, König der Armen** – Waldkircher Verlag, 240 S., Best. an: M. Voss, Baltshaus Nr. 2, 7963 Altshausen.

Bettina Trietsch – **Deutschland ohne Rückfahrkarte** – Pöapö-Presse-Verlag, c/o T. Grab, Gartenfeldplatz 9, 6500 Mainz 1, 118 S.

Susan George – **Sie sterben an unserem Geld** – rororo, 16,80 DM.

Walter Michler – **Weißbuch Afrika** – J.H.W. Dietz-Verlag Bonn.

Helmuth Thielen – **Landwirtschaft und Ökologie in Lateinamerika und Nicaragua** – in Zusammenarbeit mit dem Informationsbüro Nicaragua e.V., Frankfurt, isp-pocket 33, 15,80 DM.

Ernesto Cardenal, Dietmar Schönherr – **Casa de los tres mundos, Das Haus der drei Welten** – Verlag Reichelt Mannheim, Vertrieb: Rotation Verlag & Vertrieb, Mehringdamm 51, 1 Berlin 61.

Unabhängiger Verein von ehemaligen und aktiven Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen des DED e.V. (Hrsg.) – **Geschichten von unten, 25 Jahre Entwicklungsarbeit am DED** – 50 Seiten, Bezug: W. Heuer, Rosenheimer Str. 3, 1000 Berlin 30, 6,- DM.

DED Dokumentation, Statusbericht '88 – Stand der Mitarbeit des Deutschen Entwicklungsdienstes in den Gastländern am 1.1.88, 247 S.

---

75 Years of the ANC – Hrsg. von der Akademie der Wissenschaften der DDR, Institut für allgemeine Geschichte, Prenzlauer Promenade 149–152, Berlin 1100.

Renée Sabatier – **Prejudice, race and worldwide AIDS**, Hrsg: Panos Institute.

Namibia: Texte und Dokumente zur Sozial- und Wirtschafts-Geographie, 132 S., 15 Karten, Bezug: Zentrum für Afrika-Studien/Namibia-Projekt, Fachbereich 6, Postfach 330440, Universität Bremen, 2800 Bremen 33, 15,- DM

Zeitschriftenschau

ila, Nr. 116, Juni 88
Schwerpunktthema: „Autos und Arbeitsplätze", Weltweite Verdrängungskämpfe in der Automobilindustrie, Strategien der Multis in Brasilien und Mexiko, Streiks bei VW und Ford, die Schwierigkeiten mit der internationalen Gewerkschaftssolidarität. Ansonsten: Kolumbien am Kreuzweg, Behinderte in Nicaragua, Gewerkschaften in Guatemala, Satire und Karikatur in Brasilien, sowie ein Interview mit dem brasilianischen Anarchosyndikalisten Leonardo Morelli.

ila Nr. 117, Juli/August 88
Erweiterter Schwerpunkt: „Vorhof Karibik". Mit Überblicksartikeln über die Gesamtregion und die Schwierigkeiten, zu einer „afrokaribischen" kulturellen Identität zu gelangen; der Stellenwert der Reaganschen „Caribbean Basin Initiative" für die regionale ökonomische Entwicklung; länderspezifische Beiträge zu Haiti, Puerto Rico, Curacao, Guyana, Jamaika; Sportgeschichte in Puerto Rico. Ansonsten: Neun Jahre Sandinistische Revolution — eine Rückschau. Manifest der MAPI (alternative Volksbewegung) in Panama, Kurzberichte über den BUKO XII in Frankfurt und über das Bundestreffen der Mittelamerika-Komitees in Berlin. Länderberichte: Mexiko (Wahlen), Brasilien, Uruguay, USA, Peru.
Bezug: Informationsstelle Lateinamerika e.V., Oscar-Romero-Haus, Herrstr. 205, 5300 Bonn 1
Einzelpreis: 3,50 DM/Jahresabo: 35,- DM

epd-Entwicklungspolitik 11/88
Infos: Südafrikanische Kirchendelegation in der BRD; Pestizideinsatz in den Philippinen; Ökumenische Frauendekade; Analysen: Planet als Managementobjekt; Dritte Welt als Lernbereich;
Dokumentation: Vorbereitung auf 500 Jahre Entdeckung Amerikas

epd-Entwicklungspolitik, Materialien IV/88
Herausforderung an die Nichtregierungsorganisationen — Die Auswirkungen der EG-Agrarpolitik und der Verschuldungsprozeß. Mit Beiträgen zur Nord-Süd-Kampagne, dem Weltmarkt für Zucker und zur Verschuldungskrise. Bericht einer Tagung der ev. Akademie Bad Boll und der Arbeitsgemeinschaft NRO-Netzwerk.
Bezug: Evangelischer Pressedienst, Friedrichstr. 2—6, Postfach 170361, 6000 Frankfurt 17
Einzelpreis: 3,80 DM

Querbrief 2/88
Entwicklungsprojekte in Krisengebieten: Südafrika (Bürgerinitiativen in Pietermaritzburg; Inkatha /Bankenaktionen), Mosambik und Westbank; Palästina. Außerdem: ein Beitrag zur Didaktik interkulturellen Lernens — Mit Widersprüchen arbeiten.
Bezug: Weltfriedensdienst e.V., Hedemannstr. 14, 1000 Berlin 61
Preis: 4,- DM

Lateinamerika-Nachrichten 171, Juni 1988
BRASILIEN: „Virus Sarney"; ARGENTINIEN: Der Kampf um's Erbe Alfonsins; KULTUR/ARGENTINIEN: „Sur"; CHILE: Was steckt hinter dem „Aufschwung"?; Ortstermin in der Colonia Dignidad; In Talcahuano stinkt's nach Fischmehl; Gastspiel der chilenischen Theatergruppe „Q"; KOLUMBIEN: Wie die Regierung die Demokratie verteidigen will; MITTELAMERIKA: Arias-Plan — Neue Perspektiven?; EL SALVADOR: Gewerkschafts„freiheit": Zum Konflikt in der Sozialversicherung; 9. Lateinamerikareise Johannes Paul II.
Bezug: LN-Vertrieb, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61

Trialog 16, 1988
Kooperativen
U. Gramm, G. Mertins: Genossenschaften und/oder alternative Organisationsformen kollektiver Selbsthilfe zur Wohnraumversorgung in Ländern der Dritten Welt; P. Zucker: Wohnungsbaukooperativen in der Türkei — Das Beispiel BATIKENT in Ankara; C. Caron, M. Hennion: Housing Co-operative Societies: A way to solve the Urban Housing Crisis in India; E. Wibmer: Genossenschaften und Gemeinschaftshilfe; A. Castro J., R. Lombera G.: Wohnungsbaukooperativen; H. Lanz: Die Förderung von Selbsthilfe-Förderorganisationen in Entwicklungsländern.
Bezug: LN-Vertrieb, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61
Einzelheft: 9,- DM

Peripherie 30/31
Frauen: Arbeit Organisation
R. Rott: Fabrikarbeiterinnen in Brasilien. Fallstudie über Fortaleza; A. Meentzen: Nahrungsmittelhilfe und Arbeitsbeschaffungsprogramme in Peru; E.M. Bruchhaus: Frauenselbsthilfegruppen: Schlüssel zur Entwicklung aus eigener Kraft oder Mobilisierung letzter Reserve?; C. Risseeuw: Frauen in der Hausindustrie: Erfahrungen mit Organisationsstrategien; I. Schneider: Si, Señora. Hausangestellte in Kolumbien; Ch.-S. Kang: Frauen in den selbständigen/demokratischen Gewerkschaften in Korea; A. Wiener: Gewerkschaftliche Organisation in der mexikanischen Bekleidungsindustrie; V. Bennholdt-Thomsen: Überleben in der Wirtschaftskrise und die Würde des Menschen — zwei Beispiele aus Mexiko; E. Märke: Entwicklung aus Frauensicht?; E. Frieben: Chancen oder Ohnmacht? Einkommenschaffende und subsistenzorientierte Projekte in der Dominikanischen Republik
Bezug: LN-Vertrieb, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61

EPK 2/1988 (Juni)
Frieden = Freiheit? Die Realisierungschancen des Friedensplanes von Esquipulas
In verschiedenen Beiträgen werden Rolle und Interessen der am Friedensplan beteiligten Staaten (Nicaragua, Costa Rica, Honduras, El Salvador, Guatemala) sowie der USA und der Bundesrepublik näher beleuchtet. Ein Bericht über die Medienberichterstattung zum Friedensplan in der Bundesrepublik und zwei Rezensionen (über das Buch von Oscar Arias und über die Rolle der Sowjetunion in Lateinamerika) sowie Artikel über die historische Entwicklung zum Friedensplan von Esquipulas und den aktuellen Stand runden das Heft ab.
Bezug: EPK, Postfach 2846, 2000 Hamburg 20
Einzelpreis: 4,- DM

AIB Dritte Welt Nr. 7, Juli 1988
Schwerpunkt: Regionale Konflikte, Abrüstung, US-Strategie: Nach dem Moskauer Gipfel — Endzeit der Konfrontation und Regionalkonflikte? US-Langzeitstrategie „Abgestufte Abschreckung" (Analyse und Dokumentation); Angola — Eine Verhandlungslösung scheint greifbar nahe; Bewegung in der Kamputschea-Frage; Nicaragua — Die Contra läßt Verhandlungen platzen; Mosambik: Bericht des US-Außenministeriums über den RNM-Terror; Südafrika: Stand und Wirkung von Sanktionen, Kongreß der IG Metall; Appell südafrikanischer Kirchenführer an Bonn und die EG; Bilanz des Bankenaktionstages '88; ASEAN-EG: Die Wirtschaftsoffensive ist ins Stocken geraten; Verschuldung: Selbstdarstellung der IWF/Weltbank-Kampagne; Aufruf zum Gegenkongreß; Kommentar: „Heißer Terror-Herbst in Berlin"?
Bezug: DRITTE WELT-LeserInnen-Service, Gottesweg 54, 5000 Köln 51
Einzelheft: 3,- DM/Abo: 33,- DM

Informationsdienst Südliches Afrika 2/88, März/April
Schwerpunkt: Kohle und Stahl; Die Marionetten putschen.
In der Bundesrepublik ist Südafrika öffentliches Thema geworden. Apartheid bewegt nicht mehr nur eine kleine Solidaritätsgemeinde, mittlerweile läßt sich daraus Wahlkampfmunition machen. Das Thema Sanktionen liegt immer noch auf dem Tisch. Wie sich Sanktionen auf Südafrikas Kohle auswirken, zeigt der Eingangsartikel. Südafrikas neue Industriepolitik will ihre Prioritäten auf die Veredelung lokal verfügbarer Mineralien setzen, denn internationale Sanktionsmaßnahmen nehmen hochwertige Legierung oft aus den Sanktionsbestimmungen aus. Außerdem: Militär-Putsch in der Transkei • Zum Putsch in Bophuthatswana • Über die Hintergründe des Konflikts zwischen Inkatha und UDF in Natal u.v.a.m.
SADCC-Brief 2/88: Die Neunergemeinschaft

Informationsdienst Südliches Afrika 3/88, Mai
Schwerpunkt: Militarisierung; Militärisch-nukleare Zusammenarbeit
Südafrika ist stolz auf seine Rüstungsindustrie. Die Vielfältigkeit der in Südafrika hergestellten Waffen wird gerne demonstriert. Gezeigt werden kann damit auch, daß Südafrika militärisch bestens ausgerüstet ist und das trotz UNO-Waffenembargo. Untersucht wird in diesem Heft, was an dieser Legende dran ist. Wie es mit der Einhaltung der deutschen Gesetze zum Rüstungsexport aussieht, stellt ein anderer Artikel dar. Außerdem: Stoff für die Bombe — Urananreicherung Südafrikas mit bundesdeutschem Trenndrüdenverfahren • Israel und Südafrika — Plutonium Brüderschaft • Uran-Connections mit Namibia • U-Boote gegen Mosambik und Angola • Shell schmiert Pretorias Machtapparat, u.v.a.m.
SADCC-Brief 3/88: Kooperationsfeld Transport
Preis: DM 5,-
Bezug: issa, Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
M 3477 F
iz3w
Postfach 5328
7800 Freiburg
ISSN 0933-7733

OLYMPIA '88



Die demokratische Bewegung in Südkorea hat im vergangenen Jahr viel erreicht. Amnestie für politische Gefangene, freie Gewerkschaften, freie Wahlen. Das Wirtschaftswunderland in Ostasien steht vor der größten Zerreißprobe seiner Geschichte. Wird es einen demokratischen Neubeginn geben im "Land der Morgenstille"?

Denis, Dischereit, Song, Werning: Südkorea – Kein Land für friedliche Spiele, rowohlt aktuell, 250 Seiten, 10,80 Mark, Best.-Nr. 1425



Politik, Wirtschaft, Militärstratogie, Widerstand und Kultur – zu diesen Stichworten vereint das Buch Beiträge von Deutschen und Koreanern, die Alltag, Geschichte und Gegenwart Südkoreas nahebringen. Zum Thema "Südkorea und wir" vermitteln Projektberichte von "terre des hommes Deutschland" Einblicke in Arbeitsweise und Schwierigkeiten einer bundesdeutschen Hilfsorganisation im Olympialand Südkorea.

Rainer Werning (Hrsg.): Südkorea/Politik und Geschichte im Land der Morgenstille, Pahl-Rugenstein Verlag, 287 Seiten, 14,80 Mark, Best.-Nr. 1429



Durch die Olympischen Spiele ist Korea zu einem Begriff geworden. Auch bei Kindern. Über die Menschen in diesem Land ist es allerdings schwieriger, etwas zu erfahren. Über ihren Alltag, ihre Sorgen. Ihren Überlebenskampf. Ihre Geschichten. Dieses Korea-Lesebuch möchte Kindern die Menschen dieses Landes näherbringen. Für Kinder ab zehn Jahren. Geeignet für den Einsatz im Unterricht.

Hans-Martin Große-Oetringhaus (Hrsg.): Der Reis ist wie der Himmel, 44 Seiten, 7,80 Mark, Best.-Nr. 1428

KOREA

terre des hommes
Spendenkonto 700

Der terre des hommes Länderbericht "Korea" enthält neben der Beschreibung der Partnerschaftsprojekte eine landeskundliche Einführung und eine Darstellung der Geschichte, Wirtschaft und Politik des geteilten Landes.

terre des hommes (Hrsg.): Länderbericht "Korea", 36 Seiten, DIN A 4, 5,00 Mark, Best.-Nr. 1013

Bestell-Coupon

An
terre des hommes
Postfach 4126
4500 Osnabrück

Bitte schicken Sie mir

- ______ Länderbericht "Korea" Best.-Nr. 1013
- ______ Südkorea/Kein Land für friedliche Spiele Best.-Nr. 1425
- ______ Der Reis ist wie der Himmel Best.-Nr. 1428
- ______ Südkorea/Politik und Geschichte im Land der Morgenstille, Best.-Nr. 1429

Abs.: ______________________________